



Internationale
Arbeitsorganisation

► ILC.112/DG/APP

► Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete

Bericht des Generaldirektors
Beilage

Internationale Arbeitskonferenz
112. Tagung, 2024

► **Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete**

Bericht des Generaldirektors – Beilage



Attribution 4.0 International (CC BY 4.0)

Diese Publikation ist unter Creative Commons Attribution 4.0 International lizenziert. Eine Kopie dieser Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/> zu finden. Der Nutzer darf die Publikation wie in der Lizenz beschrieben wiederverwenden, weitergeben (kopieren und weiterverteilen) und bearbeiten (neu zusammenstellen, umwandeln und auf der Originalpublikation aufbauen). Der Nutzer muss die IAO eindeutig als Quelle des Materials nennen und angeben, ob Änderungen am ursprünglichen Inhalt vorgenommen wurden. Die Verwendung des Emblems, des Namens und des Logos der IAO ist im Zusammenhang mit Übersetzungen, Adaptationen und sonstigen abgeleiteten Arbeiten nicht gestattet.

Quellenangabe – Der Nutzer muss angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden, und die Publikation wie folgt zitieren: *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete (Bericht des Generaldirektors – Beilage)*, Genf: Internationales Arbeitsamt, 2024. © IAO.

Übersetzungen – Sofern eine Übersetzung dieser Publikation erstellt wird, muss neben der Quellenangabe folgender Haftungsausschluss hinzugefügt werden: *Dies ist eine Übersetzung einer urheberrechtlich geschützten Publikation der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Diese Übersetzung wurde nicht von der IAO erstellt, überprüft oder gebilligt und ist nicht als offizielle IAO-Übersetzung zu betrachten. Die IAO lehnt jegliche Verantwortung für den Inhalt und die Richtigkeit ab. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei dem Autor bzw. den Autoren der Übersetzung.*

Bearbeitungen – Sofern eine Bearbeitung dieser Publikation erstellt wird, muss neben der Quellenangabe folgender Haftungsausschluss hinzugefügt werden: *Dies ist eine Bearbeitung einer urheberrechtlich geschützten Publikation der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO). Diese wurde nicht von der IAO erstellt, überprüft oder gebilligt und ist nicht als offizielle IAO-Bearbeitung zu betrachten. Die IAO lehnt jegliche Verantwortung für den Inhalt und die Richtigkeit ab. Die Verantwortung liegt ausschließlich bei dem Autor bzw. den Autoren der Bearbeitung.*

Material von Dritten – Diese Creative-Commons-Lizenz gilt nicht für in dieser Publikation enthaltenes Material, das nicht unter das Urheberrecht der IAO fällt. Sofern solches Material einem Dritten zugeschrieben wird, liegt es in der alleinigen Verantwortung des Nutzers dieses Materials, die erforderlichen Genehmigungen des Rechteinhabers einzuholen und in Bezug auf etwaige Ansprüche wegen Rechtsverletzung zu haften.

Jegliche Streitigkeiten, die sich aus dieser Lizenz ergeben und nicht gütlich beigelegt werden können, werden einem Schiedsverfahren gemäß der Schiedsgerichtsordnung der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht (UNCITRAL) unterworfen. Ein nach einem solchen Verfahren ergangener Schiedsspruch bindet die Parteien als endgültige Beilegung der Streitigkeit.

Alle Anfragen zu Rechten und Lizenzen sind an ILO Publishing (Rights and Licensing) via E-Mail an rights@ilo.org zu richten.

ISBN 978-92-2-039688-9 (Print)

ISBN 978-92-2-039689-6 (Web PDF)

ISSN 0251-4095

Auch verfügbar in:

Arabisch: ISBN 978-92-2-039684-1 (Print), ISBN 978-92-2-039685-8 (Web PDF);

Chinesisch: ISBN 978-92-2-039686-5 (Print), ISBN 978-92-2-039687-2 (Web PDF);

Englisch: ISBN 978-92-2-039678-0 (Print), ISBN 978-92-2-039679-7 (Web PDF);

Französisch: ISBN 978-92-2-039682-7 (Print), ISBN 978-92-2-039683-4 (Web PDF);

Russisch: ISBN 978-92-2-039690-2 (Print), ISBN 978-92-2-039691-9 (Web PDF);

Spanisch: ISBN 978-92-2-039680-3 (Print), ISBN 978-92-2-039681-0 (Web PDF).

Mit den in Veröffentlichungen und Datenbanken der IAO verwendeten, der Praxis der Vereinten Nationen entsprechenden Bezeichnungen sowie der Anordnung und Darstellung des Inhalts ist keinerlei Meinungsäußerung der IAO in Bezug auf den rechtlichen Status von Ländern, Bereichen oder Gebieten oder in Bezug auf deren jeweilige Behörden oder den Verlauf ihrer jeweiligen Grenzen oder Begrenzungen verbunden.

Die in dieser Veröffentlichung zum Ausdruck gebrachten Meinungen und Ansichten sind die des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Meinungen, Ansichten oder Grundsätze der IAO wider.

Die Nennung von Firmen und gewerblichen Erzeugnissen und Verfahren bedeutet nicht, dass die IAO sie billigt, und das Fehlen eines Hinweises auf eine bestimmte Firma oder ein bestimmtes Erzeugnis oder Verfahren ist nicht als Missbilligung aufzufassen.

► Vorwort

Entsprechend dem Mandat der Internationalen Arbeitskonferenz habe ich in diesem Jahr erneut eine Mission entsandt, um einen Bericht über die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete auszuarbeiten.

Bedauerlicherweise teilte die israelische Regierung Anfang Februar mit, dass die jährliche IAA-Mission nicht empfangen werden könne. Somit konnte die Mission das Westjordanland, Gaza, Israel und den besetzten syrischen Golan nicht besuchen. Stattdessen reiste sie nach Amman, Jordanien, wo sie mit wichtigen palästinensischen und anderen Gesprächspartnern aus dem besetzten palästinensischen Gebiet zusammenkam. Zudem traf sie sich in Damaskus mit Mitgliedsgruppen der Arabischen Republik Syrien und in Kairo mit Vertretern der Arabischen Liga sowie mit der Arabischen Arbeitsorganisation. Darüber hinaus fanden Videokonferenzen mit weiteren Gesprächspartnern, unter anderem aus Gaza und dem Westjordanland, Israel und dem besetzten syrischen Golan, sowie mit Vertretern der Vereinten Nationen (UN) und anderer internationaler und nichtstaatlicher Organisationen (NGO) statt. Sie alle lieferten Informationen, die als Grundlage für die Ausarbeitung dieses Berichts dienten.

Ich bin sehr dankbar für die der Mission von allen Gesprächspartnern gewährte Unterstützung, die erneut deutlich machte, dass die Werte der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) und ihre kontinuierliche Arbeit unter ihren Mitgliedsgruppen breite Unterstützung finden. Die Mission hat ihre Tätigkeit wie immer mit dem Ziel durchgeführt, eine umfassende, genaue und unparteiische Beurteilung der Situation der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete vorzunehmen.

Die vergangenen Monate waren für die palästinensischen Arbeitnehmer katastrophal. Nach dem schrecklichen Massaker durch die Hamas und der Geiselführungen nach Gaza am 7. Oktober 2023 eröffnete Israel einen Krieg gegen Gaza, der zu Tod und Verwüstung in einem noch nie gesehenen Ausmaß führte. Die von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und ihren Vertretern gegenüber der Mission gemachten Angaben zeugen von einer tiefen Betroffenheit.

Vor dem Krieg gab es in Gaza nicht viele Arbeitsplätze. Schon damals war Gaza von einem hohen Maß an Entbehrung geprägt. Jetzt gibt es kaum noch nennenswerte Beschäftigung. In dem von Zerstörung, Vertreibung, Mord und Hunger geprägten Umfeld ist der Arbeitsmarkt zusammengebrochen. Die Arbeitnehmerrechte wurden eingeschränkt. Während ich dieses Vorwort für meinen Bericht an die diesjährige Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz schreibe, ist das Leid nach wie vor groß. Die Forderungen nach einem dauerhaften Frieden sind bisher nicht erhört worden.

Selbst dann, wenn ein Waffenstillstand vereinbart wird und ausreichende humanitäre Hilfe in Gaza geleistet werden kann, werden die Menschen in Gaza und die Arbeitskräfte in Gaza noch jahrelang gezeichnet sein. Frauen werden davon besonders stark betroffen sein. Die Zerstörung von menschlichem und materiellem Kapital wird lang anhaltende Auswirkungen haben.

Während Gaza in Trümmern liegt, ist auch das Westjordanland nicht verschont geblieben. Aufgrund der zunehmenden Besatzung und der damit einhergehenden Mobilitätsbeschränkungen kam es zu Geschäftsschließungen und einer hohen Arbeitslosigkeit, die durch den Verlust von Beschäftigungsmöglichkeiten für Palästinenser auf dem israelischen Arbeitsmarkt noch verschärft wurde. Wer noch einen Arbeitsplatz im Westjordanland hat, wird oft nicht vollumfänglich bezahlt, insbesondere im öffentlichen Sektor. Der öffentliche fiskalische Spielraum ist erschöpft. Insgesamt gibt es immer weniger Möglichkeiten für menschenwürdige Arbeit.

Ich wiederhole meine Worte aus dem letztjährigen Bericht an die Internationale Arbeitskonferenz: Unter einer Besatzung kann es keine soziale Gerechtigkeit geben. Die Besatzung muss beendet werden

und es muss mit neuer Dynamik auf eine Lösung, bei der beide Staaten – Israel und Palästina – Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, hingearbeitet werden. Dafür gibt es keine Alternative.

Die Palästinenser brauchen menschenwürdige Arbeitsplätze, um auf eigenen Beinen stehen zu können: Arbeitsplätze in Gaza, Arbeitsplätze im Westjordanland und auch Arbeitsplätze in Israel.

Die Internationale Arbeitsorganisation ist bereit, zur Schaffung dieser dringend benötigten Arbeitsplätze beizutragen, soweit dies angesichts der Situation vor Ort möglich ist. Die IAO verfügt über umfangreiche Erfahrung darin, wie Erholung und Wiederaufbau beschäftigungsintensiv gestaltet und menschenwürdige Arbeit bei den Rehabilitationsbemühungen in den Mittelpunkt gestellt werden können. Internationale Arbeitsnormen dienen dabei als Richtschnur.

Auch der Sozialschutz muss dringend ausgeweitet werden. Arbeitslose Arbeitnehmer und Kriegsoffer haben wenig, worauf sie sich stützen können. Die Palästinensische Behörde ist bei ihren Reformbemühungen in diesem Bereich auf größere Unterstützung durch die internationale Gemeinschaft angewiesen. Die Ausweitung von Programmen für soziale Sicherheit und Bargeldtransfers ist ein vorrangiges Anliegen.

Wie die Vergangenheit gezeigt hat, bringt die Beschäftigung von Palästinensern in Israel Vorteile für beide Seiten mit sich. Israel sollte seinen Arbeitsmarkt wieder für palästinensische Arbeitnehmer öffnen. Darüber hinaus muss für die palästinensische Beschäftigung in Israel eine gerechtere Grundlage geschaffen werden, die durch weniger Härten und mehr Sozialschutz gekennzeichnet ist. Die Arbeitnehmer sollten nicht länger von Vermittlern von Arbeitsgenehmigungen ausgebeutet werden. Auch hier ist die IAO bereit, alle Parteien auf der Grundlage eines dreigliedrigen Konsenses bei der Suche nach dauerhaften Lösungen zu unterstützen.

Dieses Jahr habe ich im letzten Kapitel meines Berichts eine Reihe von Empfehlungen zusammengestellt. Ich hoffe sehr, dass wir gemeinsam an ihrer raschen Umsetzung arbeiten können. Ein Großteil der anstehenden Arbeiten wird beträchtliche finanzielle Unterstützung erfordern. Ich appelliere an alle Mitgliedsgruppen, uns bei unseren Bemühungen um den Schutz der Arbeitnehmer und die Unterstützung nachhaltiger Unternehmen unter die Arme zu greifen und sich zur Bereitstellung der Hilfe zu verpflichten, die Palästina dringend benötigt.

Mai 2024

Gilbert F. Hounbo
Generaldirektor

► Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorwort	3
Einleitung.....	7
Kapitel 1. Eine katastrophale Situation	11
Kapitel 2. Beispiellose Krise der palästinensischen Wirtschaft und des palästinensischen Arbeitsmarktes	19
Kapitel 3. Schreckliche Verletzungen der Arbeitnehmerrechte infolge der Besatzung und des Krieges.....	43
Kapitel 4. Arbeitsverwaltung in Kriegszeiten	57
Kapitel 5. Arbeitnehmer des besetzten syrischen Golan	69
Abschließende Bemerkungen und Empfehlungen	71
Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner	75

► Einleitung

Mandat und Vorgehen

1. Dieser Bericht des Generaldirektors stellt die Ergebnisse der jährlichen IAA-Mission vor, die beauftragt wurde, die Situation der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete zu bewerten. Wie in all den vergangenen Jahren erfolgte die Mission im Einklang mit der EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer, die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung (1980) angenommen worden war.¹ Die Mission untersuchte die Lage der Arbeitnehmer des besetzten palästinensischen Gebiets (des Westjordanlandes, einschließlich Ost-Jerusalems, und von Gaza) und des besetzten syrischen Golan.
2. Die Vertreter des Generaldirektors lieÙen sich von den Grundsätzen und Zielen leiten, die in der Verfassung der Internationalen Arbeitsorganisation einschließlich der Erklärung von Philadelphia sowie in der Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit, der Erklärung der IAO über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung und der Erklärung zum hundertjährigen Bestehen der IAO für die Zukunft der Arbeit niedergelegt sind. Sie orientierten sich auch an von der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen EntschlieÙungen sowie an den in einschlägigen internationalen Arbeitsnormen enthaltenen und von den Aufsichtsgremien der IAO aufgestellten Grundsätzen.
3. Der Generaldirektor betraute Frank Hagemann, Direktor der Hauptabteilung Sektorpolitiken, mit der Leitung der Mission. Mitglieder des Missionsteams waren Kee Beom Kim, Spezialist für makroökonomische und beschäftigungspolitische Maßnahmen in der Hauptabteilung Beschäftigungspolitik, Schaffung von Arbeitsplätzen und Lebensgrundlagen; Konstantinos Papadakis, Leitender Sachverständiger für sozialen Dialog und Ordnungspolitik in der Hauptabteilung Ordnungspolitik und Dreigliedrigkeit, und Lisa Tortell, Sachverständige für Rechtsfragen in der Hauptabteilung Internationale Arbeitsnormen. Frida Khan, Vertreterin der IAO in Jerusalem, Rasha El Shurafa, Programmverantwortliche im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, und Dalal Abu Saleh, operative Assistentin im Büro des Vertreters der IAO in Jerusalem, führten die Vorbereitungen für die Mission durch und unterstützten deren Arbeiten. Tariq Haq, ehemaliges langjähriges Mitglied der Mission und derzeitiger Leiter des Referats Transport- und Seeschifffahrtssektoren der Hauptabteilung Sektorpolitiken, fungierte als Fachberater.
4. Im Gegensatz zur bisherigen Praxis konnte die Mission dieses Jahr nicht nach Israel und in die besetzten arabischen Gebiete reisen. Anfang Februar 2024 teilte Israel dem Generaldirektor des IAA mit, die Mission könne nicht empfangen werden.² Stattdessen besuchte die Mission vom 16. bis 28. März 2024 Jordanien, wo sie sowohl persönliche Gespräche als auch Videokonferenzen mit palästinensischen und anderen Gesprächspartnern führte. Die Mission tauschte sich unter anderem mit Vertretern von verschiedenen Ministerien und Institutionen der Palästinensischen Behörde, palästinensischen Sozialpartnern, israelischen Gewerkschaften, NGO, Forschungsinsti-

¹ IAO, [Resolution concerning the Implications of Israeli Settlements in Palestine and Other Occupied Arab Territories in Connection with the Situation of Arab Workers](#), Internationale Arbeitskonferenz, 66. Tagung, 1980.

² Verbalnote an den Generaldirektor des IAA vom Ständigen Vertreter Israels beim Büro der Vereinten Nationen in Genf und anderen internationalen Organisationen, 8. Februar 2024.

tutionen, Unternehmern und Arbeitnehmern aus. Zudem konsultierte sie Vertreter der UN und anderer internationaler Organisationen.

5. Darüber hinaus führte der Missionsleiter am 29. Februar in Kairo Gespräche mit hochrangigen Vertretern der Liga der Arabischen Staaten und der Arabischen Arbeitsorganisation sowie am 25. März 2024 in Damaskus Gespräche mit Mitgliedsgruppen aus der Arabischen Republik Syrien.
6. Der Generaldirektor bedauerte zwar, dass die israelische Regierung und die Arbeitgeberverbände die Gelegenheit für ein Treffen mit seinen Vertretern nicht nutzten, stellte jedoch mit Zufriedenheit fest, dass die Mission beim Einholen der diesem Bericht zugrundeliegenden sachlichen Informationen auf die Unterstützung verschiedenster arabischer und israelischer Vertreter zählen konnte.
7. Dieser Bericht berücksichtigt uneingeschränkt die von der Mission erhaltenen schriftlichen und mündlichen Informationen, einschließlich relevanter Daten, Studien und Berichte. Die der Mission von ihren verschiedenen Gesprächspartnern übermittelten mündlichen Informationen wurden gründlich geprüft und soweit wie möglich mit anderen verfügbaren Informationen abgeglichen. Die Lage der palästinensischen und anderen arabischen Arbeitnehmer wurde von den Mitgliedern der Mission einer unparteiischen und objektiven Prüfung unterzogen.

Der völkerrechtliche Hintergrund

8. Im vergangenen Jahr wurden internationale Gerichte zu verschiedenen Aspekten des Konflikts eingeschaltet. Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs bestätigte, dass sich seine Ermittlungen nun auch auf die „Situation im Staat Palästina“ auf „die Eskalation von Feindseligkeiten und Gewalt seit den Anschlägen vom 7. Oktober 2023“ erstrecken.³ Der Internationale Gerichtshof hat seine Beratungen in Bezug auf das im Dezember 2022 an die UN-Generalversammlung gerichtete Ersuchen um ein Gutachten über die rechtlichen Folgen der Politik und Praxis Israels im besetzten palästinensischen Gebiet, einschließlich Ost-Jerusalems, begonnen.⁴ Anfang 2024 ordnete der Internationale Gerichtshof vorläufige Maßnahmen an, nachdem er Ende 2023 im Rahmen der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes mit Fragen im Zusammenhang mit dem Krieg in Gaza befasst worden war.⁵ Das Gericht entschied, dass Israel „im Einklang mit seinen Verpflichtungen aus der Völkermordkonvention in Bezug auf die Palästinenser in Gaza alle in seiner Macht stehenden Maßnahmen ergreifen muss, um die Begehung aller Handlungen im Sinne von Artikel II dieser Konvention zu verhindern“.⁶

³ Internationaler Strafgerichtshof, „Statement of the Prosecutor of the International Criminal Court, Karim A.A. Khan KC, on the Situation in the State of Palestine: Receipt of a Referral from Five States Parties“, 17. November 2023.

⁴ Internationaler Gerichtshof (IGH), „Legal Consequences arising from the Policies and Practices of Israel in the Occupied Palestinian Territory, including East Jerusalem (Request for Advisory Opinion) – Conclusion of the Public Hearings Held from 19 to 26 February 2024“, Pressemitteilung, 26. Februar 2024.

⁵ IGH, *Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen (Südafrika gegen Israel)*, Request for the Indication of Provisional Measures, Order of 26 January 2024; und Request for the Modification of the Order of 26 January 2024 Indicating Provisional Measures, Order of 28 March 2024. Siehe auch: Application by the Republic of South Africa instituting proceedings and request for the indication of provisional measures, 29. Dezember 2023; Urgent request by the Republic of South Africa and application for additional provisional measures, 6. März 2024; Observations of the State of Israel on the Republic of South Africa's "Urgent request for additional measures under Article 75(1) of the Rules of Court", 12. Februar 2024; und Observations of the State of Israel on the Request filed by the Republic of South Africa on 6 March 2024 for the indication of additional provisional measures and/or the modification of measures previously indicated, 15. März 2024.

⁶ IGH, *Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes im Gazastreifen (Südafrika gegen Israel)*, Request for the Indication of Provisional Measures, Order of 26 January 2024, Abs. 78.

9. Bei der Prüfung aller anstehenden Fragen, sowohl während der Mission als auch bei der Ausarbeitung dieses Berichts, ließen sich die Vertreter des Generaldirektors wie üblich von einschlägigen Normen des humanitären Völkerrechts und internationalen Menschenrechtsnormen leiten, insbesondere vom Haager Abkommen von 1907 (betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges) und vom Vierten Genfer Abkommen von 1949 (über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten). Die Tätigkeit orientierte sich an den einschlägigen Resolutionen der UN-Generalversammlung und des UN-Sicherheitsrats, insbesondere an den Resolutionen 242 (1967), 338 (1973), 497 (1981), 1397 (2002), 1515 (2003), 1850 (2008), 1860 (2009), 2334 (2016), 2712 (2023), 2720 (2023) und 2728 (2024) des UN-Sicherheitsrats.
10. Die Vertreter des Generaldirektors berücksichtigten auch das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs vom 9. Juli 2004 über die Rechtsfolgen des Baus einer Mauer in dem besetzten palästinensischen Gebiet,⁷ in dem der Gerichtshof die einschlägigen völkerrechtlichen Verpflichtungen Israels, einschließlich der Anwendbarkeit des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte im besetzten palästinensischen Gebiet, feststellte.⁸ In seiner Resolution 1860 von 2009 betonte der UN-Sicherheitsrat, dass Gaza einen „integralen Bestandteil des 1967 besetzten Gebiets“ darstellt.⁹
11. Gemäß dem Vierten Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen, die einer militärischen Besatzung ausgesetzt sind, ohne dass eine endgültige politische Erklärung vorliegt,¹⁰ muss eine Besatzungsmacht den Grundsatz der Achtung der menschlichen Person und der Unverletzlichkeit der Grundrechte des Einzelnen einhalten.¹¹ Sie muss alle in ihrer Macht stehenden Vorkehrungen und Maßnahmen ergreifen, um Gewalttaten oder Drohungen vorzubeugen und den Opfern im Bedarfsfall zu helfen,¹² und es muss gewährleistet sein, dass geschützte Personen menschlich behandelt werden.¹³ Das Motiv des Vierten Genfer Abkommens wurde als „Bekenntnis zur Zivilisation“ bezeichnet.¹⁴
12. Ferner bestätigte der Internationale Gerichtshof in seinem Gutachten von 2004, dass Israel bei der Ausübung seiner Autorität als Besatzungsmacht an die Bestimmungen des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte – einschließlich der Bestimmungen zum Schutz des Rechts auf Arbeit und des Rechts auf günstige und gerechte Arbeitsbedingungen (Artikel 6 und 7) – sowie des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte gebunden

⁷ IGH, „[Legal Consequences of the Construction of a Wall in the Occupied Palestinian Territory](#)“, in *Reports of Judgments, Advisory Opinions and Orders*, Gutachten, 9. Juli 2004.

⁸ In der [Resolution 2334 \(2016\)](#) des UN-Sicherheitsrats wurde die Verpflichtung der Besatzungsmacht Israel bekräftigt, sich strikt an ihre rechtlichen Verpflichtungen und Verantwortlichkeiten aus dem Vierten Genfer Abkommen vom 12. August 1949 zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten zu halten. In der [Resolution 2728 \(2024\)](#) des UN-Sicherheitsrats wurde auf alle einschlägigen Resolutionen zur Situation im Nahen Osten, einschließlich der palästinensischen Frage, hingewiesen, mit der erneuten Forderung, „dass alle Parteien ihren Verpflichtungen nach dem Völkerrecht, einschließlich des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechtsnormen, nachkommen“. In ihrer Entschliebung von 1980 über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Lage der arabischen Arbeitnehmer bekräftigte die Internationale Arbeitskonferenz, dass das Vierte Genfer Abkommen auf Palästina und andere seit Juni 1967 von Israel besetzte arabische Gebiete einschließlich Jerusalems anwendbar ist: [Resolution concerning the Implications of Israeli Settlements in Palestine and Other Occupied Arab Territories in Connection with the Situation of Arab Workers](#).

⁹ [Resolution 1860 \(2009\)](#) des UN-Sicherheitsrats, angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 6063. Tagung, 8. Januar 2009.

¹⁰ UN, [Question of the Observance of the Fourth Geneva Convention of 1949 in Occupied Palestinian Territory](#), 1979, Einleitung.

¹¹ Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), Kommentar von 1958 zum Vierten Genfer Abkommen zum Schutze von Zivilpersonen in Kriegszeiten, [Artikel 27](#).

¹² IKRK, Kommentar von 1958, [Artikel 27](#).

¹³ Viertes Genfer Abkommen, [Artikel 27](#).

¹⁴ IKRK, Kommentar von 1958, [Artikel 1](#).

ist. Darüber hinaus kam der Internationale Gerichtshof zu dem Schluss, dass das Übereinkommen über die Rechte des Kindes im besetzten palästinensischen Gebiet anwendbar ist.

13. Die israelische Siedlungstätigkeit im besetzten palästinensischen Gebiet besitzt keine Rechtsgültigkeit. In der Resolution 2334 (2016) bekräftigte der UN-Sicherheitsrat, dass sie „eine flagrante Verletzung des Völkerrechts“ darstellt,¹⁵ und forderte Israel erneut dazu auf, alle Siedlungstätigkeiten sofort vollständig einzustellen. Bereits 1980 bildete die internationale Besorgnis über die negativen Auswirkungen der Siedlungspolitik die Grundlage für die von der Internationalen Arbeitskonferenz auf ihrer 66. Tagung angenommene EntschlieÙung über die Auswirkungen der israelischen Siedlungen in Palästina und anderen besetzten arabischen Gebieten im Zusammenhang mit der Situation der arabischen Arbeitnehmer. Damals hatte die Konferenz die Errichtung israelischer Siedlungen nachdrücklich verurteilt und ihre Besorgnis über deren wirtschaftliche und soziale Folgen zum Ausdruck gebracht, die die sozialen und wirtschaftlichen Rechte und Interessen der arabischen Arbeitskräfte ernsthaft beeinträchtigen.¹⁶ Seit nunmehr 44 Jahren wird in den Berichten des Generaldirektors fortlaufend beschrieben, wie sich der Teufelskreis von Besatzung und Konflikt auf die Arbeitnehmerrechte auswirkt.

¹⁵ Resolution 2334 (2016) des UN-Sicherheitsrats, angenommen vom Sicherheitsrat auf seiner 7853. Tagung, 23. Dezember 2016.

¹⁶ Resolution concerning the Implications of Israeli Settlements in Palestine and Other Occupied Arab Territories in Connection with the Situation of Arab Workers, Abs. 1 und 2.

► Kapitel 1. Eine katastrophale Situation

14. Dies war das schwerste Jahr für palästinensische Arbeitnehmer seit dem Beginn der Besatzung im Jahr 1967.
15. Die abscheulichen, von der Hamas geführten Angriffe in Israel am 7. Oktober 2023 hatten den Tod von fast 1.200 Israelis und ausländischen Staatsangehörigen und die Entführung von etwa 230 Geiseln nach Gaza zur Folge. Eine Sonderbeauftragte des UN-Generalsekretärs bezeichnete sie als „ein willkürliches Massaker“, bei der es auch zu sexueller Gewalt kam und Menschen gejagt oder lebendig verbrannt wurden.¹⁷ Dies löste einen verheerenden Krieg in Gaza aus, der im besetzten palästinensischen Gebiet zu Tod und Zerstörung geführt hat. Die Lebensgrundlagen sind zerstört, und es gibt kaum noch Arbeit. Die Arbeitslosigkeit hat einen historischen Höchststand erreicht; seit Oktober sind in Gaza und im Westjordanland mehr als eine halbe Million Arbeitsplätze verloren gegangen.¹⁸ Palästinensische Arbeitnehmer und Arbeitgeber sind in große Bedrängnis geraten.
16. Das Leid hat jedoch nicht erst im Oktober 2023 begonnen. Vielmehr haben der Krieg in Gaza und seine vielfältigen Auswirkungen auf das Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, die strukturellen Schwächen eines seit Langem mit Problemen behafteten und durch die jahrzehntelange Besatzung erstickten Arbeitsmarkts drastisch verschärft und verstärkt. Zu den wichtigsten Faktoren zählen die ausgeweitete israelische Siedlungstätigkeit, die räumliche Zersplitterung des palästinensischen Landes und die durch die Besatzung auferlegten Beschränkungen der Bewegungsfreiheit, des Zugangs, des Handels und der öffentlichen Finanzen.

Arbeitnehmer in Gaza in und unter den Trümmern

17. Bevor wir uns der derzeitigen Notlage der Arbeitnehmer in Gaza zuwenden, ist es aufschlussreich, einen Blick zurück auf die Situation vor Oktober 2023 zu werfen. Aufgrund der 17-jährigen Blockade auf dem Land-, Luft- und Seeweg lebte die Mehrheit der Palästinenser in Gaza bereits vor dem jüngsten Krieg unterhalb der Armutsgrenze. Viele waren von Ernährungsunsicherheit betroffen. Die Enklave befand sich in einer chronischen sozioökonomischen und humanitären Krise, die durch häufige militärische Eskalationen mit Israel noch verstärkt wurde. Der Zugang zu Gütern, Dienstleistungen und Finanzmitteln sowie die Aktivitäten des Privatsektors waren durch die Blockade stark eingeschränkt. Die Arbeitslosigkeit in Gaza war mehr als dreimal so hoch wie im Westjordanland und lag im dritten Quartal 2023 bei 45 Prozent. Unter Frauen und jungen Menschen war sie besonders hoch. Die wichtigsten Arbeitsmarktindikatoren vermittelten ein düsteres Bild des täglichen Kampfes um den Lebensunterhalt, des Zusammenbruchs und der Entbehrungen. In Gaza fand schon seit Langem eine „Rückentwicklung“ statt.
18. Jetzt, mehr als sechs Monate nach dem Beginn des Krieges, liegt Gaza weitgehend in Trümmern, und von einer Wirtschaft oder einem Arbeitsmarkt kann kaum noch die Rede sein. Intensive israelische Bombardierungen und Bodenoperationen, schwere Kämpfe zwischen israelischen Streitkräften und bewaffneten palästinensischen Gruppen sowie eine von Israel verhängte Belagerung,

¹⁷ Büro der Sonderbeauftragten des Generalsekretärs der Vereinten Nationen für sexuelle Gewalt in Konflikten, *Mission Report: Official Visit of the Office of the SRSG-SVC to Israel and the Occupied West Bank 29 January – 14 February 2024*, 4. März 2024, Abs. 44.

¹⁸ IAO, „Impact of the War in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 3, 18. März 2024.

die jegliche Stromversorgung verhindert¹⁹ und den Zugang zu humanitären Hilfsgütern einschließlich Wasser einschränkt, haben zu einer extremen humanitären Krise geführt. Bis zum 29. April 2024 waren mehr als 34.000 Palästinenser in Gaza getötet worden, die meisten von ihnen Frauen und Kinder, mehr als 7.000 waren als vermisst oder unter Trümmern verschüttet gemeldet und über 77.000 waren verletzt worden.²⁰ Berichten zufolge wurden nahezu 14.000 Kinder getötet,²¹ viele weitere wurden verletzt und sind traumatisiert. Mehr als 1,7 Millionen Menschen – drei Viertel der Bevölkerung von Gaza – wurden binnenvorrieben.²² Im März 2024 kam das Global Famine Review Committee der Integrierten Phasenklassifikation zur Ernährungssicherheit (IPC) zu dem Ergebnis, dass im Norden von Gaza eine Hungersnot als unmittelbar bevorstehend prognostiziert werden müsse. Für die gesamte Bevölkerung von Gaza wurde die Überschreitung von Schwellen für akute Ernährungsunsicherheit festgestellt, und 1,1 Millionen Menschen in Gaza litten unter katastrophalen Hungerbedingungen.²³ Berichte aus dem ersten Quartal 2024 deuten darauf hin, dass die Lieferung humanitärer Hilfsgüter in die Enklave aufgrund von behindertem Zugang vollkommen unzureichend ist.²⁴

19. Am 26. Januar 2024 erließ der Internationale Gerichtshof im Fall *Südafrika gegen Israel* betreffend die Anwendung der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes eine verbindliche Anordnung mit der Anweisung vorläufiger Maßnahmen. In der Anordnung wurde Israel aufgefordert, die dringend benötigte Grundversorgung und humanitäre Hilfe zu gewährleisten, um die schlechten Lebensbedingungen der Palästinenser in Gaza zu verbessern. Am 28. März 2024 wies der Gerichtshof Israel an, zusätzliche vorläufige Maßnahmen durchzuführen. Dabei berief er sich auf die sich verschlechternde Situation in Gaza, insbesondere auf die „katastrophalen Lebensbedingungen... angesichts des anhaltenden und weit verbreiteten Mangels an Lebensmitteln und anderen Grundbedarfsgütern, dem die Palästinenser in Gaza ausgesetzt worden sind“.²⁵
20. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) von Gaza ist im letzten Quartal 2023 um 81 Prozent gesunken. Die physische Zerstörung wirkt sich auf jeden Wirtschaftssektor aus. Zusätzlich zu den 62 Prozent zerstörten Häusern (Stand: Januar 2024)²⁶ wurden fast 80 Prozent der Handels-, Industrie- und Dienstleistungsunternehmen in Gaza beschädigt oder zerstört, was zu Geschäftsschließungen und einer fast vollständigen Unterbrechung der Wirtschaft führte.²⁷ Ähnlich stark betroffen war der Agrarsektor.²⁸ Anfang 2024 war die landwirtschaftliche Produktion praktisch zum Erliegen gekommen, und die gesamte Bevölkerung war auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen. Die wirt-

¹⁹ Strom ist ebenfalls unverzichtbar zur Deckung der humanitären Bedürfnisse und des Bedarfs zur Sicherung des Lebensunterhalts, beispielsweise für die Entsalzung von Wasser und die Abwasserbehandlung.

²⁰ OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact, Day 206“, 29. April 2024.

²¹ UN, „Gaza: ‘Double-Digit’ Number of Children Reported Killed Overnight“, 26. März 2024.

²² OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact, Day 181“, 5. April 2024.

²³ IPC, *IPC Global Initiative – Special Brief*, 18. März 2024, 1–2.

²⁴ Beispielsweise wurde im März 2024 nur einem Drittel der für die Deckung des humanitären Grundbedarfs erforderlichen Lkw-Ladungen die Einfuhr nach Gaza gestattet; siehe UNRWA, „UNRWAWORKS. Frontline Heroes: The Race Against the Clock to Avert Famine“, Pressemitteilung, 18. März 2024.

²⁵ IGH, „Application of the Convention on the Prevention and Punishment of the Crime of Genocide in the Gaza Strip (South Africa v. Israel): The Court Indicates Additional Provisional Measures“ Pressemitteilung, 28. März 2024.

²⁶ Mehr als 1 Million Menschen verloren ihr Zuhause.

²⁷ Weltbank, Europäische Union und Vereinte Nationen, *Gaza Strip – Interim Damage Assessment: Summary Note*, 29. März 2024, 14.

²⁸ PCBS, „Press Release on the Impact of the Israeli Occupation Aggression on the Agricultural Sector in Gaza Strip, 2023“, 28. November 2023.

schaftlichen Produktionsverluste im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet werden auf nahezu 19 Millionen US-Dollar pro Tag geschätzt.²⁹

21. Die Wirtschaftstätigkeit in Gaza ist mehr oder weniger zum Erliegen gekommen. Da seit Oktober 2023 in der Enklave keine Arbeitskräfteerhebungen durchgeführt werden konnten, sind zuverlässige Statistiken schwer zu bekommen. Im Dezember 2023 schätzten das Palästinensische Statistische Zentralamt (PCBS) und die Palästinensische Währungsbehörde, dass die Arbeitslosenquote auf 74 Prozent gestiegen war. Im März 2024 gab der neu ernannte palästinensische Ministerpräsident Mohamed Mustafa eine Erhöhung auf 89 Prozent an.³⁰ Der Gesamtverlust an Arbeitseinkommen in Gaza wurde auf 4,1 Millionen US-Dollar pro Tag geschätzt,³¹ was auf den Verlust von Arbeitsplätzen, die nicht vollständige Auszahlung von Gehältern im öffentlichen Sektor und die geringeren Einkommen der Beschäftigten im Privatsektor zurückzuführen ist.
22. Einen funktionierenden Arbeitsmarkt im üblichen Sinne gibt es in Gaza nicht mehr. Das wenige, was an Arbeit übrig geblieben ist, ist Berichten zufolge informell und auf das blanke Überleben ausgerichtet, wie beispielsweise der Straßenhandel, der häufig von Kindern ausgeübt wird. Darüber hinaus ist die gesamte formale Bildung und Ausbildung einschließlich der Berufsausbildung in Gaza seit Oktober 2023 ausgesetzt. Berichten zufolge wurden Bildungseinrichtungen systematisch angegriffen, sodass das gesamte System zusammengebrochen ist.³² Die meisten Schul- und Universitätsgebäude wurden entweder zerstört oder beschädigt oder werden als Unterkünfte für Binnenvertriebene genutzt. Hunderte von Lehrern, Ausbildern und Hochschuldozenten wurden getötet.
23. Vor Ausbruch des Krieges arbeiteten etwa 20.000 Palästinenser aus Gaza in Israel. Angesichts des enormen Lohngefälles zwischen Israel und Gaza³³ trugen sie erheblich zum Haushaltseinkommen ihrer Großfamilien und zur allgemeinen finanziellen Stabilität der Enklave bei. Innerhalb weniger Tage nach dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 wurden die Arbeitsgenehmigungen von Arbeitnehmern aus Gaza von den israelischen Behörden widerrufen. Tausende Arbeitnehmer wurden von den israelischen Behörden willkürlich verhaftet und erst nach mehreren Wochen wieder freigelassen. Arbeitnehmer und ihre Vertreter sowie palästinensische, israelische und internationale Menschenrechtsorganisationen haben über schwere Misshandlungen während der Haft berichtet.³⁴ Die meisten der betroffenen Arbeitnehmer wurden schließlich nach Gaza zurückgeschickt, in ein Kriegsgebiet. Ihr persönlicher Besitz wurde beschlagnahmt. Im April 2024 befanden sich immer noch mehrere tausend Arbeitnehmer aus Gaza im Westjordanland, wo sie entweder in Privathäusern oder in Unterkunftszentren der Palästinensischen Behörde Zuflucht gefunden hatten. Sie sind von ihren Familien und Gemeinschaften in Gaza abgeschnitten und haben keine Möglichkeit, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, sodass sie ums Überleben kämpfen.

²⁹ PCBS, „Press Release on the Losses of Private Sector in Palestine due to the Israeli Occupation Aggression on Gaza Strip“, 10. März 2024.

³⁰ Jack Khoury, „Incoming Palestinian Prime Minister Forms New Cabinet in West Bank Amid Wartime Economic Devastation“, Haaretz, 29. März 2024.

³¹ IAO und PCBS, „Impact of the War in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 3, 18. März 2024.

³² Weltbank et al., *Gaza Strip – Interim Damage Assessment*, 12.

³³ Nach Angaben des PCBS waren die Tagesdurchschnittslöhne von Palästinensern in Israel und den Siedlungen im dritten Quartal 2023 etwa fünf Mal so hoch wie die Durchschnittslöhne in Gaza (297 Schekel gegenüber 60 Schekel).

³⁴ Human Rights Watch, „Israel: Gaza Workers Held Incommunicado for Weeks“, 3. Januar 2024.

Im Westjordanland sind die Wirtschaft und der Arbeitsmarkt zusammengebrochen

24. Seit dem Ausbruch des Krieges in Gaza stand das besetzte Westjordanland im Schatten der internationalen Aufmerksamkeit. Dennoch blieb es von den Auswirkungen keineswegs verschont. Das BIP im Westjordanland schrumpfte stark und verzeichnete im vierten Quartal 2023 einen Rückgang um 19 Prozent gegenüber dem dritten Quartal.³⁵ Infolgedessen und verstärkt durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch in Gaza verringerte sich das Gesamt-BIP im besetzten palästinensischen Gebiet im Jahr 2023 um 6 Prozent. Dies steht in scharfem Gegensatz zu den Prognosen von 3 Prozent Wachstum, die vor Oktober 2023 erstellt wurden.³⁶
25. Durch die Aussetzung des Handels mit Gaza, den für viele verschlossenen Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt sowie die zunehmende Gewalt der Siedler und die Beschränkungen, die die wirtschaftlichen Aktivitäten ersticken, wurden die Lebensgrundlagen im Westjordanland schwerwiegend beeinträchtigt, und der Arbeitsmarkt ist aus den Fugen geraten. Viele Unternehmen haben die Arbeitszeiten verkürzt und Arbeitnehmer entlassen. Berichten zufolge sind das Baugewerbe, der Tourismus und der Transportsektor am stärksten betroffen.³⁷ Von Oktober 2023 bis Ende Januar 2024 gingen im Westjordanland schätzungsweise 306.000 Arbeitsplätze verloren. Die Arbeitslosenquote hat sich innerhalb von drei Monaten mehr als verdoppelt.³⁸ Gleichzeitig befindet sich die Finanzlage der Palästinensischen Behörde in einem kritischen Zustand und leidet unter den jüngsten einseitigen israelischen Abzügen bei den Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen.³⁹ Die rückläufigen Ausgaben von Haushalten, Unternehmen und des Staates beeinflussen sich gegenseitig und führen zu einer Abwärtsspirale der Wirtschaftstätigkeit.
26. Von besonderer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Arbeitsplatzverluste palästinensischer Arbeitnehmer, die in Israel und in den Siedlungen gearbeitet hatten. Ihre Zahl war im Laufe der Jahre stetig gestiegen. Vor dem Krieg waren etwa 140.000 Arbeitnehmer in Israel beschäftigt, ein Viertel von ihnen ohne Papiere und ohne Arbeitsgenehmigungen. Weitere 40.000 arbeiteten in den Siedlungen, häufig in Industriegebieten nahe der Grünen Linie und in der landwirtschaftlichen Produktion im Jordantal. Etwa ein Fünftel der Erwerbsbevölkerung des Westjordanlandes arbeitete vor Oktober 2023 für einen israelischen Arbeitgeber, mit Lohnniveaus, die mehr als doppelt so hoch waren wie die des Westjordanlandes. Wie in früheren Berichten des Generaldirektors hervorgehoben wurde, waren die Arbeitsbedingungen oft schlecht, die Anwendung von Arbeitnehmerrechten war lückenhaft, das System der Arbeitsgenehmigungen und die damit verbundenen Vermittlungspraktiken waren missbräuchlich, und der tägliche Zugang zu Israel über die Grenzübergänge war mit langem und kompliziertem Pendeln verbunden.
27. Als Israel nach dem 7. Oktober 2023 die Grenzübergänge für palästinensische Arbeitnehmer schloss, kam der größte Teil dieser Arbeit abrupt zum Erliegen. Die Genehmigungen für Palästinenser aus dem Westjordanland wurden jedoch nicht widerrufen, im Gegensatz zu den Maßnahmen, die in Bezug auf die palästinensischen Arbeitnehmer aus Gaza ergriffen wurden. Die genaue Zahl der Palästinenser, die noch in der israelischen Wirtschaft arbeiten, ist unklar. Gesprächspart-

³⁵ PCBS, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung 2023.

³⁶ PCBS und Palästinensische Währungsbehörde, „[Press Release: The Performance of the Palestinian Economy for 2023, and Economic Forecasts for 2024](#)“, 30. Dezember 2023, 1.

³⁷ IAO, „Impact of the War in Gaza on Private Sector Workers and Businesses in the West Bank“, erscheint demnächst.

³⁸ PCBS, vierteljährliche Arbeitskräfteerhebung, viertes Quartal 2023.

³⁹ Bei den Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen handelt es sich um Steuern und Gebühren, die Israel im Namen der Palästinensischen Behörde auf palästinensische Ein- und Ausfuhren erhebt und dann an die Palästinensische Behörde abführt.

ner gaben Zahlen zwischen 22.000 und 50.000 an, darunter Arbeitnehmer in den Siedlungen, Arbeitnehmer ohne Papiere und etwa 10.000 Arbeitnehmer, die mit einer Genehmigung nach Israel einreisen dürfen. Die Beschäftigung einiger dieser Arbeitnehmer trägt zu den israelischen Kriegsanstrengungen bei.

28. Es gibt Anzeichen dafür, dass einige israelische Entscheidungsträger, einschließlich der Arbeitgeber, eine Rückkehr palästinensischer Arbeitnehmer auf den israelischen Arbeitsmarkt befürworten würden.⁴⁰ Strategien, um palästinensische Arbeitnehmer durch südasiatische oder afrikanische Arbeitnehmer zu ersetzen, unter anderem durch bilaterale Abkommen mit Herkunftsländern, scheinen nur begrenzt erfolgreich gewesen zu sein und haben sich als kostspielig und verwaltungstechnisch betrachtet kompliziert erwiesen.⁴¹

Zunehmende und sich beschleunigende Besatzung

29. Die israelische Besatzung geht in ihr 58. Jahr. Sie hat sich im Laufe der Jahre stetig verschärft und seit Oktober 2023 beschleunigt. Ihren Kern bilden ein expandierendes Netz von Siedlungen und ein vielschichtiges System physischer und administrativer Zwänge. Siedlungen auf besetztem Gebiet sind völkerrechtswidrig. Vor 44 Jahren wurde in der auf der 66. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz angenommenen Entschließung, die diesem Bericht zugrunde liegt, die „tiefe Besorgnis ... über die Intensivierung der israelischen Siedlungspolitik“ zum Ausdruck gebracht. Damals lebten etwa 100.000 israelische Siedler verstreut über das Westjordanland, Gaza, den besetzten syrischen Golan und den besetzten Sinai. Im Jahr 2023 gab es allein im Westjordanland etwa 700.000 Siedler.⁴² Die Siedlungen werden weiter ausgebaut.
30. Der Zugang zu vielen Teilen des Westjordanlandes ist seit Oktober 2023 blockiert. Mittlerweile gibt es mehr als 750 permanente Kontrollpunkte und Straßensperren sowie viele zusätzliche temporäre oder „mobile“ Kontrollpunkte. Sie trennen die Verbindungen zwischen Märkten, schränken die Bewegungsfreiheit zwischen den palästinensischen Städten stark ein und bilden ein großes Hindernis für Arbeitnehmer, die zu ihren Arbeitsstätten pendeln.
31. Gewalt, sowohl von bewaffneten Siedlern als auch von der israelischen Armee, ist seit Langem ein Merkmal des palästinensischen Lebens im Westjordanland. Sie geht einher mit der Enteignung von Land, dem Abriss von Häusern, der Zerstörung landwirtschaftlicher Flächen und intensiven Militäroperationen. Die israelische Armee ist fast täglich in die Flüchtlingslager im Westjordanland eingedrungen. Auch in den großen städtischen Zentren des Gebiets A⁴³ wie Ramallah, Hebron und Jericho, die gemäß den Abkommen von Oslo unter der vollständigen Sicherheitskontrolle der Palästinensischen Behörde stehen sollten, kam es häufig zu Razzien. Im Jahr 2023 hatte sich die Zahl der palästinensischen Todesopfer im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Insgesamt

⁴⁰ *Times of Israel*, „Business Leader Says Israel Needs Palestinian Workers“, 22. März 2024. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, darauf hinzuweisen, dass wiederholte Ersuchen der IAA-Mission um virtuelle Kontakte von israelischen Arbeitgebervertretern unbeantwortet blieben oder abgelehnt wurden.

⁴¹ Jonathan Lis, „Israeli Interior Minister Asks for End to Ban on Palestinian Workers from the West Bank“, *Haaretz*, 28. März 2024; Natasha Turak, „Israel's Ban on Palestinian Workers Is Causing Supply Shocks to Its Economy: Central Bank Governor“, *CNBC*, 18. Januar 2024.

⁴² OCHA, „West Bank Access Restrictions: May 2023“, 26. Mai 2023; UN-Menschenrechtsrat, „Human Rights Council Hears that 700,000 Israeli Settlers Are Living Illegally in the Occupied West Bank – Meeting Summary (Excerpts)“, 28. März 2023.

⁴³ Das Westjordanland ist in drei Bereiche unter unterschiedlichen Zuständigkeiten unterteilt, die im Oslo II-Abkommen definiert wurden: die Gebiete A, B und C. Das Gebiet A umfasst städtische Zentren und macht 18 Prozent des Westjordanlandes aus; es steht unter palästinensischer Zivil- und Sicherheitskontrolle. Das Gebiet B umfasst Kleinstädte und stadtnahe Gebiete; es steht unter israelischer Sicherheitskontrolle und palästinensischer Zivilkontrolle. Das Gebiet C macht 61 Prozent des Westjordanlandes aus und steht unter israelischer Sicherheits- und Zivilkontrolle.

wurden 509 Palästinenser im Westjordanland getötet.⁴⁴ Der Kreislauf der Gewalt hat sich in diesem Jahr unvermindert fortgesetzt.

Politischer Handlungsspielraum ist stark eingeschränkt

- 32.** Es ist vielleicht nicht überraschend, dass in Zeiten des Notstands und des Krieges wichtige politische Initiativen der Palästinensischen Behörde in Bezug auf Planung, Gesetzgebung und Umsetzung zum Stillstand gekommen sind. Dazu zählen vor allem die Reformen der sozialen Sicherheit einschließlich der Einrichtung einer Rentenkasse für die Beschäftigten des Privatsektors. Erneute Versuche zur Reform des Arbeitsgesetzes Nr. 7 aus dem Jahr 2000 und des seit 2019 ausgesetzten palästinensischen Sozialversicherungsgesetzes aus dem Jahr 2016 standen bis Oktober 2023 kurz vor dem erfolgreichen Abschluss, wurden dann jedoch aufgeschoben. Wichtige politische Dokumente, die in früheren Jahren verabschiedet wurden, müssen angesichts der Auswirkungen des Krieges in Gaza und im Westjordanland möglicherweise überarbeitet werden. Für die Nationale Beschäftigungsstrategie, die 2020 verabschiedet worden war und im Februar 2023 Gegenstand von Gesprächen mit Gebern in Amman war, müssen die Ziele angepasst und neue Mittel erschlossen werden. Beispielsweise wurden Projekte eines ihrer zentralen Durchführungsorgane, des Palästinensischen Beschäftigungsfonds, in Gaza eingestellt, auch weil deren Infrastruktur weitgehend zerstört wurde.
- 33.** Insgesamt erfordert die Umsetzung der öffentlichen Politik steuerliche Stabilität und finanzielle Vorhersehbarkeit. Beides ist in Palästina seit Jahren nicht gegeben. Da die Geberunterstützung abgenommen hat und die Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen von Israel teilweise zurückgehalten wurden, waren seine öffentlichen Finanzen bereits vor Oktober 2023 nicht mehr tragfähig. Nach dem 7. Oktober haben die israelischen Behörden noch weniger Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen freigegeben. Auch die inländischen Steuereinnahmen sind stark zurückgegangen. Infolgedessen hat sich der finanzpolitische Spielraum so weit verengt, dass die grundlegenden öffentlichen Ausgaben nicht mehr zuverlässig bestritten werden können. Beispielsweise erfolgt die Bezahlung öffentlicher Bediensteter mit erheblichen Rückständen und sie erhalten derzeit lediglich rund zwei Drittel ihrer Gehälter.
- 34.** Ende März 2024 wurde von Präsident Abbas eine neue Regierung gebildet. Eine der wichtigsten Prioritäten wird es sein, „die Hilfsmaßnahmen im Gazastreifen zu leiten, zu maximieren und zu koordinieren und einen raschen und effizienten Übergang von der dringend benötigten humanitären Hilfe zur wirtschaftlichen Erholung zu erreichen“.⁴⁵

Blick auf den Wiederaufbau und die Erholung

- 35.** Voraussetzungen für die wirtschaftliche Erholung sind die vollständige Einstellung der Feindseligkeiten und der ungehinderte Zugang zu humanitären Hilfsgütern über einen längeren Zeitraum. Die Kosten für die Erholung und den Wiederaufbau werden wahrscheinlich sehr hoch sein. Gemäß Schätzungen, die im März 2024 im Rahmen einer vorläufigen Schadensbewertung durchgeführt wurden, sind an der baulichen Infrastruktur in Gaza bis Januar 2024 direkte Schäden in Höhe von rund 18,5 Milliarden US-Dollar entstanden.⁴⁶ Dies entspricht in etwa dem BIP des besetzten palästinensischen Gebiets im Jahr 2022. Dabei wurden nur die Kosten für Schäden in Gaza berechnet, das Westjordanland blieb unberücksichtigt. Die Kosten für andere Schäden als an der

⁴⁴ OCHA, „[Data on Casualties](#)“, eingesehen am 26. April 2024.

⁴⁵ Ernennungsschreiben von Ministerpräsident Mohammad Mustafa, 14. März 2024 (unveröffentlicht).

⁴⁶ Weltbank et al., *Gaza Strip – Interim Damage Assessment*, 6.

physischen Infrastruktur, wie Humankapital und Dienstleistungen, wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Eine umfassende Schnellbewertung der Schäden und des Bedarfs kann erst nach dem Ende der Feindseligkeiten durchgeführt werden.

36. Die Planungen für die Erholung sind seit Beginn des Krieges im Gange. Bereits im November 2023 veröffentlichte die IAO ihr erstes Nothilfeprogramm, in dem sie den Bedarf für die wirtschaftliche Erholung und mögliche Handlungsoptionen innerhalb des Nexus Humanitäre Hilfe–Entwicklung–Frieden beschrieb.⁴⁷ Es wurde seitdem kontinuierlich an die sich rasch verschlechternden Bedingungen angepasst. Ende Dezember ernannte der UN-Generalsekretär gemäß der Resolution 2720 (2023) des UN-Sicherheitsrats eine Leitende Koordinatorin für Humanitäres und Wiederaufbau.⁴⁸ Im Januar 2024 veröffentlichte die Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD) eine vorläufige Bewertung der wirtschaftlichen Auswirkungen der Zerstörungen in Gaza und warnte vor Hoffnungen auf eine rasche Erholung. Darin wurde dargelegt, dass das BIP von Gaza bis 2028 wieder das Vorkriegsniveau erreichen könnte, wenn die Militäraktionen sofort beendet würden und ein zweistelliges Wachstum einsetzte. Werden jedoch das, was zerstört wurde, und die Kosten für dessen Ersatz in vollem Umfang berücksichtigt, könnte es laut der Bewertung Jahrzehnte dauern, bis Gaza wieder das Wohlstandsniveau von vor Oktober 2023 erreicht.⁴⁹
37. Die Palästinensische Behörde hat ebenfalls Krisenreaktions- und Erholungspläne entwickelt. Im Januar 2024 veröffentlichte das Arbeitsministerium einen Plan, der sich auf Soforthilfe für betroffene Arbeitnehmer, Einrichtungen und Projekte wie die des Palästinensischen Beschäftigungsfonds und Genossenschaften konzentrierte. Weitere Schwerpunkte des Plans waren die Gewährleistung stabiler Arbeitsbeziehungen und die Bekämpfung von Verstößen gegen Arbeitnehmerrechte.⁵⁰ Im Februar leitete das Büro des Ministerpräsidenten einen Reflexionsprozess über die Lehren aus den Erholungs- und Wiederaufbaubemühungen in Gaza ein, der sich hauptsächlich auf die Erfahrungen nach den Feindseligkeiten von 2008, 2014 und 2021 stützte.⁵¹ Darauf folgte im März 2024 ein operativer Plan für Gaza, in dem vorrangige Maßnahmen in Schlüsselbereichen festgelegt wurden, die nach Erreichen eines dauerhaften Waffenstillstands ergriffen werden sollten.⁵²

Neue Impulse für die Staatlichkeit

38. In den vergangenen Jahren blieb die Zwei-Staaten-Lösung zwar offiziell der globale Kompass für den Frieden im Nahen Osten, aber sie erhielt nur wenig Resonanz und wichtige Initiativen verloren an Schwung. Nach dem Oktober 2023 scheint es nun so, als würde auf internationaler Ebene

⁴⁷ IAO, „ILO Launches Funding Appeal to Respond to Critical Needs of Palestinian Workers and Employers“, 9. November 2023. Das Soforthilfeprogramm der IAO für die wirtschaftliche Erholung des besetzten palästinensischen Gebiets stützt sich auf drei zentrale Säulen: Hilfsangebote für vertriebene Arbeitnehmer aus Gaza; Datenerhebung und Analyse der Auswirkungen des Konflikts und der Krise auf die palästinensischen Arbeitnehmer; sowie wichtige Unterstützung für Unternehmen und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

⁴⁸ UN-Sicherheitsrat [Resolution 2720 \(2023\)](#), verabschiedet auf der 9520. Sitzung des Sicherheitsrats am 22. Dezember 2023; UN, Ms. Sigrid Kaag of the Netherlands – Senior Humanitarian and Reconstruction Coordinator for Gaza pursuant to Security Council Resolution 2720 (2023), 26. Dezember 2023.

⁴⁹ UNCTAD, *Preliminary Assessment of the Economic Impact of the Destruction in Gaza and Prospects for Economic Recovery: UNCTAD Rapid Assessment*, Januar 2024, 12.

⁵⁰ Palästinensisches Arbeitsministerium, „Emergency Response Plan in Light of the War on the Gaza Strip“, Januar 2024 (unveröffentlicht).

⁵¹ Büro des Ministerpräsidenten, „Lessons Identified from previous recovery and reconstruction efforts in Gaza“, Februar 2024 (unveröffentlicht).

⁵² Büro des Ministerpräsidenten, „Operational Plan“, März 2024 (unveröffentlicht).

erneut erwogen, den Friedensprozess zu fördern und sich auf diplomatischem Wege für die Entwicklung klarer politischer Perspektiven einzusetzen. Ausgehend von der Erkenntnis, dass ein Fortbestehen des Status quo wahrscheinlich zu weiteren Wellen des Blutvergießens und der regionalen Destabilisierung führen würde, besteht nun ein starkes Gefühl der Dringlichkeit, den jahrzehntelangen Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern zu lösen.

39. Im Dezember 2023 bekräftigte der UN-Sicherheitsrat in seiner Resolution 2720 (2023) das „unerschütterliche Bekenntnis“ der internationalen Gemeinschaft zur Zwei-Staaten-Lösung. Im Januar 2024 betonte der UN-Generalsekretär, dass „der Konflikt mit greifbaren Fortschritten auf dem Weg zu einer Zwei-Staaten-Lösung enden muss – einem Ende der Besatzung und der Errichtung eines völlig unabhängigen, lebensfähigen und souveränen palästinensischen Staates, von dem Gaza ein integraler Bestandteil ist“. ⁵³ Globale und regionale Akteure haben ihre Unterstützung für eine vollständige palästinensische Staatlichkeit erneuert und verstärkt. Der Präsident der Vereinigten Staaten betonte in seiner Rede zur Lage der Nation am 7. März 2024, dass „die Zwei-Staaten-Lösung die einzig wahre Lösung“ sei. ⁵⁴ Zuvor hatte die Regierung von China im November 2023 im Rahmen eines nationalen Positionspapiers zur Lösung des palästinensisch-israelischen Konflikts dazu aufgerufen, so bald wie möglich eine breit angelegte, maßgebliche und wirkungsvolle internationale Friedenskonferenz unter der Leitung und Organisation der Vereinten Nationen abzuhalten, „um einen konkreten Zeitplan und Fahrplan für die Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung zu formulieren“. ⁵⁵ Darüber hinaus hat die Regierung von Saudi-Arabien die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Israel abgelehnt, solange der UN-Sicherheitsrat einen palästinensischen Staat nicht vollständig anerkannt hat. ⁵⁶
40. Während Israel die Zwei-Staaten-Lösung weiterhin mit der Begründung ablehnt, sie „würde eine existenzielle Gefahr für Israel darstellen“, ⁵⁷ sieht die Palästinensische Behörde Möglichkeiten, die Zwei-Staaten-Lösung voranzutreiben, ⁵⁸ und betont, dass es ohne sie keine Stabilität in der Region geben könne. ⁵⁹ Der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik stellte fest, dass „Israel nicht das Vetorecht gegen die Selbstbestimmung des palästinensischen Volkes haben kann“. ⁶⁰ Palästina ist von 139 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen als Staat anerkannt worden. Im März 2024 erklärten Spanien, Irland, Malta und Slowenien gemeinsam, dass sie die Anerkennung in Betracht ziehen würden. ⁶¹

⁵³ UN, „Secretary-General's Remarks to the Committee on the Exercise of the Inalienable Rights of the Palestinian People“, 31. Januar 2024.

⁵⁴ Weißes Haus, „Remarks of President Joe Biden – State of the Union Address As Prepared for Delivery“, 7. März 2024.

⁵⁵ China, Außenministerium, „Position Paper of the People's Republic of China on Resolving the Palestinian-Israeli Conflict“, 30. November 2023.

⁵⁶ Saudi-Arabien, Außenministerium, „The Ministry of Foreign Affairs States the Discussions between the Kingdom of Saudi Arabia and the United States of America on the Arab-Israeli Peace Process“, 7. Februar 2024.

⁵⁷ New York Times, „Netanyahu Restates Opposition to Two-State Solution, Despite Pressure From Biden“, 21. Januar 2024.

⁵⁸ Ihr operativer Plan von März 2024 enthält die Formulierungen: „Unser Ansatz zielt darauf ab, einen politischen Rahmen zu schaffen, der die Zwei-Staaten-Lösung schützt“ und „Die Krise stellt sowohl eine existenzielle Bedrohung als auch eine echte Chance dar“.

⁵⁹ Kevin Maimann, „Palestinian Authority Says There Can Be 'No Security And Stability' in Region Without Two-State Solution“, CBC, 19. Januar 2024.

⁶⁰ Times of Israel, „Top EU Diplomat Says Israel Has No Right to Block Creation of Palestinian State“, 23. Januar 2024.

⁶¹ „Statement by the Prime Ministers of Ireland, Malta, Slovenia and Spain“, 22. März 2024.

► Kapitel 2. Beispiellose Krise der palästinensischen Wirtschaft und des palästinensischen Arbeitsmarkts

41. In früheren Berichten des Generaldirektors wurde die unhaltbare Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation in Gaza als Folge der nunmehr 17-jährigen Blockade auf dem Land-, Luft- und Seeweg beschrieben. Der Krieg in Gaza hat nicht nur einen immensen menschlichen Tribut gefordert, sondern auch einen noch nie dagewesenen wirtschaftlichen und sozialen Schaden im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet verursacht.⁶² In Gaza findet eine humanitäre Tragödie statt. Nach wiederholten Vertreibungen leben mehr als 1 Million Palästinenser in Rafah unter verzweifelten und erbärmlichen Bedingungen in Zelten. Diejenigen, die am 8. April 2024 nach sechs Monaten Krieg nach Chan Yunis zurückkehrten, erkannten ihre Viertel nicht wieder: ihre Häuser, Geschäfte und Werkstätten in Trümmern und ausgebrannt, ihre Werkzeuge und Maschinen unter Schutt. Die Palästinenser im Norden von Gaza hungern. Der Krieg hat den gesamten Gazastreifen wahllos dem Erdboden gleichgemacht: Geschäftsleute, Selbstständige und Beschäftigte des öffentlichen Dienstes wurden in die Armut gestürzt. Die Haushaltsvorstände sind tot oder verletzt, Kinder streifen durch die Straßen und betteln oder arbeiten für Essen. Die Arbeitsmarktinstitutionen wurden zerstört.
42. Während Gaza inzwischen völlig verarmt ist, haben die Auswirkungen des Krieges auch der Wirtschaft im Westjordanland geschadet. Die Kombination aus sinkenden Verbraucherausgaben aufgrund von Entlassungen und der nominalen Schließung des israelischen Arbeitsmarkts, rückläufigen Unternehmensinvestitionen in einem instabilen wirtschaftlichen Umfeld und dem Fehlen einer antizyklischen Finanzpolitik vor dem Hintergrund einer fiskalischen Fragilität, die wiederum durch die einseitigen Abzüge von den Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen durch Israel verschärft wird, verstärkt einen Kreislauf des wirtschaftlichen Abschwungs.
43. Die unmittelbaren Kosten des Krieges für das besetzte palästinensische Gebiet sind enorm, aber auch die längerfristigen Kosten werden erheblich sein. Die anhaltende Unterbrechung der Bildung und Ausbildung sowohl in Gaza als auch im Westjordanland und die daraus resultierenden Lernverluste werden dauerhafte Folgen für Kinder, junge Frauen und Männer sowie die Gesellschaft insgesamt haben. Längere Zeiten der Arbeitslosigkeit und fehlende Möglichkeiten zum Aufbau von Humankapital, einschließlich der Ausbildung am Arbeitsplatz, in Verbindung mit schweren Kriegsverletzungen, Krankheiten und fehlender medizinischer Versorgung sowie dem psychologischen Trauma des Krieges werden bleibende Schäden hinterlassen und die künftige Produktivität der Palästinenser und der palästinensischen Gemeinschaften nachhaltig beeinträchtigen.

Wirtschaftliche Entwicklungen: Zusammenbruch der Wirtschaft in Gaza, Erschütterungen im Westjordanland

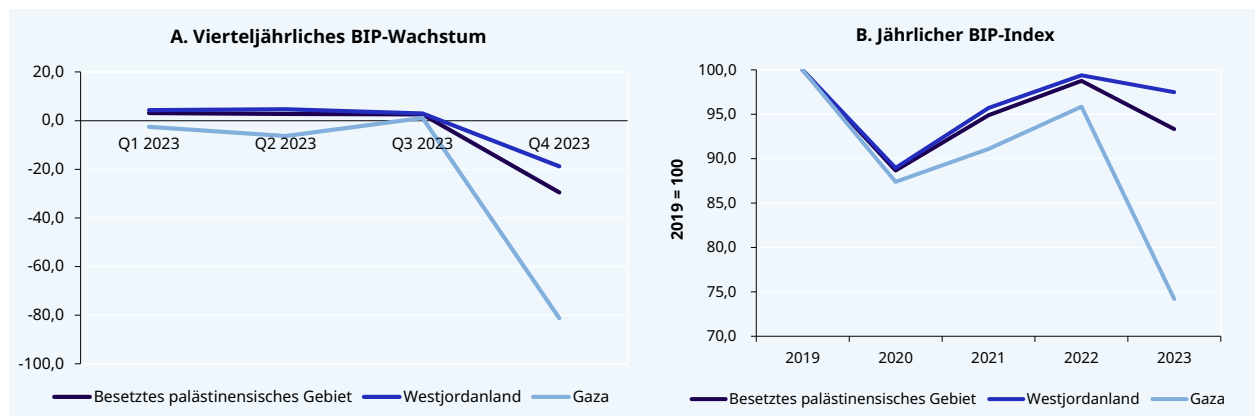
44. Mehr als ein halbes Jahrhundert lang konnte die palästinensische Wirtschaft aufgrund des komplexen Systems von Beschränkungen und Behinderungen des Güter- und Personenverkehrs, die

⁶² Siehe auch: IAO, „Impact of the Israel-Hamas Conflict on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 1, 6. November 2023; „Impact of the Escalation of Hostilities in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 2, 20. Dezember 2023; und „Impact of the War in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 3, 18. März 2024.

Israel seit 1967 auferlegt hat, ihr Potenzial nicht voll ausschöpfen. Diese Beschränkungen wurden Anfang der 1990er Jahre verschärft und im Jahr 2007 in Gaza besonders hart, als Israel nach der Übernahme des Gazastreifens durch die Hamas eine Blockade verhängte. Die Blockade und die Beschränkungen, die seit Jahrzehnten bestehen, haben zu einer Deindustrialisierung und einer „Rückentwicklung“ von Gaza geführt.⁶³

45. Vor diesem Hintergrund bemühte sich die palästinensische Wirtschaft 2023 erfolgreich, den durch die COVID-19-Pandemie verlorenen Boden wieder aufzuholen, als der Krieg in Gaza ausbrach, dessen Folgen katastrophal waren und sind. In den drei Quartalen vor dem 7. Oktober 2023 lag das vierteljährliche BIP-Wachstum bei durchschnittlich 2,8 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Im letzten Quartal 2023 brach das BIP um fast ein Drittel ein (Abbildung 2.1.A). Am stärksten fiel der Rückgang in Gaza aus, wo sich das BIP um 81,3 Prozent verringerte, gegenüber einer Abnahme um 18,8 Prozent im Westjordanland. Auf Jahresbasis hat der Schock des Krieges die Wirtschaftstätigkeit im besetzten palästinensischen Gebiet auf 93,3 Prozent des Niveaus vor der Pandemie gedrückt (2019). In Gaza hat der Krieg nicht nur alle während der Erholung von der Pandemie erzielten Gewinne zunichte gemacht, sondern auch noch viel mehr, sodass das BIP-Niveau im Jahr 2023 weniger als drei Viertel des Niveaus vor der Pandemie betrug (Abbildung 2.1.B).

► **Abbildung 2.1. Vierteljährliches reales BIP-Wachstum im Jahr 2023 (Jahresvergleich, in Prozent) und Index des jährlichen realen BIP (zu konstanten Preisen von 2015)**



Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2023, auf denen der Jahreswert für 2023 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls angepasst werden.

Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Palästinensischen Zentralamtes für Statistik (PCBS), 2023.

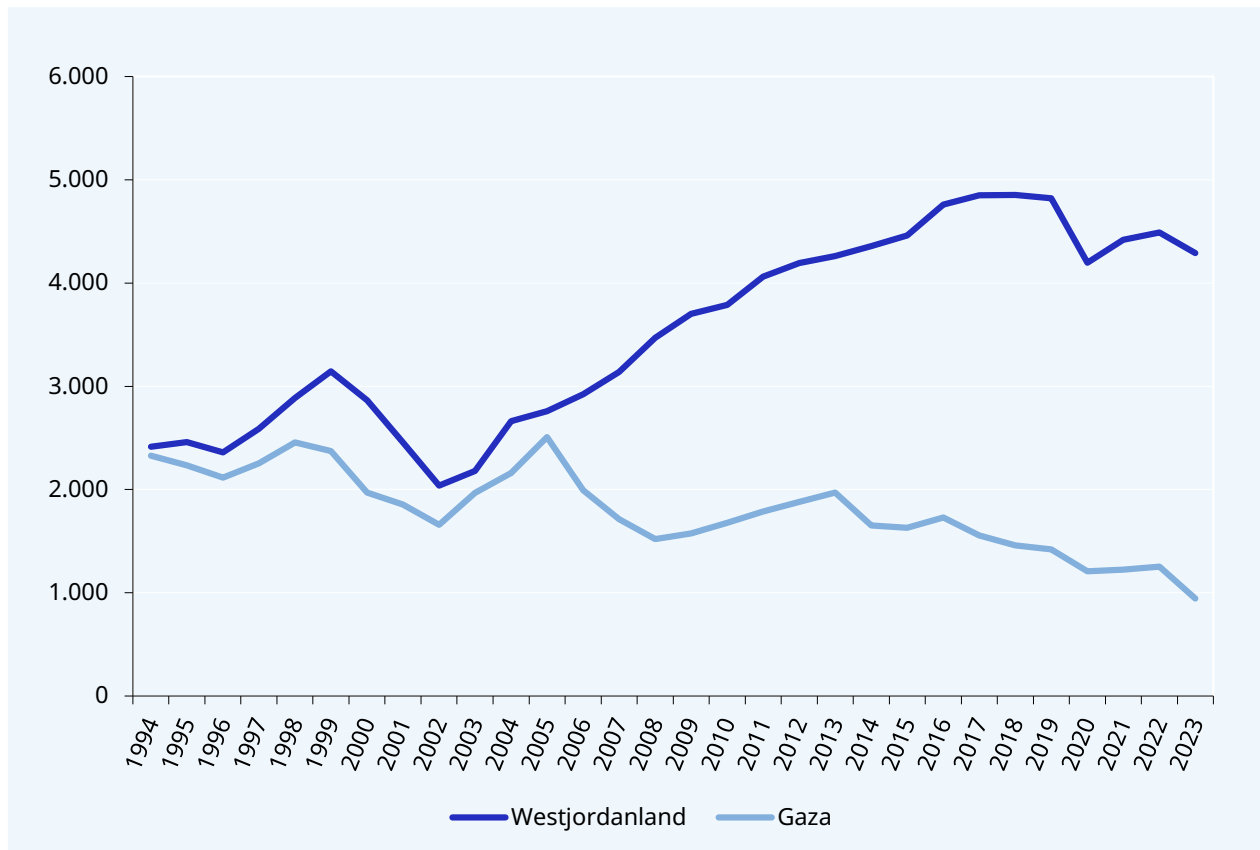
Werte für den Lebensstandard auf dem niedrigsten Stand seit dem Beginn der Aufzeichnungen im Jahr 1994

46. Das Pro-Kopf-BIP im Westjordanland ging 2023 um 4,5 Prozent zurück. In Gaza ging es um ein Viertel zurück und sank auf weniger als 1.000 US-Dollar, den niedrigsten Stand seit 1994, als die Palästinensische Behörde gegründet wurde (Abbildung 2.2). Das Pro-Kopf-BIP in Gaza lag 2023 bei 40 Prozent des Niveaus von vor 30 Jahren. Während der Lebensstandard im Westjordanland und in Gaza 1994 fast gleich hoch war, hat sich das Gefälle zwischen den beiden Gebieten seitdem vergrößert. Im Jahr 2006, dem Jahr vor dem Beginn der Blockade, lag das Pro-Kopf-BIP in Gaza

⁶³ IAO, *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, ILC.110/DG/APP, 2022, Absätze 49 und 149.

bei 68 Prozent desjenigen im Westjordanland. Im Jahr 2023 waren es nur noch 22 Prozent – der größte Unterschied, der jemals verzeichnet wurde.

► **Abbildung 2.2. Pro-Kopf-BIP, Westjordanland und Gaza, 1994–2023** (in konstanten US-Dollar von 2015)



Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2023, auf denen der Jahreswert für 2023 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls angepasst werden.

Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Palästinensischen Zentralamtes für Statistik (PCBS), 2023.

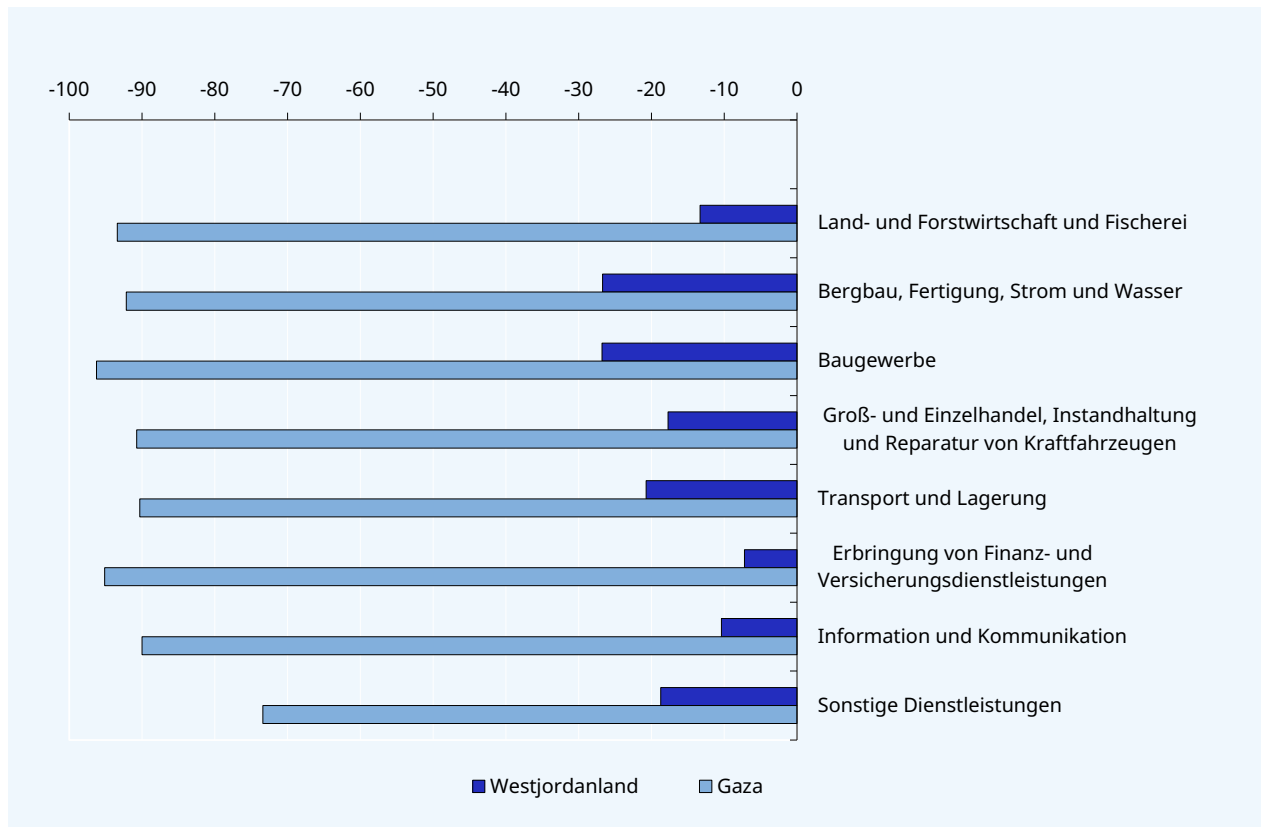
Begrenzte wirtschaftliche Aktivitäten in Gaza unter extrem gefährlichen Bedingungen

47. Im vierten Quartal 2023 verzeichneten alle Wirtschaftssektoren im besetzten palästinensischen Gebiet starke Rückgänge im Vergleich zum Vorjahresquartal (Abbildung 2.3). In Gaza gingen alle Sektoren mit Ausnahme des Sektors „Sonstige Dienstleistungen“⁶⁴ im Vergleich zum Vorjahresquartal um über 90 Prozent zurück. Die letztgenannte Kategorie verzeichnete einen Rückgang um fast drei Viertel und wurde ausschließlich von den Teilsektoren Bildung sowie Gesundheits- und Sozialwesen getragen. Obwohl die Beschäftigten des öffentlichen Sektors im Bildungswesen

⁶⁴ Unter der Kategorie „Sonstige Dienstleistungen“ fallen Beherbergungs- und Gastronomiegewerbe; Grundstücks- und Wohnungswesen, sonstige freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten; Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; Bildung; Gesundheits- und Sozialwesen; Kunst, Unterhaltung und Erholung; Verteidigung und öffentliche Verwaltung; Zoll- und Umsatzsteueraktivitäten; sowie sonstige Dienstleistungen.

weiterhin Gehälter erhalten haben, hat in Gaza seit Beginn des Krieges kein Unterricht mehr stattgefunden.

► **Abbildung 2.3. Reales BIP-Wachstum nach Sektor, Westjordanland und Gaza, viertes Quartal 2023 (Jahresvergleich, in Prozent)**



Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2023, auf denen der Jahreswert für 2023 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls noch angepasst werden.

Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Palästinensischen Zentralamtes für Statistik (PCBS), 2023.

48. Krankenhäuser und Gesundheitseinrichtungen wurden während der israelischen Militärkampagne ständig angegriffen und beschädigt.⁶⁵ Anfang April 2024 waren lediglich rund 30 Prozent der Einrichtungen der primären Gesundheitsversorgung funktionsfähig. 26 Krankenhäuser waren außer Betrieb, und nur zehn Krankenhäuser waren teilweise funktionsfähig.⁶⁶ Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation wurde die Al-Schifa-Klinik, das größte Krankenhaus in Gaza, komplett zerstört, wodurch dem Gesundheitssystem der Enklave „das Herz herausgerissen“ wurde.⁶⁷

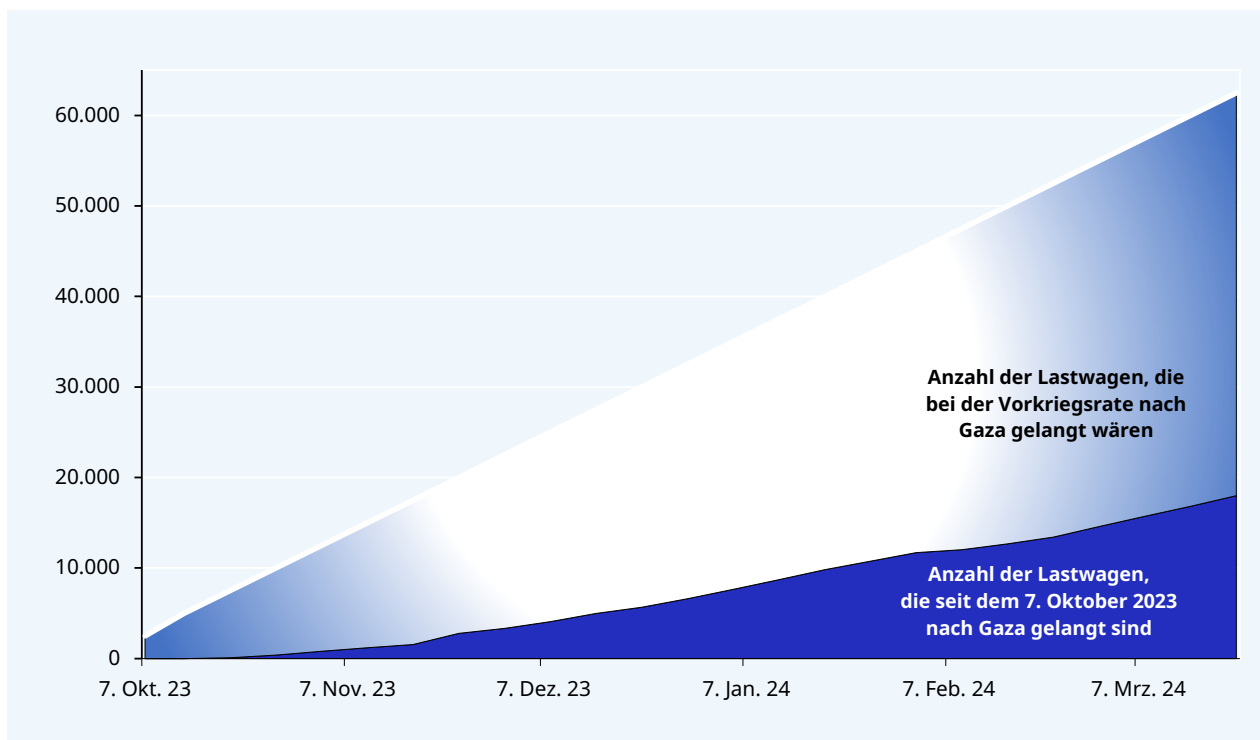
⁶⁵ UN, „Nearly 600 attacks on healthcare in Gaza and West Bank since war began: WHO“, 5 Januar 2024.

⁶⁶ OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact, Day 184“, 8. April 2024.

⁶⁷ UN, „Gaza Al-Shifa Hospital Destroyed – WHO – 02 April 2024“, Pressemitteilung, 2. April 2024.

49. Soziale Aktivitäten werden durch die geringe Menge an Lkw-Ladungen mit humanitärer Hilfe, die nach Gaza gelangen dürfen, erschwert.⁶⁸ Vor dem gegenwärtigen Krieg wurden pro Werktag durchschnittlich 500 Lkw-Ladungen mit Gütern einschließlich Treibstoff in den Gazastreifen gebracht, was an sich schon völlig unzureichend war.⁶⁹ Trotz des dringenden Bedarfs, der durch die humanitäre Katastrophe entstanden ist, ist die Zahl der Lkw-Ladungen, die nach Gaza gebracht werden durften, erheblich zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Lkw-Ladungen, die seit Beginn der Feindseligkeiten bis Ende März 2024 nach Gaza kamen, beträgt weniger als 30 Prozent des vor dem Krieg üblichen Gesamtwerts (Abbildung 2.4). Ein vielschichtiges Kontrollsystem, das durch undurchsichtige und schwerfällige bürokratische, logistische und sicherheitsrelevante Hindernisse gekennzeichnet ist, schränkt die Zahl der Lastwagen und Materialien ein, die in den Gazastreifen gelangen.⁷⁰ Es bleibt abzuwarten, ob die Anfang April 2024 getroffenen Entscheidungen zur Erleichterung des Zuflusses humanitärer Hilfe nach Gaza, einschließlich der vorübergehenden Öffnung des Grenzübergangs Erez für humanitäre Hilfe und der Genehmigung, den israelischen Hafen Ashdod für die Abfertigung von Hilfslieferungen zu nutzen, dazu beitragen werden, die Anzahl der in den Gazastreifen gelangten Lkw-Ladungen mit Hilfsgütern auf ein angemesseneres Niveau zu erhöhen.

► **Abbildung 2.4. Monatliche Anzahl der nach Gaza gelangten Lkw-Ladungen – März 2024**



Quelle: Berechnungen des IAA auf der Grundlage von OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact: Day 180“.

⁶⁸ Nach Angaben des OCHA wurde seit Dezember 2023 auch einer begrenzten Anzahl gewerblicher Lastwagen die Einfahrt nach Gaza gestattet, mit Stand vom 2. März 2024 wurden 923 Lastwagen registriert. Siehe OCHA, „Humanitarian Needs and Response Update: 5-11 March 2024“.

⁶⁹ OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact, Day 180“, 3. April 2024.

⁷⁰ Gisha – Legal Center for Freedom of Movement, „How Israel is Effectively Hinderling Access to Aid in Gaza“, 2. April 2024; Saleh Salem und Estelle Shirbon, „For Civilians or Hamas? ‘Dual Use’ Issue Complicates Gaza Aid Efforts“, Reuters, 6. Januar 2024.

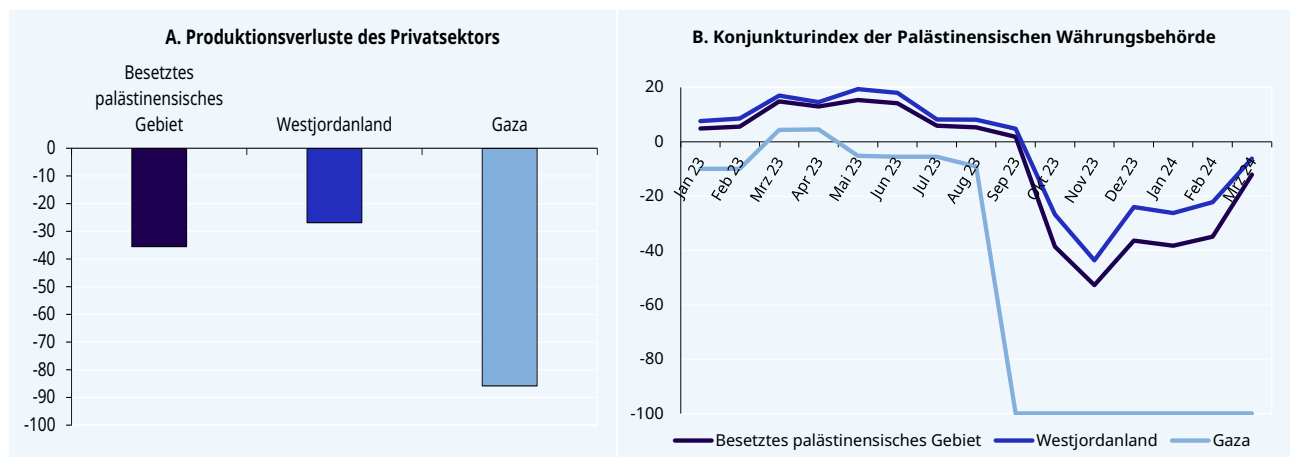
Eine Tauschwirtschaft hat sich entwickelt

50. Die Mission wurde darüber informiert, dass der fehlende Zugang zu humanitärer Hilfe, der daraus resultierende Mangel an Grundbedarfsgütern und die lähmende Zerstörungswelle in Gaza, einschließlich der Zerstörung der meisten Banken und Geldautomaten, die zu einer Liquiditäts- oder Bargeldknappheit im Gazastreifen geführt hat, eine neue wirtschaftliche Realität hervorgebracht hat: eine Tauschwirtschaft. Die Palästinenser in Gaza haben sich auf Tauschgeschäfte verlegt, um zu überleben: Waren und Dienstleistungen werden nicht gegen Geld, sondern gegen andere Waren oder Gefälligkeiten getauscht.⁷¹ Persönliche Gegenstände und Güter aus der humanitären Hilfe werden gegen Lebensmittel verkauft. Kinder sind häufig an diesen Tauschgeschäften beteiligt, um ihre Familien zu unterstützen. Die Warteschlangen für Bargeldabhebungen an den sehr wenigen noch funktionierenden Geldautomaten können sich über mehrere Tage erstrecken und führen häufig zu erfolglosen Transaktionen. Um an Bargeld zu gelangen, haben die Menschen auf alternative Mittel zurückgegriffen, die mit hohen Gebühren und Provisionen verbunden sind.⁷²

Einschränkung des Privatsektors in Gaza

51. In Gaza sind die Aktivitäten des Privatsektors zusammengebrochen. Der Wert der Produktion des Privatsektors in Gaza ist in den ersten vier Monaten des Krieges im Vergleich zur Ausgangssituation ohne Krieg um schätzungsweise 85,8 Prozent zurückgegangen, was einem Verlust von 810 Millionen US-Dollar bzw. 6,7 Millionen US-Dollar pro Tag entspricht (Abbildung 2.5.A). Der Konjunkturindex der Palästinensischen Währungsbehörde zeichnet ein ähnliches Bild: völliger Stillstand in Gaza (Abbildung 2.5.B).

► **Abbildung 2.5. Wert der Produktion des Privatsektors in den ersten vier Kriegsmonaten (Oktober 2023 bis Januar 2024, in Prozent) und Konjunkturindex**



Hinweis: Der Konjunkturindex der Palästinensischen Währungsbehörde hat eine Werteskala von 100 (günstig) bis -100 (ungünstig).

Quellen: PCBS; Palästinensische Währungsbehörde.

52. Eine kürzlich vorgelegte Zwischenbilanz der Weltbank, der Europäischen Union und der UN kam zu dem Ergebnis, dass sich die Schäden an der baulichen Infrastruktur von Gaza bis Ende Januar

⁷¹ Samia Nakhoul, „Many Wars, But Nothing Like This: Gaza Man Describes Hunger and Rage“, *Reuters*, 7. Dezember 2023.

⁷² Sami Abu Salem, „Cash Shortage Turns Gaza Back to the Barter Era“, *WAFA (Palestine News and Info Agency)*, 4. April 2024.

2024 auf insgesamt 18,5 Milliarden US-Dollar beliefen.⁷³ Die Schäden an Wohngebäuden machen den größten Teil aus (72 Prozent), gefolgt von Handel, Industrie und Dienstleistungen (9 Prozent) und Landwirtschaft (3 Prozent). Die Höhe der Schäden in den beiden letztgenannten Sektoren beträgt insgesamt 2,3 Milliarden US-Dollar. Die Zerstörungen im Handels-, Industrie- und Dienstleistungssektor umfassen die vollständige Zerstörung der Gaza-Industriezone, in der über 1.000 Arbeitnehmer beschäftigt waren.⁷⁴

53. Da die meisten für den Landwirtschaftssektor wichtigen Anlagen und Infrastrukturen beschädigt oder zerstört wurden, sind der Gemüseanbau und die Viehzucht praktisch zum Erliegen gekommen.⁷⁵ Die Zerstörung der Landwirtschaft war im nördlichen Teil von Gaza besonders akut.⁷⁶

Eine erweiterte Pufferzone wird die landwirtschaftliche Nutzfläche in Gaza weiter reduzieren

54. Ein Großteil der begrenzten landwirtschaftlichen Nutzfläche in Gaza liegt in der Nähe des israelischen Grenzzauns, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, dass das Land in der Enklave knapp ist und die Landwirte das Risiko eingingen, in der Nähe des Zauns zu wirtschaften, um ihren Lebensunterhalt zu sichern. Schon lange vor dem gegenwärtigen Krieg hatten die israelischen Behörden eine Pufferzone durchgesetzt und Palästinensern in Gaza verboten, sich dem Zaun mehr als 300 Meter zu nähern. Den Bauern jedoch war es gestattet, bis in einer Entfernung von 100 Metern vom Zaun ihrer Arbeit nachzugehen.⁷⁷ Gesprächspartner haben die Mission darüber informiert, dass die israelischen Behörden – wie auch in den Medien berichtet – nun systematisch alle Strukturen einschließlich angelegter Felder und errichteter Gewächshäuser zerstören und eine Pufferzone entlang des Grenzzauns zwischen Israel und Gaza schaffen, die bis zu einem Kilometer breit sein und etwa 16 Prozent der Fläche der Enklave einnehmen soll.⁷⁸ Ende Februar 2024 zeigten Satellitenbilder, dass 90 Prozent der Gebäude in dieser Zone beschädigt oder zerstört waren.⁷⁹ Es wird erwartet, dass die Ausweitung der Pufferzone die Fläche der Enklave, insbesondere die verfügbare landwirtschaftliche Nutzfläche, erheblich verkleinern wird.

Katastrophale Ausmaße von Hunger im nördlichen Gaza

55. Die Schäden an den landwirtschaftlichen Flächen und die Unfähigkeit der vertriebenen Landwirte, ihre Betriebe und Felder zu erreichen, in Verbindung mit der begrenzten humanitären Hilfe, die nach Gaza gelangen kann, führen zu einer Hungersnot annähernden Situation, während die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel in die Höhe geschossen sind. Die

⁷³ Weltbank et al., *Gaza Strip – Interim Damage Assessment*, 6–7.

⁷⁴ Für eine Satellitenaufnahme der Zerstörung der Gaza-Industriezone siehe Weltbank et al., *Gaza Strip Interim Damage Assessment*, Abbildung 9.

⁷⁵ Weltbank et al., *Gaza Strip – Interim Damage Assessment*, 15.

⁷⁶ Im Januar 2024 waren von den landwirtschaftlichen Flächen in den Gouvernements Nord-Gaza, Gaza-Stadt und Deir-al-Balah 41 Prozent bzw. 48 Prozent und 56 Prozent beschädigt worden. Siehe United Nations Satellite Centre, „UNOSAT Gaza Strip Agricultural Damage Assessment – January 2024“.

⁷⁷ Gisha, „Gaza Up Close“, 28. Juni 2023.

⁷⁸ Yarden Michaeli und Avi Scharf, „Buffer Zone and Control Corridor: What the Israeli Army's Entrenchment in Gaza Looks Like“, *Haaretz*, 28. März 2024.

⁷⁹ United Nations Satellite Centre, *UNOSAT Gaza Strip Comprehensive Damage Assessment 1km Stretch of Land from the Armistice Demarcation Line – April 2024*; Yarden Michaeli, „UN: Almost All Buildings in Israel's Buffer Zone in Gaza Were Destroyed“, *Haaretz*, 15. April 2024.

Palästinenser in Gaza haben notgedrungen begonnen, Tierfutter zu essen.⁸⁰ Die jüngste Auswertung von IPC verweist darauf, welche schädlichen Folgen der Krieg für die Nahrungsmittelproduktionssysteme, die landwirtschaftlichen Flächen, die Betriebe und die Infrastruktur hat, und hebt die Behinderungen der humanitären Hilfe als beitragende Faktoren hervor. Demnach litten 95 Prozent der Bevölkerung in Gaza unter gravierender Ernährungsunsicherheit und für das nördliche Gaza wurde prognostiziert, dass es dort zwischen Mitte März und Mai 2024 zu einer Hungersnot kommen würde.⁸¹ Nach Angaben der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung (USAID) war diese bereits Mitte April 2024 eingetreten.⁸² Neben der Notwendigkeit, die Verfügbarkeit von Lebensmitteln sicherzustellen, ist auch die Gewährleistung des physischen und wirtschaftlichen Zugangs zu ihnen von entscheidender Bedeutung.⁸³ Der physische Zugang zu Nahrungsmitteln wurde jedoch durch schlecht funktionierende Verteilungsmechanismen, Feindseligkeiten und den Zusammenbruch der sozialen Ordnung verhindert, während die in die Höhe schnellenden Nahrungsmittelpreise die Erschwinglichkeit von Nahrungsmitteln erschwert haben.

Exorbitante Preise in Gaza

- 56.** Der Mangel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Lebensmitteln hat die Preise in Gaza in exorbitante Höhen getrieben. Im Februar 2024 kostete ein Kilogramm Weißzucker im Durchschnitt 47,33 Schekel (ungefähr 12 US-Dollar), 9,6 Mal mehr als im Westjordanland (4,92 Schekel).⁸⁴ Eine Packung Eier kostete in Gaza durchschnittlich 100 Schekel (ca. 27 US-Dollar), mehr als das Fünffache des Durchschnittspreises im Westjordanland (19,71 Schekel). Infolgedessen stieg der Verbraucherpreisindex in Gaza auf einen historischen Höchststand (Abbildung 2.6). Im Westjordanland blieben die Preise stabiler, dennoch war die Inflation, wie im letztjährigen Bericht des Generaldirektors festgestellt, bereits vor dem Krieg auf dem höchsten Stand seit mehr als einem Jahrzehnt, und weil es der Palästinensischen Behörde an geldpolitischen Instrumenten zu ihrer Bekämpfung mangelte, hatten die palästinensischen Arbeitnehmer mit einer Lebenshaltungskostenkrise und sinkenden Reallöhnen zu kämpfen.

⁸⁰ Hanin Majadli, „When Pita Made of Animal Feed Is Your Best-Case Scenario: Life in the Northern Gaza Strip“, *Haaretz*, 8. Februar 2024.

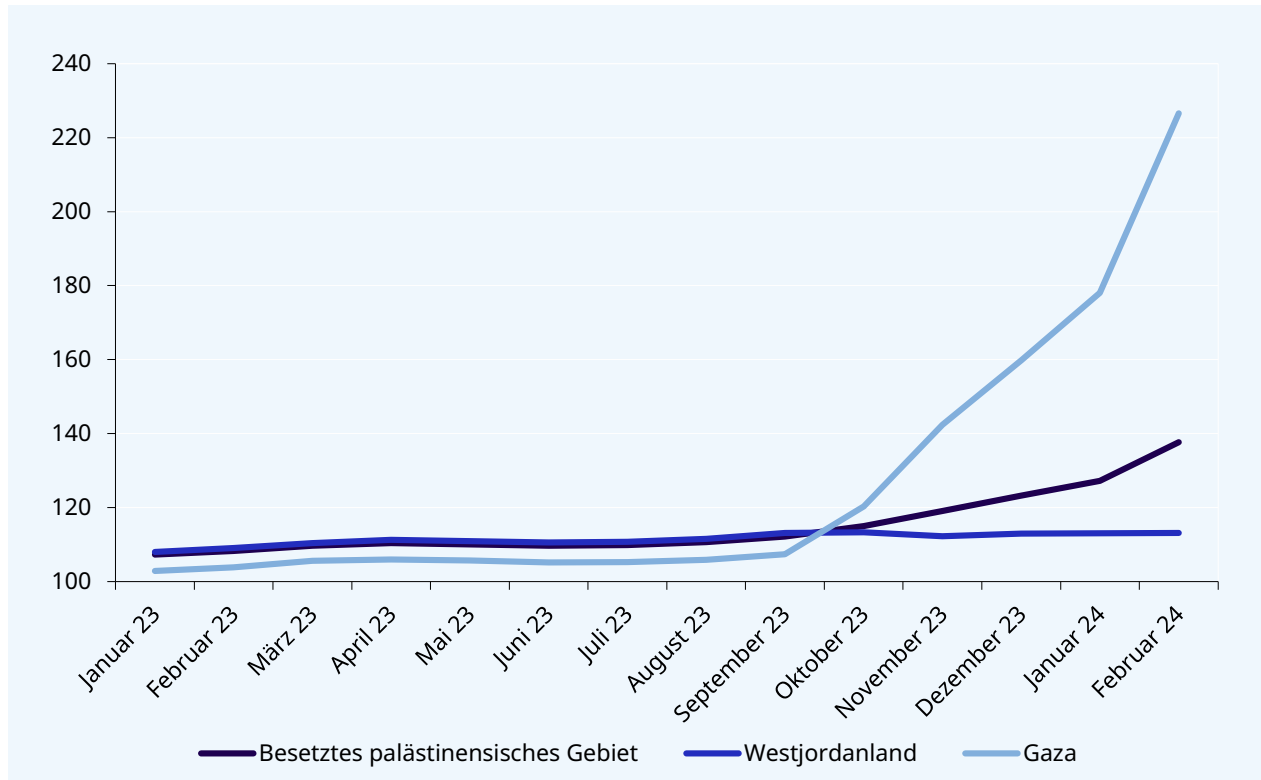
⁸¹ IPC, *Famine Review Committee: Gaza Strip, March 2024*, 2–3.

⁸² Jacob Knutson, „U.S. Aid Official Says Famine Has Begun in Northern Gaza“, *Axios*, 11. April 2024.

⁸³ Aeyal Gross und Tamar Luster, „There’s Hunger in Gaza – Even if There’s Food“, *Haaretz*, 3. April 2024.

⁸⁴ PCBS, „Average Consumer Prices for Selected Commodities by Region for February 2024“, 17. März 2024.

► **Abbildung 2.6. Inflation im besetzten palästinensischen Gebiet** (Verbraucherpreisindex, 2018 = 100)



Quelle: PCBS.

Der Privatsektor im Westjordanland taumelt

- 57.** Die Auswirkungen des Krieges in Gaza waren auch im Westjordanland zu spüren. Dort waren für das niedrigere BIP vor allem der Fertigungssektor und das Baugewerbe ausschlaggebend, die beide um mehr als ein Viertel schrumpften (siehe Abbildung 2.3). Der Finanz- und Versicherungssektor war mit einem Rückgang von 7,2 Prozent am wenigsten betroffen. Der Wert der Produktion des Privatsektors ist im Westjordanland zwischen dem 7. Oktober 2023 und Ende Januar 2024 schätzungsweise um mehr als ein Viertel (26,9 Prozent) im Vergleich zur Ausgangssituation ohne Krieg gesunken, was einem Verlust von fast 1,5 Milliarden US-Dollar bzw. 12,4 Millionen US-Dollar pro Tag entspricht (siehe Abbildung 2.5.A).⁸⁵ Dies wirkte sich in erster Linie auf Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen aus.
- 58.** Eine Reihe von Faktoren liegt diesen Produktionsverlusten zugrunde. Erstens wurde der Mission mitgeteilt, dass vor dem Krieg 30 Prozent der Industrieproduktion im Westjordanland für Gaza bestimmt waren; dieser Anteil entfällt jetzt vollständig. Zweitens hat die Zahl der Kontrollpunkte, Straßensperren und Schranken im Westjordanland erheblich zugenommen, wodurch die Verbindungen zwischen Märkten getrennt und einige Dörfer völlig von der Außenwelt abgeschnitten wurden, und die Zahl der Übergriffe des israelischen Militärs ist beträchtlich gestiegen. Diese Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, die Umwege sowie lange und ungewisse Fahrzeiten zur Folge hatten, führten in Verbindung mit einem unsicheren und angespannten Umfeld zu einem

⁸⁵ PCBS, „Press Release on the Losses of Private Sector in Palestine Due to the Israeli Occupation Aggression on Gaza Strip“, 10. März 2024.

erheblichen Rückgang der Mobilität und damit auch der Nachfrage.⁸⁶ Der Binnenhandel und der Tourismussektor, auch in Bethlehem, wo die Auslastung der Hotels erschreckend niedrig war, waren davon mit am stärksten betroffen. Drittens konnten die Arbeitnehmer aufgrund der verschärften Beschränkungen ihre Arbeitsstätten nicht erreichen, was zu einem Produktionsrückgang führte. Viertens hat die Kaufkraft im Westjordanland erheblich abgenommen, weil viele Arbeitnehmer, die früher in Israel und in den Siedlungen gearbeitet haben, Anfang April 2024 bereits ein halbes Jahr ohne Einkommen waren und die Beschäftigten des öffentlichen Sektors ihre Gehälter nur teilweise erhielten. Die Einkäufe der arabisch-israelischen Bevölkerung im Westjordanland, die zuvor in einigen Sektoren und an manchen Orten einen bedeutenden Anteil am Umsatz der Geschäfte ausmachten, sind erheblich zurückgegangen, was die Kaufkraft zusätzlich schmälerte.⁸⁷

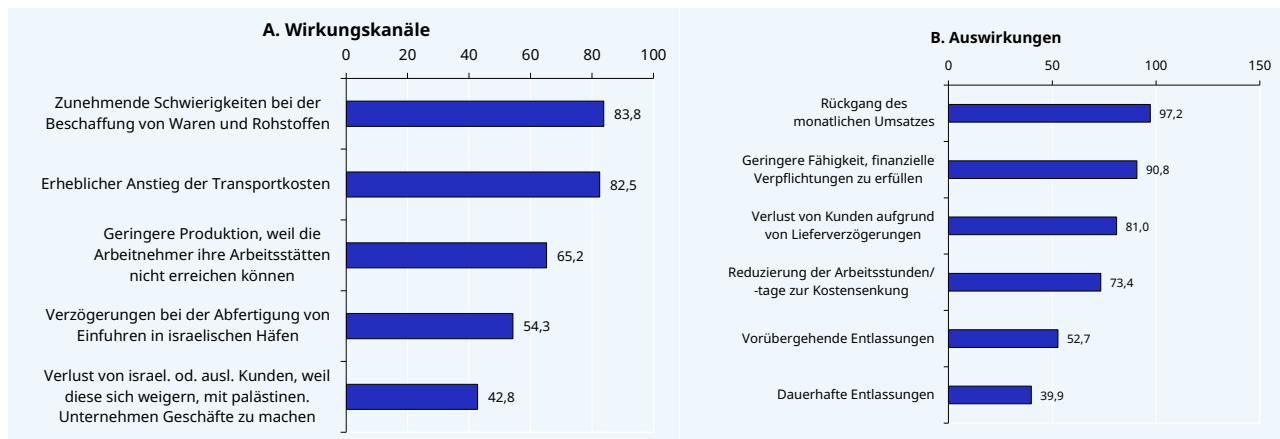
59. Die Aussagen von Gesprächspartnern spiegeln sich in einer Umfrage wider, die die IAO in Zusammenarbeit mit dem Verband der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA) zwischen November 2023 und Januar 2024 bei 700 Unternehmen in sieben Sektoren im Westjordanland durchgeführt hat. Zu den Faktoren, über die sich der Krieg auf ihre Geschäftstätigkeit auswirkte, zählten Herausforderungen bei der Beschaffung von Waren (83,8 Prozent der befragten Unternehmen), ein erheblicher Anstieg der Transportkosten (82,5 Prozent), die Unmöglichkeit für Arbeitnehmer, aufgrund von Kontrollpunkten ihre Arbeitsstätten zu erreichen (65,2 Prozent), ungewöhnliche Verzögerungen bei der Abfertigung von Importen in israelischen Häfen (54,3 Prozent) und die Weigerung israelischer oder ausländischer Unternehmen, mit palästinensischen Unternehmen Geschäfte zu machen (42,8 Prozent) (Abbildung 2.7.A).⁸⁸ Infolgedessen berichteten nahezu alle befragten Unternehmen über einen Rückgang des monatlichen Umsatzes (97,2 Prozent) und 90,8 Prozent der Unternehmen über die verringerte Fähigkeit, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Zu den weiteren Auswirkungen zählen der Verlust von Kunden aufgrund von Lieferverzögerungen (81,0 Prozent der auskunftgebenden Unternehmen), die Reduzierung der Arbeitszeit oder der Arbeitstage (73,4 Prozent) sowie vorübergehende oder dauerhafte Entlassungen ((52,7 Prozent bzw. 39,9 Prozent) (Abbildung 2.7.B).

⁸⁶ Siehe auch Hagar Sharif, „[Delayed Ambulances and Traffic Holdups: Israeli Army Blocks Entry to West Bank Villages Since Start of Gaza War](#)“, *Haaretz*, 19. März 2024.

⁸⁷ In der Stadt Dschenin im Westjordanland beispielsweise machten arabisch-israelische Bürger in den meisten Einzelhandelsbranchen 40 bis 67 Prozent der Wochenendeinnahmen aus; USAID, „[Impact of Arab-Israeli Shoppers in Jenin and the Northern West Bank](#)“, April/Mai 2009, 12.

⁸⁸ Der Handel mit Israel machte 2022 fast drei Viertel des gesamten palästinensischen Handels aus, was die Abhängigkeit des Privatsektors im Westjordanland von israelischen Handelswegen und Unternehmen widerspiegelt; UNCTAD, „[Developments in the Economy of the Occupied Palestinian Territory](#)“, 11. September 2023, 4–5.

► **Abbildung 2.7. Wirkungskanäle und Auswirkungen des Krieges zwischen Israel und der Hamas auf Unternehmen im Westjordanland (Anteil der auskunftgebenden Unternehmen)**



Quelle: Daten aus der Umfrage von IAO und FPCCIA zu den Auswirkungen des Krieges in Gaza auf Unternehmen im Westjordanland.

Aufgrund des Einbruchs der Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen ist die fiskalische Situation der Palästinensischen Behörde nicht mehr tragfähig

60. Die öffentlichen Finanzen der Palästinensischen Behörde waren bereits vor dem Krieg prekär. In früheren Berichten des Generaldirektors wurde auf die häufigen, undurchsichtigen und einseitigen Änderungen der monatlichen Abzüge von den an die Palästinensische Behörde zu überweisenden Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen durch die israelischen Behörden hingewiesen. Da die Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen zwei Drittel ihrer Einnahmen ausmachen, erschwerten solche einseitigen Abzüge nicht nur die tägliche Verwaltung der öffentlichen Finanzen, sondern zwangen die Palästinensische Behörde auch dazu, sich auf Kosten längerfristiger Entwicklungsinvestitionen auf den unmittelbaren Bedarf zu konzentrieren.
61. Vor dem Krieg zogen die israelischen Behörden einen Betrag ab, der dem entsprach, was die Palästinensische Behörde ihrer Meinung nach für die Familien der palästinensischen Gefangenen in israelischen Gefängnissen und der infolge der Gewalt getöteten Palästinenser bereitstellte, zusätzlich zu anderen einbehaltenen Beträgen (etwa 150 Millionen Schekel monatlich). Nach dem Ausbruch des Krieges in Gaza begann Israel auch damit, den Gegenwert der für Gaza bestimmten Mittel der Palästinensischen Behörde zu kürzen, der auf 600 Millionen Schekel (etwa 165 Millionen US-Dollar) pro Monat geschätzt wird.⁸⁹ Daraufhin weigerte sich die Palästinensische Behörde, jegliche Überweisungen von Zoll- und Umsatzsteuereinnahmen zu akzeptieren. Ende Februar wurde eine Vereinbarung mit der norwegischen Regierung getroffen, die als Zwischenstation für die Gaza-bezogenen Beträge fungieren sollte, sodass die Palästinensische Behörde zumindest den übrig bleibenden Betrag nach den Abzügen bekommen konnte.⁹⁰ Der abgezogene Betrag im Gegenwert der für Gaza vorgesehenen Mittel wird von Norwegen treuhänderisch gehalten, bis alle Parteien der Freigabe zustimmen. Die Summe, die die Palästinensische Behörde nach den Abzügen tatsächlich erhält, ist jedoch völlig unzureichend: Von dem monatlich zu überweisenden Betrag in Höhe von 1 Milliarde Schekel erhält die Palästinensische Behörde, wie der Mission mitgeteilt wurde, nur etwa ein Viertel des fälligen Betrags, d.h. rund 250 Millionen Schekel. Gleich-

⁸⁹ Ali Sawafta, „Palestinian Authority to Pay Reduced Salaries as Israel Blocks Funds“, *Reuters*, 6. Februar 2024.

⁹⁰ Regierung von Norwegen, „The Palestinian Authority Has Received Crucial Financial Transfers from Israel“, 29. Februar 2024.

zeitig wird allein die monatliche Lohnsumme des öffentlichen Sektors auf 700 Millionen Schekel pro Monat geschätzt (auf der Grundlage von Verpflichtungen).

62. Angesichts der desolaten Haushaltslage hat die Palästinensische Behörde eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, darunter die Erhöhung der Kreditaufnahme bei inländischen Banken, die Umschuldung von Darlehen des öffentlichen Sektors durch einen Konsortialkredit, die Kürzung der Zahlungen an die Beschäftigten des öffentlichen Sektors auf 50 bis 65 Prozent ihrer Gehälter und die Verzögerung von Auszahlungen sowie die Anhäufung weiterer Zahlungsrückstände gegenüber dem Privatsektor und dem Rentenfonds. Prognosen zufolge werden diese Zahlungsrückstände Ende 2023 einen Umfang von voraussichtlich 40,9 Prozent des BIP erreicht haben, verglichen mit einem Vorkriegswert von 33,6 Prozent des BIP.⁹¹
63. Gleichzeitig sind infolge des Rückgangs der Wirtschaftstätigkeit im Westjordanland auch andere Steuereinnahmen erheblich zurückgegangen, wodurch die Gewinne aus den Reformen, die 2023 vor dem Krieg durchgeführt worden waren, einschließlich der Reformen zur Verbreiterung der Steuerbasis und der Reformen im Zusammenhang mit der Einführung des elektronischen Umsatzsteuersystems, zunichte gemacht wurden.⁹² Es ist unklar, wie lange die Palästinensische Behörde noch ohne einen tragfähigen und vorhersehbaren Rahmen und ohne eine deutliche Erhöhung der Geberzuschüsse arbeiten kann. Die Budgethilfe ist in den letzten 15 Jahren drastisch zurückgegangen: Von 2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2008 schrumpfte sie auf 250 Millionen US-Dollar im Jahr 2022.⁹³ Das Zusammenwirken von sinkenden Staatsausgaben, weniger Unternehmensinvestitionen und schwächerer Verbrauchernachfrage führt zu einer anhaltenden Abwärtsspirale der Wirtschaftstätigkeit.

Die palästinensische Wirtschaft wird 2024 erneut einen massiven Rückgang verzeichnen

64. Die bisher erörterten BIP-Daten stellen eine Momentaufnahme der Situation im Jahr 2023 dar. Die Angaben zu den Verlusten des Privatsektors und den Schäden an der Infrastruktur beziehen sich auf den Zeitraum vom 7. Oktober 2023 bis Ende Januar 2024. Da der Krieg mindestens bis zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts andauerte, wird das BIP zumindest in den ersten beiden Quartalen 2024 weiterhin stark beeinträchtigt sein, und die Produktionsverluste sowie die Schäden an der Infrastruktur werden weiter zunehmen.
65. Wenn die Feindseligkeiten bis Ende Mai 2024 andauern, wird das jährliche BIP im besetzten palästinensischen Gebiet im Jahr 2024 voraussichtlich um mehr als 13,7 Prozent sinken. Bei einem solchen Szenario würde das Pro-Kopf-BIP im Jahr 2024 voraussichtlich um 16 Prozent auf ein Niveau zurückgehen, das zuletzt 2003 während der zweiten Intifada verzeichnet wurde (Abbildung 2.8). Bevor Wiederaufbauaktivitäten beginnen und die Wirtschaftstätigkeiten wieder aufgenommen werden können, ist ein Waffenstillstand erforderlich. Sofern der Wiederaufbau in Gaza nicht 2024 beginnt, wird die Wirtschaft von Gaza Prognosen zufolge im Jahr 2024 im Vergleich zum Vorjahr um mehr als 50 Prozent zurückgehen.⁹⁴

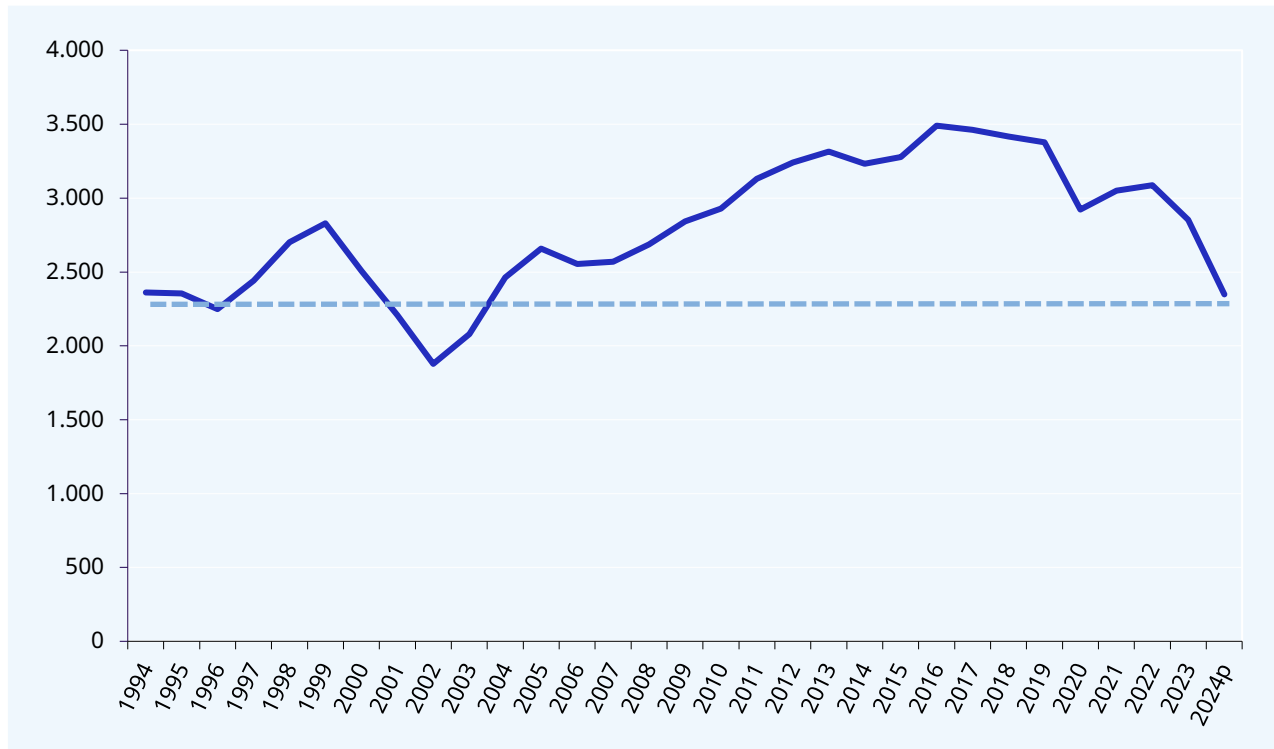
⁹¹ Weltbank, *Note on the Impacts of the Conflict in the Middle East on the Palestinian Economy*, Februar 2024.

⁹² Für nähere Informationen zu diesen Reformen siehe IWF, *West Bank and Gaza: Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, 8. September 2023.

⁹³ UNCTAD, „Report on UNCTAD's Assistance to the Palestinian People“, 25. Oktober 2023.

⁹⁴ Weltbank et al., *Gaza Strip – Interim Damage Assessment*, 20.

► **Abbildung 2.8. Reales Pro-Kopf-BIP, besetztes palästinensisches Gebiet, 1994–2024**
(in konstanten US-Dollar von 2015)



Hinweis: Die BIP-Daten für das vierte Quartal 2023, auf denen der Jahreswert für 2023 basiert, sind eine Schnellschätzung und müssen gegebenenfalls angepasst werden. Die Daten für 2024 sind prognostiziert, was durch „p“ gekennzeichnet wird.

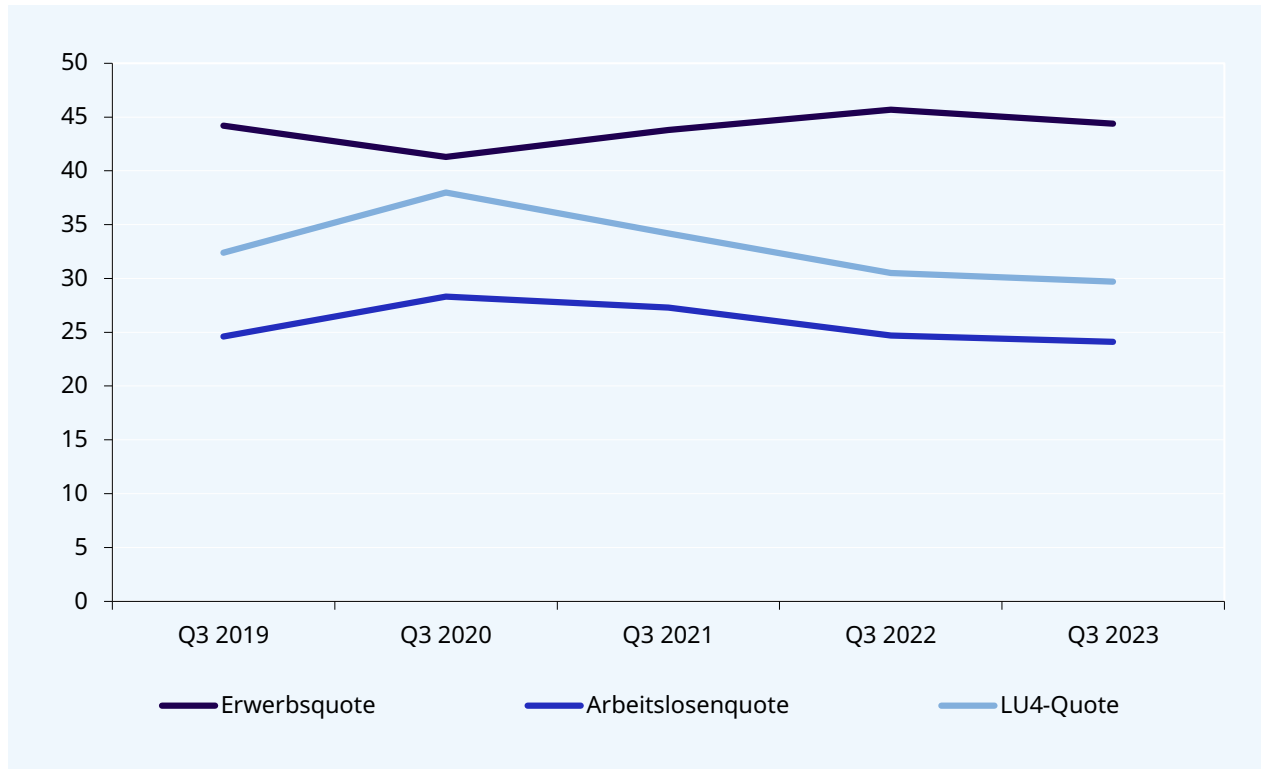
Quelle: IAO und PCBS.

Arbeitsmarktentwicklungen: Bereits vor dem Krieg war die Lage schwierig

66. Bereits vor der COVID-19-Pandemie zählte die Arbeitsmarktsituation im besetzten palästinensischen Gebiet aufgrund der jahrzehntelangen Beschränkungen der Freizügigkeit von Kapital und Arbeit zu den schlechtesten der Welt. In den ersten drei Quartalen des Jahres 2023 befand sie sich jedoch weiterhin auf einem Pfad zur Erholung vom Schock der COVID-19-Pandemie. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenquote und der LU4-Quote⁹⁵ im Jahr 2020 gingen diese Indikatoren bis 2023 stetig zurück (Abbildung 2.9). Eine zunehmende Zahl von Personen trat jedoch in die Erwerbsbevölkerung ein, sodass die Erwerbsquote im dritten Quartal 2023 auf 44,4 Prozent anstieg, gegenüber 41,3 Prozent im Vergleichszeitraum 2020.

⁹⁵ Die LU4-Quote ist ein zusammengesetztes Maß der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots. Das Maß erfasst die Arbeitslosen, das Arbeitskräftepotenzial (wazu die Personen zählen, die arbeiten möchten, bei denen jedoch durch die vorherrschenden Bedingungen ihre Verfügbarkeit, zu arbeiten oder eine Beschäftigung zu suchen, eingeschränkt ist) und die Personen in zeitbezogener Unterbeschäftigung (diejenigen, die mehr Stunden arbeiten wollen und weniger als 35 Stunden pro Woche arbeiten).

► **Abbildung 2.9. Erwerbsquote, Arbeitslosenquote und LU4-Quote, drittes Quartal 2019 bis drittes Quartal 2023 (Jahresvergleich, in Prozent)**



Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2019–23.

67. Tabelle 2.1 gibt einen Überblick über die Lage auf dem Arbeitsmarkt vor dem Krieg in Gaza. Wie bereits in früheren Berichten des Generaldirektors festgestellt, gibt es deutliche Unterschiede bei den Arbeitsmarktergebnissen zwischen dem Westjordanland und Gaza sowie nach Geschlecht. Die Erwerbsquoten waren im Westjordanland höher als in Gaza. In beiden Gebieten war die Erwerbsquote der Männer deutlich höher als jene der Frauen.⁹⁶ Im besetzten palästinensischen Gebiet insgesamt belief sich die Erwerbsquote bei den Frauen auf 17,2 Prozent, gegenüber 71,0 Prozent bei den Männern. Die Beschäftigungsquote, die ein Maß für die Fähigkeit einer Volkswirtschaft zur Schaffung von Arbeitsplätzen bietet, war im Westjordanland doppelt so hoch wie in Gaza. Insgesamt war nur einer von drei Palästinensern im Erwerbsalter unmittelbar vor dem Krieg in Gaza beschäftigt. Im besetzten palästinensischen Gebiet betrug die Beschäftigungsquote bei den Männern 56,7 Prozent und bei den Frauen 10,2 Prozent. In Gaza war nur eine von 20 Frauen im Erwerbsalter erwerbstätig. Mehr als die Hälfte (53,0 Prozent) der palästinensischen Arbeitnehmer gingen einer informellen Beschäftigung nach, wobei der Anteil in Gaza (63,4 Prozent) höher war als im Westjordanland (49,6 Prozent) und bei den Männern (55,1 Prozent) höher war als bei Frauen (41,0 Prozent).

⁹⁶ Es gibt mehrere Gründe, warum die Erwerbsquoten der Frauen deutlich unter jenen der Männer liegen, darunter eine allgemeine Stagnation des Beschäftigungswachstums als Folge der Besatzung, die vorherrschenden sozialen Normen und die anhaltende Ungleichheit zwischen den Geschlechtern. Angesichts der düsteren Beschäftigungsaussichten sind palästinensische Frauen häufig nicht auf dem Arbeitsmarkt aktiv. Frauen haben auch nur begrenzten Zugang zum israelischen Arbeitsmarkt, was ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt weiter einschränkt. Für eine ausführlichere Diskussion siehe IAA, *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, ILC.107/DG/APP, 2018, Kapitel 2.

► **Tabelle 2.1. Wichtige Arbeitsmarktindikatoren, drittes Quartal 2023**

	Westjordanland	Gaza	Besetztes palästinensisches Gebiet
Bevölkerung ab 15 Jahre (1.000)	2.116	1.333	3.450
Erwerbstätige (1.000)	1.001	531	1.532
Erwerbsquote – insgesamt (%)	47,3	39,8	44,4
Erwerbsquote – Männer (%)	76,0	62,8	71,0
Erwerbsquote – Frauen (%)	17,6	16,5	17,2
Beschäftigte (1.000)	871	292	1.163
Beschäftigungsquote – insgesamt (%)	41,2	21,9	33,7
Beschäftigungsquote – Männer (%)	68,2	38,2	56,7
Beschäftigungsquote – Frauen (%)	13,2	5,3	10,2
Informell Beschäftigte (1.000)	432	185	617
Quote der informellen Beschäftigung – insgesamt (%)	49,6	63,4	53,0
Quote der informellen Beschäftigung – Männer (%)	51,3	66,0	55,1
Quote der informellen Beschäftigung – Frauen (%)	40,3	44,1	41,0
Arbeitslose (1.000)	129	240	369
Arbeitslosenquote – insgesamt (%)	12,9	45,1	24,1
Arbeitslosenquote – Männer (%)	10,2	39,2	20,1
Arbeitslosenquote – Frauen (%)	24,9	67,7	40,8
Zeitbezogen Unterbeschäftigte (1.000)	8	11	19
Potenzielle Erwerbsbevölkerung (1.000)	7	63	70
LU4-Quote – insgesamt (%)	14,4	52,8	28,6
LU4-Quote – Männer (%)	11,3	44,4	22,9
LU4-Quote – Frauen (%)	27,9	77,2	49,9

Hinweis: Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.

Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, drittes Quartal 2023.

68. Bei den Indikatoren für die Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots lassen sich ebenfalls große Unterschiede beobachten. Die Arbeitslosenquote und die LU4-Quote waren in Gaza mehr als dreimal so hoch wie im Westjordanland. Zudem waren die Arbeitslosenquote und die LU4-Quote bei den Frauen deutlich höher als bei den Männern. Bei den Frauen in Gaza war die LU4-Quote erschreckend hoch (77,2 Prozent). Die Palästinenser in Gaza haben seit Langem mit Arbeitslosigkeit und wirtschaftlicher Not zu kämpfen.
69. Die Arbeitsmarktindikatoren im Westjordanland wurden durch die Möglichkeit, in Israel und in den Siedlungen zu arbeiten, gestützt. Gemäß der Arbeitskräfteerhebung des PCBS waren im dritten Quartal 2023 etwa 172.000 Arbeitnehmer aus dem Westjordanland in Israel und in den Siedlungen beschäftigt. Die Erhebung ergab zudem, dass 5.700 Arbeitnehmer aus Gaza in Israel und

den Siedlungen beschäftigt waren, sodass sich die Gesamtzahl der in Israel und den Siedlungen beschäftigten Palästinenser in dieser Zeit auf rund 177.000 Arbeitnehmer belief (Tabelle 2.2). Aus den Verwaltungsdaten der israelischen Koordinierungsstelle der Regierungsaktivitäten in den Gebieten ging jedoch hervor, dass rund 20.000 Palästinenser in Gaza eine Genehmigung zur Deckung „wirtschaftlichen Bedarfs“ oder eine „Beschäftigungserlaubnis“ hatten, die für eine Beschäftigung in Israel erforderlich war. Die hohe Dunkelziffer ist wahrscheinlich auf das Stigma zurückzuführen, das mit einer Beschäftigung in Israel verbunden ist.

► **Tabelle 2.2. Palästinensische Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen: zentrale Merkmale**

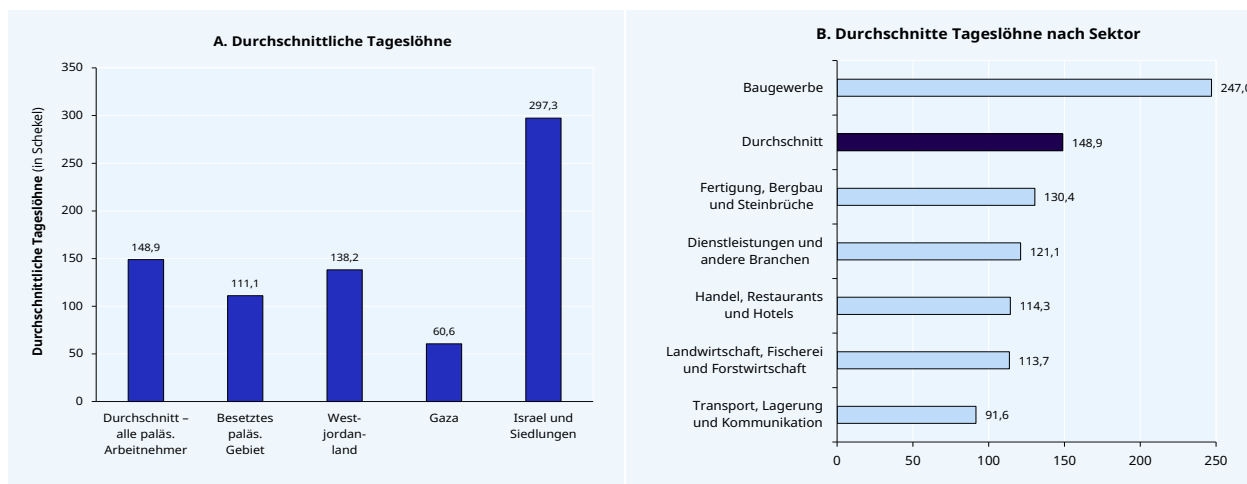
	2019	2020	2021	2022	Q3 2023	Q4 2023
Beschäftigte in Israel und den Siedlungen (1.000) *	133	125	145	193	177	22
Beschäftigt mit Arbeitsgenehmigungen (1.000)	95	78	89	113	132	12
Mit Genehmigung über Vermittler (1.000)	43	34	42	59	67	4
Mit Genehmigung ohne Vermittler (1.000)	52	44	46	53	65	8
Beschäftigt ohne Arbeitsgenehmigung (1.000)	26	24	37	40	38	5
Durchschnittliche an den Vermittler gezahlte monatliche Gebühr (Schekel)	2.360	2.464	2.457	2.429	2.442	3.618
Anteil der Inhaber von Genehmigungen, die einen Vermittler bezahlen (%)	45,1	43,9	48	52,4	51,2	31,5

* Die Gesamtzahl umfasst alle Beschäftigten mit einem israelischen Personalausweis oder einem ausländischen Pass.

Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2019–23.

70. Von den Palästinensern, die vor Beginn des Krieges in Gaza in Israel und den Siedlungen beschäftigt waren, besaßen drei Viertel eine Genehmigung, was einen Anstieg von 17,0 Prozent gegenüber dem Durchschnitt im Jahr 2022 bedeutet. Gleichzeitig ging die Zahl der Arbeitnehmer ohne Papiere zurück; diese Gruppe machte 2023 ein Viertel aller in Israel und in den Siedlungen beschäftigten Arbeitnehmer aus. Mehr als die Hälfte der Palästinenser bezahlten einen Vermittler, und die durchschnittliche Gebühr betrug 2.442 Schekel. Drei von fünf palästinensischen Arbeitnehmern waren im Baugewerbe beschäftigt (64,4 Prozent), während 13,7 Prozent auf Fertigung, Bergbau und Steinbrüche und 11,5 Prozent auf Handel, Restaurants und Hotels entfielen.
71. Die großen Lohnunterschiede zwischen dem besetzten palästinensischen Gebiet und Israel sowie den Siedlungen bewegen palästinensische Arbeitnehmer dazu, eine Beschäftigung jenseits der Grünen Linie zu suchen. Vor Ausbruch des Krieges waren die Löhne palästinensischer Arbeitnehmer in Israel und den Siedlungen mehr als doppelt so hoch wie im Westjordanland und fast fünfmal so hoch wie in Gaza (Abbildung 2.10.A). Die durchschnittlichen Nominallohne im Baugewerbe, dem Sektor mit den höchsten Löhnen, waren 2,7 Mal höher als im Sektor Transport, Lagerung und Kommunikation, dem Sektor mit den niedrigsten Löhnen (Abbildung 2.10.B). Die Löhne der in Israel und in den Siedlungen beschäftigten palästinensischen Arbeitnehmer, die sich im dritten Quartal 2023 auf 880 Millionen US-Dollar beliefen, machten im dritten Quartal 2023 fast 20 Prozent des BIP aus.

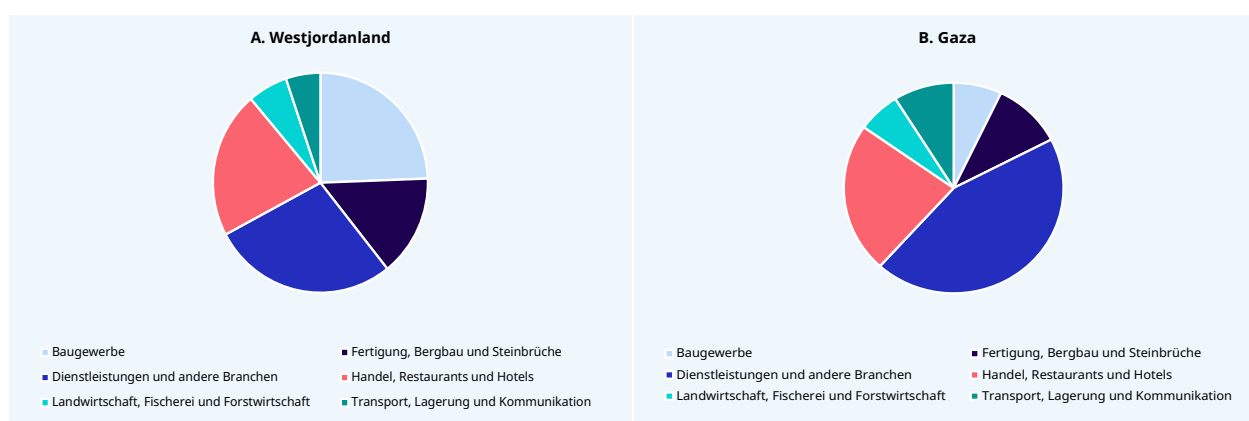
► **Abbildung 2.10. Durchschnittliche Tageslöhne nach Ort der Arbeitsstätte und nach Sektor, drittes Quartal 2023 (in Schekel)**



Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, drittes Quartal 2023.

72. Sowohl im Westjordanland als auch in Gaza entfiel der größte Anteil der Beschäftigung auf den Sektor Dienstleistungen und andere Branchen. Der Anteil dieses Sektors war jedoch in Gaza weit-
aus höher (44,3 Prozent, Abbildung 2.11.B) als im Westjordanland (27,9 Prozent, Abbildung 2.11.A).
Dies war vor allem auf die Beschäftigung im öffentlichen Sektor zurückzuführen, die in Gaza
33,5 Prozent der Gesamtbeschäftigung ausmachte, während es im Westjordanland nur 15,5 Pro-
zent waren. Ein weiterer bemerkenswerter Unterschied war die Beschäftigung im Baugewerbe,
auf die fast ein Viertel der Beschäftigung der Bewohner des Westjordanlandes entfiel, während
es in Gaza nur 5,4 Prozent waren. Dies war darauf zurückzuführen, dass Arbeitnehmer im West-
jordanland auf den Baustellen in Israel und in den Siedlungen arbeiten konnten, während dies
jenen in Gaza weitgehend verwehrt blieb.

► **Abbildung 2.11. Beschäftigungsanteil nach Sektor, Westjordanland und Gaza, drittes Quartal 2023 (in Prozent)**



Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, drittes Quartal 2023.

Gaza: ein zerstörter Arbeitsmarkt

73. Die verheerenden Folgen des Krieges haben auch dazu geführt, dass die Arbeitskräfteerhebung für das vierte Quartal 2023 in Gaza nicht durchgeführt werden konnte. IAA-Schätzungen zeichnen ein düsteres Bild von den Auswirkungen des Krieges auf den Arbeitsmarkt in Gaza.⁹⁷ Ausgehend von den Annahmen, dass 90 Prozent der Arbeitsplätze im Privatsektor in Gaza zerstört wurden, die Beschäftigung im öffentlichen Sektor um 15 Prozent zurückgegangen ist und die 20.000 Arbeitsplätze in Israel, die Palästinenser in Gaza innehatten, alle verloren gegangen sind, wurde der Gesamtverlust an Arbeitsplätzen in Gaza bis Ende 2024 auf 201.000 geschätzt. Dies entspricht mehr als zwei Dritteln der Gesamtbeschäftigung im Gazastreifen vor dem Krieg und bedeutet, dass die Enklave auf ein tägliches Einkommen von 3,3 Millionen US-Dollar verzichten muss. Diese Schätzungen haben auch Ende März 2024 Bestand.
74. Unter der Last des Krieges sind Gespräche zwischen Arbeitsuchenden und Arbeitgebern unmöglich. Gleiches gilt für Gespräche zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zur Einigung über Löhne und Arbeitsbedingungen. Für die meisten Arbeitnehmer geht es jetzt in erster Linie darum, ausreichend Nahrungsmittel zum Überleben zu bekommen.
75. Die meisten Palästinenser im Erwerbsalter in Gaza sind entweder arbeitslos oder nicht erwerbstätig und ohne Einkommen. Es gibt jedoch eine geringe Anzahl Arbeitnehmer, die beschäftigt sind und arbeiten: diejenigen, die in der humanitären Hilfswirtschaft tätig sind, einschließlich des Personals des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), und die sehr begrenzte Zahl von Personen, die im Privatsektor beschäftigt sind und einige Bäckereien und Läden betreiben. Darüber hinaus gibt es Arbeitnehmer, die zwar beschäftigt sind, aber nicht arbeiten: Beschäftigte des öffentlichen Sektors, die weiterhin Teilgehälter von der Palästinensischen Behörde erhalten. Am Rand sind auch Profiteure in Erscheinung getreten, die das Chaos, die Knappheit und die Nachfrage nach lebenswichtigen Gütern und Dienstleistungen ausnutzen.
76. Gaza hat eine auffallend junge Bevölkerung: Etwa 40 Prozent der Bevölkerung sind unter 15 Jahre alt. Unter denjenigen im Erwerbsalter (15 Jahre und älter) machen junge Menschen im Alter von 15 bis 24 Jahren mehr als 30 Prozent der Bevölkerung aus, was dem größten Anteil innerhalb der Zehn-Jahres-Kohorten entspricht. Vor dem Krieg sahen sich junge Menschen mit erheblichen Problemen konfrontiert: Die Arbeitslosenquote lag bei 59,3 Prozent, verglichen mit 41,5 Prozent bei den Erwachsenen ab 25 Jahren. Junge Frauen hatten besondere Schwierigkeiten, einen Arbeitsplatz zu finden; ihre Arbeitslosenquote lag bei 86,7 Prozent. Im dritten Quartal 2023 lag der Anteil der jungen Menschen, die sich weder in Beschäftigung befanden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten, bei 35,7 Prozent. Die Tatsache, dass diese Quoten deutlich niedriger sind als die Arbeitslosenquoten, deutet darauf hin, dass vor dem Krieg ein großer Teil der Bevölkerung im Erwerbsalter einer schulischen oder beruflichen Ausbildung nachging. Aber die Schulen sind seit Oktober 2023 geschlossen, und jeder junge Mensch in Gaza ist heute praktisch weder in Beschäftigung noch in einer schulischen oder beruflichen Ausbildung. Solide empirische Daten unterstreichen das anhaltende Risiko, das damit verbunden ist, sich heute weder in Beschäftigung zu befinden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung zu absolvieren, weil es die Wahrscheinlichkeit, dass dies auch in Zukunft so sein wird, deutlich

⁹⁷ IAO, „Impact of the War in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 3, 18. März 2024, 3.

erhöht.⁹⁸ Frühzeitige Interventionen sind erforderlich, um die längerfristigen Kosten zu mindern, können angesichts des anhaltenden Krieges jedoch nicht durchgeführt werden.

Westjordanland: ein weiterer Schock

77. Auch auf dem Arbeitsmarkt im Westjordanland macht sich die Not bemerkbar. Während die Arbeitskräfteerhebung im vierten Quartal 2023 in Gaza aufgrund des Krieges nicht durchgeführt werden konnte, deuten die Ergebnisse für das Westjordanland auf eine erhebliche Verschlechterung der meisten Indikatoren hin, weil sich die Wirtschaftstätigkeit verlangsamt hat.
78. Die wichtigsten Ergebnisse können wie folgt zusammengefasst werden: Erstens war die Schließung des israelischen Arbeitsmarkts die Hauptursache für die negativen Arbeitsmarktergebnisse der Palästinenser im Westjordanland. Auch die zunehmenden Beschränkungen des Güter- und Personenverkehrs und die geringeren Ausgaben der Palästinensischen Behörde haben sich negativ auf sie ausgewirkt. Zweitens: Unmittelbar vor dem Krieg entfielen 99 Prozent der Beschäftigung von Palästinensern in Israel und den Siedlungen auf Männer, weshalb diese die Hauptlast des Beschäftigungsverlustes getragen haben. Drittens sind die Arbeitnehmer mit den höchsten Durchschnittslöhnen unverhältnismäßig stark betroffen, was die großen Einkommensverluste und die negativen Auswirkungen auf die Gesamtnachfrage im Westjordanland seit Ausbruch des Krieges unterstreicht.
79. Die Gesamtbeschäftigung der Palästinenser im Westjordanland im vierten Quartal 2023, in der sich die Auswirkungen des Krieges in Gaza niederschlugen, ging im Vergleich zum vorangegangenen Quartal um 23,8 Prozent (bzw. um 207.000) zurück, weil Arbeitnehmer arbeitslos wurden oder aus der Erwerbsbevölkerung ausschieden (Tabelle 2.3). Die Beschäftigungsverluste wurden hauptsächlich durch einen Rückgang von 155.000 Arbeitsplätzen in Israel und in den Siedlungen verursacht und haben den bereits vor dem Krieg im Westjordanland bestehenden Mangel an Beschäftigungsmöglichkeiten verschärft. 97,1 Prozent der Arbeitsplatzverluste entfielen auf Männer.
80. Da die Beschäftigung zurückging, sank die Beschäftigungsquote bei den Männern um 19,0 Prozentpunkte und bei den Frauen um 0,6 Prozentpunkte. Die geringeren Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt für palästinensische Frauen im Westjordanland sind auf ihren geringen Anteil an der Beschäftigung in Israel und in den Siedlungen sowie auf den relativ größeren Anteil palästinensischer Frauen an der Beschäftigung im öffentlichen Sektor zurückzuführen, der in den vergangenen Jahren in der Regel etwa ein Drittel der Gesamtbeschäftigung von Frauen im Westjordanland ausmachte, gegenüber lediglich rund 10 Prozent bei den Männern. Sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern nahm die Beschäftigung im öffentlichen Sektor im vierten Quartal 2023 nur geringfügig zu; die Arbeitsplatzverluste entfielen vollständig auf den Privatsektor.

⁹⁸ IAO, *Global Employment Policy Review 2023: Macroeconomic Policies for Recovery and Structural Transformation*, 15. Mai 2023, 62–63.

► **Tabelle 2.3. Wichtige Arbeitsmarktindikatoren, Westjordanland und Gaza, drittes und viertes Quartal 2023**

	3. Quartal 2023	4. Quartal 2023	Veränderung (% oder Prozentpunkte)
Erwerbstätige (1.000)	1.001	911	-9,0
Erwerbsquote – insgesamt (%)	47,3	42,8	-4,5
Erwerbsquote – Männer (%)	76,0	68,0	-8,0
Erwerbsquote – Frauen (%)	17,6	16,7	-0,9
Beschäftigte (1.000)	871	664	-23,8
Beschäftigungsquote – insgesamt (%)	41,2	31,2	-10,0
Beschäftigungsquote – Männer (%)	68,2	49,2	-19,0
Beschäftigungsquote – Frauen (%)	13,2	12,6	-0,6
Informell Beschäftigte ('000s)	432	297	-31,2
Quote der informellen Beschäftigung – insgesamt (%)	49,6	44,8	-4,8
Quote der informellen Beschäftigung – Männer (%)	51,3	46,0	-5,3
Quote der informellen Beschäftigung – Frauen (%)	40,3	39,9	-0,4
Arbeitslose (1.000)	129	246	90,4
Arbeitslosenquote – insgesamt (%)	12,9	27,0	14,1
Arbeitslosenquote – Männer (%)	10,2	27,6	17,4
Arbeitslosenquote – Frauen (%)	24,9	24,6	-0,3
Zeitbezogen Unterbeschäftigte (1.000)	8	5	-44,6
Potenzielle Erwerbsbevölkerung (1.000)	7	14	101,6
LU4-Quote – insgesamt (%)	14,4	28,7	14,3
LU4-Quote – Männer (%)	11,3	29,1	17,8
LU4-Quote – Frauen (%)	27,9	26,9	-1,0

Hinweis: Aufgrund von Rundungen können sich bei Summenbildungen Abweichungen ergeben.

Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, drittes und viertes Quartal 2023.

81. Die informelle Beschäftigung dient oft als Puffer und nimmt daher in Krisenzeiten zu. Während dieses Arbeitsmarktschocks ging die informelle Beschäftigung unter den Palästinensern im Westjordanland jedoch de facto zurück und sank im vierten Quartal 2023 auf 44,8 Prozent, gegenüber 49,6 Prozent im vorangegangenen Quartal. Auch dieses erst einmal nicht unmittelbar erklärliche Ergebnis ist auf die Arbeitsplatzverluste in Israel zurückzuführen. Unmittelbar vor dem Krieg waren 50,2 Prozent der in Israel und den Siedlungen beschäftigten Palästinenser informell

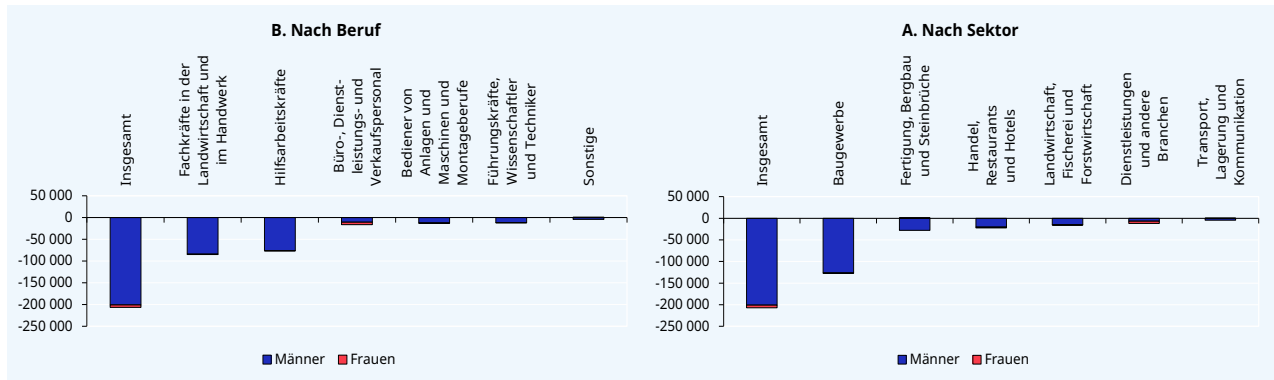
beschäftigt,⁹⁹ und weil diese Gruppe von Arbeitnehmern arbeitslos oder nicht erwerbstätig geworden ist, ist der Anteil der informellen Beschäftigung gesunken.

82. Etwa die Hälfte derjenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, wurde arbeitslos, während die übrigen infolge unterlassener Arbeitsuche zu Nichterwerbspersonen wurden, auch weil der israelische Arbeitsmarkt verschlossen blieb, oder weil sie nicht für eine Arbeit zur Verfügung standen.¹⁰⁰ Die Gesamtarbeitslosigkeit stieg im vierten Quartal 2023 um 117.000, wodurch sich die Arbeitslosenquote bei den Männern von 10,2 Prozent im vorangegangenen Quartal auf 27,6 Prozent fast verdreifachte. Dagegen ging die entsprechende Quote bei den Frauen im gleichen Zeitraum leicht von 24,9 Prozent auf 24,6 Prozent zurück. Infolgedessen haben sich die großen geschlechtsspezifischen Unterschiede, die bei den Indikatoren für die Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots bestanden, verringert, und im vierten Quartal 2023 war die Inzidenz der Arbeitslosigkeit und anderer Formen der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots für Männer höher als für Frauen.
83. Durch das Ausscheiden aus der Erwerbsbevölkerung (90.000 Personen) sank die Erwerbsquote bei den Männern zwischen dem dritten und vierten Quartal 2023 um 8 Prozentpunkte, während sie bei den Frauen um 0,9 Prozentpunkte zurückging. Viele, die aus der Erwerbsbevölkerung ausschieden, blieben jedoch weiterhin mit dem Arbeitsmarkt in Verbindung. Die potenzielle Erwerbsbevölkerung – diejenigen, die nicht der Erwerbsbevölkerung angehören, aber ein Interesse an einer Erwerbstätigkeit bekunden – wuchs, wodurch das zusammengesetzte Maß der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots (LU4-Quote) bei den Männern von 11,3 Prozent im dritten Quartal 2023 auf 29,1 Prozent im vierten Quartal 2023 anstieg. Die entsprechende Quote bei den Frauen ging um 1 Prozentpunkt zurück.
84. Beschäftigungsverluste gab es vor allem im Baugewerbe, auf das mehr als 60 Prozent der gesamten Arbeitsplatzverluste entfielen (Abbildung 2.12.A). Vor dem 7. Oktober lagen die durchschnittlichen Tageslöhne im Baugewerbe, dem am besten bezahlten Sektor, um 89 Prozent höher als im nächsthöher bezahlten Sektor (Fertigung). Aufgeschlüsselt nach Berufen waren Fachkräfte in der Landwirtschaft und im Handwerk sowie in den einfachen Berufen am stärksten betroffen, wobei auf jede dieser Berufsgruppen mindestens 35 Prozent der gesamten Arbeitsplatzverluste entfielen (Abbildung 2.12.B). Vor dem Krieg waren diese beiden Berufsgruppen auch durch die höchsten Löhne gekennzeichnet.

⁹⁹ Beispielsweise haben viele Palästinenser, die in Israel und den Siedlungen beschäftigt sind, keinen schriftlichen Vertrag.

¹⁰⁰ In den vom PCBS erhaltenen Mikrodatensätzen der Arbeitskräfteerhebung für das vierte Quartal 2023 wurden alle Personen, die vorübergehend von der Arbeit abwesend waren und deren Arbeitsplatz sich in Israel und in den Siedlungen befand, als arbeitslos eingestuft. Gemäß IAA-Schätzungen werden diese Personen als Nichterwerbspersonen (nicht der Erwerbsbevölkerung angehörend) eingestuft, weil keine Informationen über ihre Arbeitsuche und Arbeitsverfügbarkeit vorliegen – Kriterien, die zur Definition von Arbeitslosigkeit verwendet werden.

► **Abbildung 2.12. Veränderung der Beschäftigung zwischen dem dritten und dem vierten Quartal 2023, nach Geschlecht**



Quelle: Schätzungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, drittes und viertes Quartal 2023.

- 85.** Die Quote der jungen Menschen (im Alter von 15 bis 24 Jahren), die sich weder in Beschäftigung befanden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten, stieg von 25,7 Prozent auf 30,6 Prozent. Vor dem Krieg war diese Quote der jungen Männer im Westjordanland (18,9 Prozent) fast halb so hoch wie jene der jungen Frauen (32,7 Prozent). Die Quote der jungen Männer stieg im vierten Quartal 2023 deutlich an, während jene der jungen Frauen sank, sodass die Quote der jungen Männer, die sich weder in Beschäftigung befanden noch eine schulische oder berufliche Ausbildung absolvierten (31,1 Prozent), höher ist als jene der jungen Frauen (30,0 Prozent). Der Rückgang der Quote der jungen Frauen resultierte aus der Zunahme der Beschäftigung im öffentlichen Sektor. Die Arbeitslosenquote der jungen Menschen stieg ebenfalls von 24,1 Prozent im dritten Quartal 2023 auf 41,8 Prozent im vierten Quartal, wobei der Anstieg ausschließlich auf junge Männer zurückzuführen ist, deren Arbeitslosenquote sich von 19,2 Prozent auf 40,1 Prozent verdoppelte, während die Arbeitslosenquote der jungen Frauen im gleichen Zeitraum von 52,7 Prozent auf 51,2 Prozent zurückging.
- 86.** Laut dem PCBS ging die Zahl der palästinensischen Beschäftigten in Israel und in den Siedlungen im vierten Quartal 2023 auf 22.000 zurück, gegenüber 177.000 im vorangegangenen Quartal (siehe Tabelle 2.2). Alle Sektoren verzeichneten einen Beschäftigungsrückgang, aber die Verluste konzentrierten sich hauptsächlich auf den Bausektor, auf den vor dem Krieg fast zwei Drittel der palästinensischen Beschäftigung in Israel und den Siedlungen entfielen. Von den 22.000 Beschäftigten, die noch in Israel und den Siedlungen arbeiten, sind die meisten weiterhin im Baugewerbe tätig, doch ist der Anteil des Sektors auf weniger als die Hälfte der Gesamtbeschäftigung in Israel und den Siedlungen zurückgegangen. Am wenigsten betroffen waren der Fertigungssektor sowie der Sektor Transport, Lagerung und Kommunikation.
- 87.** Etwa einer von fünf Palästinensern, die im vierten Quartal 2023 in Israel und den Siedlungen einer Beschäftigung nachgingen, tat dies ohne Papiere. Der Rest hatte eine Genehmigung oder eine andere Erlaubnis, in Israel und den Siedlungen zu arbeiten. In früheren Berichten des Generaldirektors wurde auf die Praxis eingegangen, dass palästinensische Arbeitnehmer Vermittler für Genehmigungen bezahlen, die es ihnen ermöglichen, legal in Israel zu arbeiten. Aus den Daten des PCBS geht hervor, dass der Markt für die Vermittlung von Arbeitsgenehmigungen trotz des Krieges und der offiziellen Schließung des israelischen Arbeitsmarkts weiter funktioniert, wobei etwa ein Drittel der Arbeitnehmer eine Genehmigung von einem Vermittler erhält. Bemerkenswert ist, dass die durchschnittlichen monatlichen Kosten für eine Arbeitsgenehmigung im vierten Quartal 2023 um fast 50 Prozent auf 3.618 Schekel gestiegen sind, verglichen mit 2.442 Schekel im vorangegangenen Quartal, was wahrscheinlich die steigende Nachfrage nach Arbeitsgenehmi-

gungen in Israel widerspiegelt. Hingegen ist der durchschnittliche Tageslohn von Palästinensern, die in Israel und in den Siedlungen arbeiten, auf 259,7 Schekel gesunken (von 297,3 Schekel im vorangegangenen Quartal), was darauf hindeutet, dass diese Palästinenser nach Abzug der höheren Vermittlergebühr im Durchschnitt noch weniger verfügbares Einkommen haben als vor dem Krieg.

- 88.** Zusammengekommen ergibt sich ein Bild erheblich reduzierter Arbeitseinkommen im Westjordanland: Bis Ende Januar 2024 wurden die Verluste an Arbeitseinkommen im Westjordanland auf 18 Millionen US-Dollar pro Tag geschätzt.¹⁰¹ Da ein Einkommensbezieher im Durchschnitt sechs Familienangehörige im besetzten palästinensischen Gebiet unterstützt, haben diese Einkommensverluste erhebliche Auswirkungen auf das Wohlergehen der Familien und der Gesellschaft insgesamt.

¹⁰¹ IAO, „Impact of the War in Gaza on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 3, 18. März 2024, 4.

► Kapitel 3. Gravierende Verletzungen der Arbeitnehmerrechte infolge der Besatzung und des Krieges

89. Seit vielen Jahren weist der Generaldirektor auf die negativen Auswirkungen der israelischen Besatzung des Westjordanlandes, einschließlich Ost-Jerusalems, und von Gaza auf die sozialen und wirtschaftlichen Rechte der palästinensischen Arbeitnehmer des besetzten Gebiets hin. In diesem Jahr haben die zunehmende Gewalt und der Krieg zwischen Israel und der Hamas die Besatzung weiter verfestigt, und zu den bereits bestehenden Herausforderungen sind neue hinzugekommen. Die negativen Auswirkungen haben die Rechte der Arbeitnehmer, einschließlich der in den internationalen Arbeitsnormen verankerten Rechte, stark beeinträchtigt. Die Verantwortung für den Schutz aller Menschenrechte ist grundlegend für das Völkerrecht.

Die Mechanismen der Besatzung: Ausweitung der Siedlungen und eine Explosion der Gewalt

90. Nach dem Völkerrecht ist der Staat Israel als Besatzungsmacht verpflichtet, die Grundrechte aller Menschen zu achten. Bei der Erfüllung seiner Verantwortlichkeiten gegenüber der Bevölkerung des besetzten Gebiets ist er an die Bestimmungen der internationalen Menschenrechtsnormen und des humanitären Völkerrechts, einschließlich des Völkergewohnheitsrechts, sowie an die von ihm ratifizierten Verträge gebunden. Insbesondere Artikel 49 des Vierten Genfer Abkommens verbietet es der Besatzungsmacht, ihre eigenen Staatsangehörigen in das von ihr besetzte Gebiet umzusiedeln. In der Entschließung der Konferenz von 1980 wurden die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen von Siedlungen auf die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer anerkannt.
91. Trotz der völkerrechtlichen Unzulässigkeit der Siedlungstätigkeit in den besetzten Gebieten hat sich der Siedlungsausbau im vergangenen Jahr nicht nur fortgesetzt, sondern intensiviert.¹⁰² Im Jahr 2023 wurde eine Rekordzahl von 12.349 Wohneinheiten in Siedlungen im Westjordanland (ohne Ost-Jerusalem) gefördert. Zudem wurde eine Rekordzahl von 26 neuen Außenposten,¹⁰³ die sowohl nach dem Völkerrecht als auch nach israelischem Recht illegal sind, errichtet und die rückwirkende Legalisierung von 15 Außenposten wurde vorangetrieben.¹⁰⁴ Zum Vergleich: Im Jahr 2022 wurden 4.427 Einheiten gefördert¹⁰⁵ und fünf neue Außenposten errichtet. Auch bei der Zerstörung palästinensischer Gebäude im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, durch die israelischen Behörden wurde 2023 ein trauriger Rekord erreicht: 1.177 Gebäude wurden abgerissen, wodurch mehr als 2.000 Palästinenser vertrieben wurden – die höchste Zahl seit

¹⁰² Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO), *Security Council Briefing on the Situation in the Middle East – Report of the Secretary-General on the Implementation of UNSCR 2334 (2016)*, 29. Bericht, 26. März 2024, 1.

¹⁰³ Bei den sogenannten Außenposten handelt es sich um kleine Trabantensiedlungen, errichtet auf dem Land palästinensischer Privatbesitzer, die von israelischen Siedlern gewaltsam vertrieben wurden. In der Praxis sind sie die Anfänge einer Siedlung.

¹⁰⁴ Peace Now, *A Good Year for Settlements; a Bad Year for Israel: Summary of Settlement Activity in 2023*, Februar 2024, 1. Daten über die Anzahl der im Jahr 2023 geförderten Pläne für Wohneinheiten in den Siedlungen in Ost-Jerusalem sind nicht verfügbar. 2023 wurden Ausschreibungen für 89 Wohneinheiten in Ost-Jerusalem und für 1.200 Wohneinheiten im restlichen Westjordanland angekündigt. Ausschreibungen sind von der Regierung veröffentlichte Aufforderungen zur Einreichung von Angeboten für den Bau von Wohneinheiten. Nur in 13 Siedlungen ist ein Ausschreibungsverfahren erforderlich, in den übrigen Siedlungen sind Ausschreibungen vor dem Baubeginn nicht vorgeschrieben. Siehe Peace Now, „Construction“ und „Jerusalem“, ohne Datum.

¹⁰⁵ Peace Now, „Data – Construction“: Die Daten zur „Förderung“ umfassen die Anzahl der Wohneinheiten in Siedlungsplänen, die eine der Planungsphasen (Genehmigung zur Hinterlegung oder Genehmigung zur Validierung) durchlaufen haben.

Beginn der Aufzeichnungen durch das Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) im Jahr 2009.¹⁰⁶ Im Jahr 2022 waren 954 Abrisse und 1.032 Vertreibungen verzeichnet worden.

- 92.** In den drei Monaten nach der israelischen Kriegserklärung an die Hamas kam es zu einer „beispiellosen Zunahme der Siedlungsaktivitäten“ im Westjordanland, einschließlich der Unterstützung der Infrastruktur von Außenposten und Siedlungen.¹⁰⁷ Dieser Anstieg setzte sich bis ins Jahr 2024 fort.¹⁰⁸ Berichten zufolge wurden in Ost-Jerusalem in den sechs Monaten seit Beginn des Krieges in Gaza Projekte mit Tausenden von Wohneinheiten genehmigt oder vorangetrieben.¹⁰⁹ Ende März war 2024 bereits das Jahr mit der höchsten Hektarzahl an palästinensischem Land, das zu Staatsland erklärt wurde und somit den Palästinensern nicht mehr zur Verfügung steht, wobei sich der Wert im Vergleich zum bisherigen Spitzenwert im Jahr 1999 verdoppelt hat.¹¹⁰ Von den 21 palästinensischen Gemeinden, die im Jahr 2023 vertrieben wurden, fanden 16 Vertreibungen zwischen Oktober und Dezember statt.¹¹¹ Mehr als die Hälfte der 31 Häuser im Besitz von Palästinensern, die 2023 als Strafmaßnahme nach angeblichen Angriffen auf Israelis durch Familienangehörige abgerissen wurden, wurden zwischen Oktober und Dezember 2023 abgerissen.¹¹² Kollektivstrafen und Zwangsvertreibungen von Zivilisten sind nach internationalem Recht verboten.¹¹³
- 93.** Die Zahlen der durch Gewalt getöteten oder verletzten Menschen haben im vergangenen Jahr erschreckende neue Höchstwerte erreicht. Im Jahr 2023 wurden im Westjordanland im Zusammenhang mit der Besatzung und dem Konflikt 509 Palästinenser getötet und 13.021 Palästinenser verletzt. Damit wurden die Zahlen von 2022 übertroffen, die bis dahin die höchsten seit dem Beginn der Aufzeichnungen durch das OCHA im Jahr 2008 gewesen waren.¹¹⁴ Auch die Zahl der Todesopfer unter Israelis im Westjordanland erreichte 2023 einen neuen Höchststand: Im Zusammenhang mit der Besatzung und dem Konflikt im Westjordanland wurden 30 Israelis getötet und 185 verletzt. Diese Zahlen werden natürlich von den Schätzungen der Zahlen der am 7. Oktober 2023 und danach in Gaza und im Süden Israels getöteten oder verletzten Palästinenser und Israelis in den Schatten gestellt. Bis Ende März 2024 wurden schätzungsweise mehr als 32.600 Palästinenser mit Wohnsitz in Gaza getötet, mehr als 75.000 Palästinenser verletzt und mehr als 1,7 Millionen Palästinenser vertrieben.¹¹⁵ Im gleichen Zeitraum wurden schätzungsweise mehr als 1.450 Israelis und ausländische Staatsangehörige getötet, mehr als 7.000 Israelis und ausländi-

¹⁰⁶ OCHA, „[Breakdown of Data on Demolition and Displacement in the West Bank](#)“, eingesehen am 26. April 2024.

¹⁰⁷ Peace Now, *Unmatched Surge in Settlement Activity in the West Bank Since the Onset of the Gaza War*, Sonderbericht – Settlement Watch Team, 4. Januar 2024, 1.

¹⁰⁸ Beispielsweise Peace Now: „[Israel Expands Shilo Settlement’s Jurisdiction to Legalize the Ahiya Outpost](#)“, 27. März 2024; „[Government Announces Fast-Tracking of Planning and Execution for Gush Talmonim Road – Route 443](#)“, 25. März 2024; „[The Israeli Government Promotes a New Settlement in the West Bank](#)“, 28. Februar 2024.

¹⁰⁹ Jason Burke, „[Revealed: Israel Has Sped Up Settlement-Building in East Jerusalem Since Gaza War Began](#)“, *Guardian*, 17. April 2024.

¹¹⁰ Peace Now, „[The Government Declares 8,000 Dunams in the Jordan Valley as State Lands](#)“, 22. März 2024.

¹¹¹ Peace Now, *A Good Year for Settlements*, 2.

¹¹² B’Tselem, „[House Demolitions: Demolition of Houses as Punishment](#)“. Im Jahr 2022 waren es insgesamt elf und im Jahr 2021 drei.

¹¹³ Artikel 33 bzw. 49 des Vierten Genfer Abkommens.

¹¹⁴ OCHA, „[Data on Casualties](#)“, eingesehen am 26. April 2024.

¹¹⁵ OCHA, „[Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact: Day 175](#)“, 29. März 2024. Bei diesen Zahlen wird nicht zwischen getöteten oder verletzten Soldaten und Zivilisten unterschieden.

sche Staatsangehörige verletzt und 134 Geiseln in Gaza gefangen gehalten.¹¹⁶ Darüber hinaus wurden nach Angaben der Datenbank zur Sicherheit von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen seit Beginn des Krieges in Gaza bis zum 1. April 2024 insgesamt 203 internationale und nationale Mitarbeiter humanitärer Organisationen getötet.¹¹⁷ Dabei starben mehr als 170 beim UNRWA angestellte Frauen und Männer – so viele UN-Mitarbeiter wie nie zuvor in der Geschichte der Organisation.¹¹⁸

Arbeitnehmerrechte in Gaza: Krieg und eine humanitäre Notlage

94. Im vergangenen Jahr berichtete der Generaldirektor, dass die große Not der palästinensischen Arbeitnehmer in Gaza, die durch die langjährige Land-, See- und Luftblockade entstanden ist, sie anfällig für Ausbeutung macht, sodass sie sich häufig bereit erklärten, für weitaus niedrigere Löhne als die gesetzlichen Mindestlöhne und für längere Arbeitszeiten als gesetzlichen zugelassen und ohne Beschäftigungssicherheit, ohne Sozialversicherungsleistungen und ohne Beachtung von Arbeitsschutzstandards zu arbeiten. Diese Notlage hat sich durch den Ausbruch des Krieges und die Aufzwingung einer vollständigen Belagerung noch verschärft.¹¹⁹
95. Gesprächspartner aus Gaza berichteten über die weit verbreitete Zerstörung von Arbeitsstätten und die Massenvertreibung von IAO-Mitgliedsgruppen. Sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber beschrieben, dass sie keine andere Wahl hatten, als ihre Tage mit der Suche nach Nahrung und Wasser für ihre Familien zu verbringen. Arbeitgeber, die in Rafah Zuflucht gefunden hatten, darunter auch einige, die die Mission in den vergangenen Jahren besucht hatte, erklärten, dass die Fabriken, Lagerhäuser und Ausrüstungen, die sie zurückgelassen hatten, häufig durch Beschuss zerstört worden seien. Gemäß Angaben des Ministeriums für Frauenangelegenheiten sind in Gaza mehr als 90 Prozent der Unternehmen, die Frauen beschäftigen, geschlossen oder zerstört worden. Vom Palästinensischen Beschäftigungsfonds unterstützte Projekte wurden aufgrund der Zerstörung von Gebäuden und Anlagen, des Mangels an Strom und der großen persönlichen Not ausgesetzt. Hochschuldozenten, die seit den ersten Kriegsmonaten nicht mehr bezahlt wurden, berichteten, dass sie sich an unbezahlter Arbeit beteiligten und Projekte entwickelten, um anderen Vertriebenen Rechtsbeistand zu leisten. Die wenigen Arbeitnehmer, die noch in einem regulären Beschäftigungsverhältnis stehen, waren nicht mehr in der Lage, ihren normalen Aufgaben nachzugehen und arbeiteten unter äußerst schwierigen Bedingungen bei der Bereitstellung grundlegender Dienstleistungen und der Verteilung von Hilfsgütern. Medizinische Teams, wie die der Palästinensischen Gesellschaft für medizinische Hilfe, arbeiteten unter erheblicher persönlicher Bedrohung und unter schwierigen Bedingungen, unter anderem in Zelten.
96. Der daraus resultierende fast vollständige Rückzug auf informelle oder unbezahlte Arbeit hatte massive Auswirkungen auf die Arbeitnehmerrechte von Arbeitnehmern in Gaza auch in Bezug auf die grundlegenden Prinzipien und Rechte bei der Arbeit. Defizite bezüglich der Vereinigungsfreiheit, die bereits vor dem Krieg bestanden, haben sich noch verstärkt. Eine wirklich freie und unabhängige Gewerkschaftsbewegung kann sich in einem Klima der Gewalt und Ungewissheit

¹¹⁶ OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel – Reported Impact: Day 175“, 29. März 2024. Diese Zahlen umfassen Tote und Verletzte am und unmittelbar nach dem 7. Oktober 2023 sowie getötete oder verletzte Soldaten seit Beginn der israelischen Bodenoperation.

¹¹⁷ Die Datenbank zur Sicherheit von Mitarbeitern von Hilfsorganisationen ist verfügbar unter: <https://www.aidworkersecurity.org/incidents>.

¹¹⁸ UN, „Secretary-General’s Statement to the Press – on the Middle East“, 15. Januar 2024.

¹¹⁹ Emanuel Fabian, „Defense Minister Announces ‘Complete Siege’ of Gaza: No Power, Food or Fuel“, *Times of Israel*, 9. Oktober 2023; und Jeremy Sharon, „Amid Concern for Humanitarian Situation, How Much Water and Power Does Gaza Have?“, *Times of Israel*, 28. Oktober 2023.

nicht entwickeln.¹²⁰ Die Vereinigungsfreiheit ist einer der wichtigsten Garanten für Frieden und soziale Gerechtigkeit.¹²¹

97. Alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber waren einem großen physischen und psychischen Gesundheitsrisiko ausgesetzt. Besonders betroffen waren Frauen, die die praktische und emotionale Last des derzeitigen Mangels an medizinischer Versorgung, Kinderbetreuung und Bildung für Kinder in Gaza zu tragen hatten. Gesprächspartner bedauerten zutiefst, dass ihre Kinder jetzt gezwungen seien, einer informellen Arbeit nachzugehen, um Lebensmittel zu beschaffen oder humanitäre Hilfsgüter gegen andere lebenswichtige Dinge wie Medikamente, Zelte oder warme Kleidung einzutauschen. Kriegs- und Krisensituationen erhöhen die Anfälligkeit für alle Verstöße gegen arbeitsrechtliche Bestimmungen, einschließlich für Zwangsarbeit.
98. Boden-, See- und Luftangriffe sowie Zusammenstöße haben die Landwirtschaft und die Fischerei in Gaza eingeschränkt. Seit Beginn des Krieges wurden die von Israel durchgesetzten „Gebiete mit Zugangsbeschränkungen“ entlang des Zauns und der Küste von Gaza zu einer größeren Pufferzone ausgeweitet. Die Mission wurde über zahlreiche Vorfälle informiert, bei denen Fischer von israelischen Sicherheitskräften – mitunter sogar vor Oktober 2023 – verfolgt, verhaftet und beschossen wurden und ihre Boote und Ausrüstungen beschlagnahmt oder beschädigt wurden. Seit Beginn des Krieges wurde der Zugang zum Meer vollständig beschränkt. Da die meisten für den Landwirtschaftssektor wichtigen Anlagen und Infrastrukturen beschädigt oder zerstört wurden, sind der Gemüseanbau und die Viehzucht praktisch zum Erliegen gekommen. Zahlreiche Gewächshäuser, Brunnen, Scheunen, landwirtschaftliche Lagerhäuser, Ställe und ganze Bauernhöfe wurden beschädigt oder zerstört.¹²² Landwirtschaftliche Gebäude, die noch stehen, werden meist von verzweiferten Menschen bewohnt. Es wird geschätzt, dass bis zu 70 Prozent des Viehbestands in Gaza getötet oder vorzeitig geschlachtet wurden, um den unmittelbaren Nahrungsmittelbedarf zu decken.¹²³ Die Mission wurde darüber informiert, dass es im Hafen von Gaza keine betriebsfähigen Boote mehr gibt und dass Fischzuchtkäfige, Fischereiausrüstungen und Anlagen zur Herstellung von Eis für die Konservierung des Fangs bei Bombardierungen zu Beginn des Krieges zerstört wurden. Fischerei und Aquakultur sind zusammengebrochen.
99. Wie der UN-Generalsekretär im Oktober 2023 sagte, gibt es auch im Krieg Regeln.¹²⁴ Gemäß Artikel 55 des Vierten Genfer Abkommens hat Israel die Pflicht, die Versorgung der Bevölkerung von Gaza mit Nahrungsmitteln und medizinischen Hilfsgütern sicherzustellen. Gemäß Artikel 53 ist es Israel verboten, bewegliche oder unbewegliche Güter zu zerstören, die persönliches oder gemeinschaftliches Eigentum von Privatpersonen, Eigentum des Staates oder anderer öffentlicher Körperschaften, sozialer oder genossenschaftlicher Organisationen sind. Nach dem humanitären Völkergewohnheitsrecht muss stets darauf geachtet werden, dass Zivilisten und zivile Objekte durch die Anforderungen der Unterscheidbarkeit und der Verhältnismäßigkeit sowie durch Vorichtsmaßnahmen bei Angriffen geschont werden. Das medizinische und humanitäre Hilfspersonal muss respektiert und geschützt werden. Im März 2024 betonte der UN-Sicherheitsrat die dringende Notwendigkeit, die humanitäre Hilfe für die Zivilbevölkerung im gesamten Gaza-

¹²⁰ IAO, *Freedom of Association – Compilation of Decisions of the Committee on Freedom of Association*, sechste (überarbeitete) Ausgabe, 2018, Abs. 86.

¹²¹ IAO, *Freedom of Association – Compilation of Decisions and Principles*, Abs. 47.

¹²² Ernährung- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO), „[Overview of the Damage to Agricultural Land and Infrastructure Due to the Conflict in the Gaza Strip as of 15 February 2024](#)“.

¹²³ FAO, „[Projected Famine in Gaza: FAO Urges Immediate Access to Deliver Urgent and Critical Assistance at Scale](#)“, 18. März 2024.

¹²⁴ UN, „[‘Even War Has Rules’, Secretary-General Tells Security Council, Demanding All Parties in Middle East Uphold International Humanitarian Law, Unrestricted Aid for Gaza](#)“, Pressemitteilung, 24. Oktober 2023.

streifen auszuweiten und deren Schutz zu verstärken, und verlangte erneut die Aufhebung aller Hindernisse für die Bereitstellung humanitärer Hilfe in großem Umfang.¹²⁵

Arbeitnehmerrechte im Westjordanland: Auswirkungen der Ausweitung der Siedlungen und Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

100. Die Ereignisse in Gaza schlugen sich auf das gesamte besetzte palästinensische Gebiet und Israel nieder, was Auswirkungen auf die Rechte der Arbeitnehmer im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, zur Folge hatte. Die Mission erhielt Erklärungen von zahlreichen Gesprächspartnern, die Belege für eine drastische Zunahme der Einschränkungen der Bewegungsfreiheit, der Gewalt im Zusammenhang mit der Besatzung und der ungleichen Anwendung von Vorschriften lieferten. Das Zusammenspiel dieser Faktoren hat sich weiterhin auf die Rechte der Arbeitnehmer ausgewirkt.

Physische und bürokratische Einschränkungen der Bewegungsfreiheit

101. Im Jahr 2023 haben die israelischen Behörden im Westjordanland strenge Einschränkungen der Bewegungsfreiheit in und zwischen fast allen palästinensischen Städten, Dörfern und Gemeinden eingeführt. Im August dokumentierte OCHA über 600 physische Hindernisse im Westjordanland.¹²⁶ Im gesamten Westjordanland waren viele zuvor geschlossene oder unbesetzte Kontrollpunkte wieder eingerichtet worden und die Zahl der Straßensperren sowie der dort anwesenden Soldaten hatte zugenommen.¹²⁷

102. Ab Anfang Oktober führten israelische Sicherheitskräfte weitere 114 Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und Zugangsbeschränkungen im Westjordanland ein und änderten den Status bereits bestehender Hindernisse.¹²⁸ Straßen, die palästinensische Stadtteile außerhalb der Sperranlagen mit dem übrigen Ost-Jerusalem verbinden, wurden für einige Wochen ganz oder teilweise gesperrt.¹²⁹ Palästinensische nichtstaatliche Organisationen schätzten, dass Anfang 2024 zusätzlich zu den permanenten Kontrollpunkten 968 temporäre Kontrollpunkte in und zwischen Dörfern im Westjordanland errichtet wurden.¹³⁰ Seit Beginn des Krieges wurde den Palästinensern der Zugang zu einer zunehmenden Anzahl Straßen im Westjordanland verwehrt, die die Siedlungen untereinander und mit den israelischen Stadtzentren verbinden.¹³¹

¹²⁵ UN-Sicherheitsrat, [Resolution 2728 \(2024\)](#), verabschiedet auf der 9586. Sitzung des Sicherheitsrats am 25. März 2024, Abs. 2.

¹²⁶ OCHA, [„Movement and Access in the West Bank – August 2023“](#).

¹²⁷ MachsomWatch, [Annual Report 2023](#), 20. März 2024, 3–4.

¹²⁸ OCHA, [„West Bank access and movement – December 2023](#), 15. Dezember 2023, und [„Hostilities in the Gaza Strip and Israel: Flash Update #152“](#), 12. April 2024.

¹²⁹ HaMoked, [„Following High Court Petition by HaMoked, ACRI and Ir Amin: Israel Takes Steps to Resume Regular and Full Movement Via the Qalandia Checkpoint“](#), 7. Februar 2024.

¹³⁰ Al Haq, Al Mezan, Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte, [„Report on Israel’s Crimes and Violations of Palestinians’ Rights in the West Bank in January and February 2024“](#), 22. März 2024.

¹³¹ B’Tselem, [„Israel Is Drastically Restricting Movement in the West Bank Since the Start of the Gaza War, Disrupting the Lives of 2 Million Palestinians“](#), 20. März 2024. Siehe auch Applied Research Institute Jerusalem, [„The Instigation of Apartheid Roads Era: Israel Blocks Palestinian Movement Inside West Bank Governorates“](#), 18. Oktober 2023.

- 103.** Infolgedessen wurde der Zugang zu Dienstleistungen und Arbeitsstätten, einschließlich landwirtschaftlicher Flächen in der „Randzone“,¹³² unterbrochen, und Märkte und Bevölkerungszentren wurden voneinander isoliert. Gemäß Schätzungen einer israelischen nichtstaatlichen Organisation sind die Palästinenser seit dem 7. Oktober 2023 von mindestens rund 11.000 Hektar Weide- und Ackerland abgeschnitten.¹³³ Sechs Monate nach dem Beginn des Krieges sind in nahezu allen palästinensischen Gemeinden noch immer einige oder sogar viele Zufahrtsstraßen abgeriegelt.¹³⁴ Die Zugangsbeschränkungen haben die Ernte in der Randzone, in dem an die Sperranlagen angrenzenden Gebiet und auf Flächen in der Nähe von Siedlungen verhindert.¹³⁵ Im H2-Gebiet von Hebron wurde eine einmonatige strenge Ausgangssperre verhängt, die die Palästinenser daran hinderte, das Gebiet zu verlassen, und mit der Anordnung zur Schließung von Geschäften einherging.¹³⁶ In dem palästinensischen Dorf Huwara wurden alle Tankstellen, Bäckereien, Banken und Geschäfte auf Anordnung des israelischen Militärs geschlossen, und der Zugang zu bestimmten Straßen wurde eingeschränkt, sodass Fahrten, die zuvor nur wenige Minuten gedauert hatten, nun mehrere Stunden in Anspruch nahmen.¹³⁷
- 104.** Bei fast allen Zusammenkünften mit Gesprächspartnern im Westjordanland wurde der Mission mitgeteilt, dass Arbeitnehmer aufgrund der zunehmenden und unvorhersehbaren Einschränkungen der Bewegungsfreiheit nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten gelangen konnten. Die israelischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit im Westjordanland hatten zur Folge, dass rund 67.000 Arbeitnehmer, die in Gouvernements außerhalb ihres Wohnsitzes beschäftigt waren, ihre Arbeitsstätten nicht mehr erreichen konnten.¹³⁸ Dazu zählten auch die nationalen Bediensteten der IAO, von denen die meisten nicht zwischen Jerusalem und dem restlichen Westjordanland pendeln konnten. Manche Palästinenser, die zuvor im nördlichen Westjordanland gelebt, aber in Ramallah gearbeitet hatten, sind Berichten zufolge in das Flüchtlingslager Jalazone umgezogen, um den langen Arbeitsweg zu vermeiden. Frauen im Westjordanland fühlten sich an den Kontrollpunkten besonders gefährdet. Arbeitgeber erklärten, dass sie nicht vorhersagen konnten, wie viele Arbeitnehmer an einem bestimmten Tag zur Arbeit kommen würden, dass Lkw-Fahrer angesichts der langen Wartezeiten an den Kontrollpunkten oft nicht bereit waren, Produkte zu transportieren, oder stark überhöhte Preise verlangten, und dass Kunden keinen Zugang zu Handels- und Tourismusunternehmen hatten.

¹³² Die „Randzone“ ist das Gebiet im Westjordanland zwischen den Sperranlagen und der Grünen Linie, das vom israelischen Militär als für Palästinenser gesperrt ausgewiesen ist. Als „Grüne Linie“ wird die seit 1949 bestehende Waffenstillstandslinie zwischen Israel und dem Westjordanland bezeichnet.

¹³³ Gideon Levy und Alex Levac, „While War Rages in Gaza, the West Bank Has Undergone a Metamorphosis“, *Haaretz*, 30. März 2024, unter Bezugnahme auf Kerem Navot.

¹³⁴ Levy und Levac, „While War Rages in Gaza“.

¹³⁵ OCHA, *Olive Harvest 2023: Hindered Access Afflicts Palestinian Farmers in the West Bank*, 22. Februar 2024. Der Bau der Sperranlagen, die zu 85 Prozent innerhalb des Westjordanlandes verlaufen, ist zu ungefähr zwei Dritteln abgeschlossen. Nach ihrer Fertigstellung werden die Sperranlagen 710 Kilometer lang sein. Im Gutachten des Internationalen Gerichtshofs zu den Sperranlagen vom 9. Juli 2004 wurden die sofortige Einstellung und Rücknahme der Bautätigkeit sowie die Wiedergutmachung aller durch sie verursachten Schäden gefordert. Diese Forderung wurde anschließend von der UN-Generalversammlung in der [Resolution A/RES/ES-10/15](#) vom 20. Juli 2004 unterstützt.

¹³⁶ MachsomWatch, *Annual Report 2023*, 3.

¹³⁷ Peter Beaumont, „We Can't Even Cross: The West Bank Town Split in Two by Israel“, *Guardian*, 9. November 2023.

¹³⁸ IAO, „Impact of the Israel-Hamas Conflict on the Labour Market and Livelihoods in the Occupied Palestinian Territory“, Bulletin Nr. 1, 6. November 2023, 5.

Auswirkungen der Gewalt auf die Arbeit und die Lebensgrundlagen

- 105.** Im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, hat ein Klima der Gewalt die Umsetzung der Arbeitnehmerrechte über viele Jahre hinweg ernsthaft behindert. Die Zunahme der Gewalt im Jahr 2023 sowohl durch israelische Sicherheitskräfte als auch durch Siedler hat sich nach dem 7. Oktober noch weiter beschleunigt. Die Mission wurde darüber informiert, dass es 2023 im Westjordanland zu 11.745 militärischen Übergriffen im Westjordanland gekommen ist, was einem Durchschnitt von 32 Übergriffen pro Tag entspricht. Mehr als 1.000 davon erfolgten in Flüchtlingslagern, darunter eine groß angelegte Operation mit mehreren Drohnenangriffen und mehr als 1.000 Soldaten der Bodentruppen, die im Juli im Flüchtlingslager Dschenin stattfand.¹³⁹
- 106.** Im Westjordanland nimmt die Siedlergewalt seit vielen Jahren zu. Sie gipfelte in den ersten acht Monaten des Jahres 2023 in durchschnittlich drei Fällen von Siedlern ausgehender Gewalt pro Tag, verglichen mit durchschnittlich zwei pro Tag im Jahr 2022 und einem pro Tag im Jahr zuvor.¹⁴⁰ Seit dem 7. Oktober 2023 sind israelische Siedler zunehmend bewaffnet und tragen bisweilen Armeeuniformen.¹⁴¹ Die Siedler wurden in Bataillone eingezogen, die in der Nähe ihrer eigenen Siedlungen dienen, sodass unklar ist, in welcher Funktion sie handeln. Etwa 7.000 Waffen wurden an die Bataillone und ausgewählte zivile Siedler ausgegeben.¹⁴² Zwischen Oktober 2023 und Ende März 2024 kam es zu mehr als 700 gewalttätigen Übergriffen von Siedlern, die unter anderem Gemüsestände und Ställe von Beduinen in Brand setzten, Steine auf Hirten warfen und Vieh töteten oder beschlagnahmten.¹⁴³ Siedler werden für die Tötung von Palästinensern im Westjordanland selten strafrechtlich verfolgt.¹⁴⁴
- 107.** Die zunehmende Gewalt war die Ursache für die stark reduzierte Olivenernte im Jahr 2023 im Westjordanland, was zu einem Verlust von Olivenöl im Wert von 10 Millionen US-Dollar führte.¹⁴⁵ Bei über 100 Vorfällen im Zusammenhang mit der Ernte griffen Siedler Palästinenser an, beschädigten Olivenbäume oder stahlen Teile der Ernte und Werkzeuge.¹⁴⁶ Olivenbauern wurden geschlagen und Teile der Ernte und Häuser angezündet.¹⁴⁷ Im Oktober wurde ein 29-jähriger Palästinenser bei der Olivenernte in der Nähe von Nablus von einem Siedler getötet.¹⁴⁸ In mindestens 38 Fällen begleiteten israelische Streitkräfte die Angreifer oder die Angreifer trugen Militäruniformen.¹⁴⁹
- 108.** Ost-Jerusalem ist seit Langem ein Konfliktherd, und die Angst vor Gewalt wirkt sich negativ auf die Arbeitnehmerrechte aus. In der angespannten Situation nach dem 7. Oktober 2023 vermieden es viele Palästinenser, zu ihren Arbeitsstätten in Ost-Jerusalem zu pendeln, und Geschäfte und kleine Unternehmen blieben geschlossen. Öffentliche Verkehrsbetriebe berichteten, dass auf-

¹³⁹ OCHA, „Humanitarian Activities Implemented Following the Israeli Forces’ Operation in Jenin“, 26. Juli 2023.

¹⁴⁰ OCHA, „Displacement of Palestinian Herders Amid Increasing Settler Violence“, 21. September 2023.

¹⁴¹ Shlomit Steinitz und Natanya Ginsburg, „Etzion DCO“, *MachsomWatch report*, 18. März 2024.

¹⁴² Hagar Shezaf, „Israel’s Army Drafted and Armed Thousands of Settlers. Accounts of Their Violence Are Piling Up“, *Haaretz*, 17. Januar 2024.

¹⁴³ Siehe beispielsweise OCHA, „Hostilities in the Gaza Strip and Israel: Flash Update #149 – Mapbox“, 3. April 2024; UNRWA, „UNRWA Situation Report #99 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, Including East Jerusalem“, 4. April 2024.

¹⁴⁴ Yesh Din, „Data Sheet, December 2023: Law Enforcement on Israeli Civilians in the West Bank (Settler Violence) 2005-2023“, 21. Januar 2024.

¹⁴⁵ Nina Lakhani, „Israel Is Deliberately Starving Palestinians, UN Rights Expert Says“, *Guardian*, 27. Februar 2024.

¹⁴⁶ OCHA, *Olive Harvest 2023: Hindered Access Afflicts Palestinian Farmers in the West Bank*, 22. Februar 2024.

¹⁴⁷ MachsomWatch, *Annual Report 2023*, 5.

¹⁴⁸ OCHA, *Olive Harvest 2023*.

¹⁴⁹ OCHA, *Olive Harvest 2023*.

grund einer Welle von Anfeindungen, Drohungen und Gewalt nur 40 Prozent der Fahrer aus Ost-Jerusalem arbeiteten.¹⁵⁰

Ungleiche Anwendung von Vorschriften

- 109.** In den Berichten des Generaldirektors wird seit Jahren darauf hingewiesen, dass die Art und Weise, in der Regeln und Gesetze im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, angewendet werden, Palästinenser systematisch diskriminiert. Beispielsweise sind Vergünstigungen und Anreize, die Siedlern im Westjordanland geboten werden, für ihre palästinensischen Nachbarn nicht verfügbar; nur 1 Prozent des Landes im Gebiet C und 13 Prozent des Landes in Ost-Jerusalem werden für den Bau von Infrastruktur für Palästinenser bereitgestellt; und die ausgeklügelte Infrastruktur, die die Siedlungen unterstützt, umfasst ein Netz von Straßen, von denen manche nur von Israelis und Personen mit Genehmigungen des israelischen Militärs genutzt werden dürfen.
- 110.** Im Jahr 2023 hatten die diskriminierenden Praktiken in Bezug auf die Wassernutzung Auswirkungen auf die Landwirtschaft und die Wirtschaft. Während fast alle israelischen Siedler täglich über fließendes Wasser verfügen, ist dies nur bei 36 Prozent der im Westjordanland lebenden Palästinenser der Fall.¹⁵¹ Die israelischen Behörden haben zwischen Januar und Juli 2023 fast genauso viele palästinensische Wasserversorgungsanlagen abgerissen wie im gesamten Jahr 2022.¹⁵² Im August 2023 erklärte das israelische nationale Wasserversorgungsunternehmen eine zweimonatige Unterbrechung der Wasserversorgung in Bethlehem und Hebron mit einem technischen Problem, obwohl die nahe gelegenen Siedlungen weiterhin mit Wasser versorgt wurden.¹⁵³
- 111.** Ein weiteres seit Jahren bestehendes Beispiel für Ungleichbehandlung betrifft die Verfügbarkeit von Genehmigungen für Bauten im Westjordanland. Zwei Drittel aller staatlich sanktionierten Abrisse von in palästinensischem Besitz befindlichen Gebäuden im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, wurden auf fehlende von israelischen Behörden ausgestellte Genehmigungen zurückgeführt, die für Palästinenser fast unmöglich zu erhalten sind.¹⁵⁴ Die Mission stellt fest, dass im Gegensatz dazu in letzter Zeit Schritte unternommen wurden, um eine Reihe illegaler israelischer Außenposten zu legalisieren, anstatt sie gewaltsam abreißen zu lassen. Fast die Hälfte der im Jahr 2023 von den israelischen Behörden abgerissenen Gebäude in palästinensischem Besitz wurde für landwirtschaftliche oder andere Zwecke im Zusammenhang mit der Sicherung des Lebensunterhalts genutzt. Die Unmöglichkeit, Baugenehmigungen zu erhalten, hatte besonders schwerwiegende Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Gemeinschaften im Jordantal, wo die Landwirtschaft ohne den Einsatz moderner Techniken beeinträchtigt ist. Vertreter von Oxfam teilten der Mission mit, dass die von Gebern finanzierte Bewässerungsinfrastruktur in einer landwirtschaftlichen Gemeinde im Jordantal, die die Mission zuvor besucht hatte, zerstört wurde. Auch die israelische nichtstaatliche Organisation Legal Aid for Palestinians hat rechtliche Schritte eingeleitet, nachdem die israelischen Sicherheitskräfte landwirtschaftliche Geräte wie Traktoren und Lastwagen beschlagnahmt hatten, wobei die militärischen Vorschriften nicht

¹⁵⁰ Daniel Schmil und Simi Spolter, „Threats, Violence and Racist Remarks: Israel Sees Surge of Hostility Against Arab Workers“, *Haaretz*, 30. Oktober 2023.

¹⁵¹ B'Tselem, *Parched: Israel's Policy of Water Deprivation in the West Bank*, April 2023, 7.

¹⁵² *Haaretz/Associated Press*, „As Israeli Settlements Thrive, Palestinian Taps Run Dry. The Water Crisis Reflects a Broader Battle“, 19. August 2023.

¹⁵³ *Haaretz/Associated Press*, „As Israeli Settlements Thrive, Palestinian Taps Run Dry“; Applied Research Institute Jerusalem, „Position Paper: The Consequences Arising from the Reduction in the Daily Water Supply to Bethlehem and Hebron Governorates by the Israeli National Water Company, 'Mekorot'“, 18. Juli 2023.

¹⁵⁴ OCHA, „Breakdown of Data on Demolition and Displacement in the West Bank“.

eingehalten wurden. Es gab auch Berichte über die Konfiszierung von Vieh bei palästinensischen Hirten, die für die Rückgabe eine illegale Gebühr entrichten mussten.¹⁵⁵

112. Ein weiteres fortbestehendes Beispiel für die ungleiche Anwendung von Gesetzen betrifft das Eigentum an Gebäuden in Ost-Jerusalem. Gemäß dem Gesetz über Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten von 1970 können Israelis die Eigentümerschaft an Grundstücken in Ost-Jerusalem, die sie 1948 verloren haben, zurückfordern. Das Gesetz wurde jedoch nicht auf palästinensische Grundbesitzer angewendet, die unter den gleichen Umständen in West-Jerusalem Grundstücke verloren. Im April 2024 wies der Oberste Gerichtshof Israels die Berufung einer palästinensischen Familie gegen eine frühere Entscheidung zur Räumung ihres Grundstücks in Silwan in Ost-Jerusalem auf der Grundlage dieses Gesetzes ab, nachdem er zuvor ihre Räumung aufgeschoben hatte.¹⁵⁶

Auf dem israelischen Arbeitsmarkt arbeitende Palästinenser: die Auswirkungen des Krieges gegen die Hamas auf die Rechte palästinensischer Arbeitnehmer

113. Auf das Thema der Palästinenser, die auf dem israelischen Arbeitsmarkt beschäftigt sind, wurde erneut bei fast allen Gesprächen während der Mission eingegangen, obwohl es in diesem Jahr eher darum ging, die lähmenden Auswirkungen der israelischen Entscheidung, den Arbeitsmarkt für Palästinenser zu schließen, zu ermitteln. Unmittelbar vor dem Krieg in Gaza hatten rund 177.000 Palästinenser aus dem Westjordanland und Gaza in Israel und den Siedlungen gearbeitet, sei es mit einer Arbeitsgenehmigung, einer anderen Einreisegenehmigung oder nachdem sie illegal eingereist waren. Sechs Monate später arbeitete nur noch ein Bruchteil von ihnen in Israel.

Nach dem 7. Oktober 2023: palästinensische Arbeitnehmer aus Gaza

114. Zum Zeitpunkt des verheerenden Angriffs der Hamas und des Ausbruchs des Krieges am 7. Oktober 2023 an einem jüdischen Feiertagswochenende hielten sich etwa 13.000 Palästinenser aus Gaza in Israel auf. Diese Arbeitnehmer waren in den Tagen oder Wochen zuvor legal eingereist, mit einer Arbeitsgenehmigung, einer Einreisegenehmigung zur Deckung „wirtschaftlichen Bedarfs“ oder einer sonstigen Einreiseerlaubnis, bereit für den Beginn der Arbeitswoche am nächsten Werktag. Am 10. Oktober 2023 widerriefen die israelischen Behörden alle Genehmigungen, die es Palästinensern aus Gaza erlaubten, legal in Israel zu arbeiten. Dadurch wurden die 13.000 palästinensischen Arbeitnehmer aus Gaza, die sich zu diesem Zeitpunkt in Israel aufhielten, zu illegalen Ausländern.
115. In den darauffolgenden Tagen hielten die israelischen Sicherheitskräfte eine unbekannte Zahl, schätzungsweise rund 4.000, dieser Arbeitnehmer willkürlich in israelischen Militäreinrichtungen fest.¹⁵⁷ Die Mission sprach mit einigen dieser Arbeitnehmer, deren Aussagen sich mit den Berichten mehrerer internationaler, palästinensischer und israelischer nichtstaatlicher Organisationen decken.¹⁵⁸ Die Arbeitnehmer berichteten über beunruhigende physische und psychische Miss-

¹⁵⁵ Levy und Levac, „While War Rages in Gaza, the West Bank Has Undergone a Metamorphosis“.

¹⁵⁶ Peace Now, „The Supreme Court Ordered the Eviction of a Palestinian Family from Batan Al-Hawa“, 16. April 2024.

¹⁵⁷ Yonah Jeremy Bob, „Israel Holding Some 6,000 Palestinian Prisoners, ‘Unlawful Combatants’“, *Jerusalem Post*, 2. November 2023.

¹⁵⁸ Die Mission wurde über bei anderen internationalen Organisationen sowie palästinensischen und israelischen NRO eingegangenen Zeugenaussagen von Inhaftierten informiert, darunter auch solche, die von Al Haq und Gisha gesammelt wurden, beispielsweise Gisha: „Testimonies by Two Brothers, Workers from Gaza, about Their Unlawful Detention by Israel“, 14. Dezember 2023;

handlungen und überfüllte Zustände. Sie wurden einer Leibesvisitation unterzogen, bekamen die Augen verbunden und Handschellen angelegt und erhielten nur wenig Nahrung und eingeschränkten Zugang zu Toiletten.¹⁵⁹ Sie wurden langen Verhören unterzogen, jeglicher Rechtsbeistand wurde ihnen verweigert.¹⁶⁰ Nach etwa 20 Tagen wurden sie in den Süden von Gaza gebracht, nachdem ihnen ihre Ausweise, Geld und Mobiltelefone abgenommen worden waren.¹⁶¹ Ohne ihr Bargeld – oftmals der Lohn der letzten Wochen – lebten sie nun unter aussichtslosen Umständen in Zelten in Rafah. Israelische nichtstaatliche Organisationen, darunter MachsomWatch und Gisha, bemühen sich nach wie vor um die Rückgabe des Eigentums vieler Inhaftierter. Die Mission wurde darüber informiert, dass zwei Beschäftigte aus Gaza in israelischer Haft gestorben sind, offenbar weil ihnen die medizinische Versorgung aufgrund von Vorerkrankungen verweigert wurde, und dass andere weiterhin vermisst werden.¹⁶²

116. Weitere rund 8.000 bis 9.000 palästinensische Arbeitnehmer aus Gaza, die sich zum Zeitpunkt der Angriffe vom 7. Oktober in Israel aufhielten, erreichten das Westjordanland, von wo aus etwa 4.000 später nach Gaza zurückkehrten. Zum Zeitpunkt der Mission des Generaldirektors befanden sich dort noch etwa 5.000 Arbeitnehmer. Die Mission sprach mit einem 28-jährigen Bauarbeiter aus Gaza, der zusammen mit seinem Vater in Tel Aviv gearbeitet hatte, als die Hamas am 7. Oktober 2023 Israel angriff. Da er nicht nach Hause zurückkehren konnte, blieb er mit Unterstützung seines Arbeitgebers für einige Wochen in Israel. Als er mit seiner Frau telefonierte, hörte er den Beschuss, der sie, ihre drei Kinder, seine Mutter, seine Geschwister, Nichten, Neffen und Schwiegereltern tötete. Der Arbeiter, der in seiner tiefen Trauer Würde bewahrte, ist nun bei seinem Vater im Westjordanland untergekommen und wartet darauf, nach Gaza zurückzukehren, um seine Angehörigen zu beerdigen, von denen einige unter den Trümmern verblieben sind.
117. Die Gesprächspartner berichteten von anhaltenden Razzien der israelischen Sicherheitskräfte im gesamten Westjordanland und in Israel, bei denen ehemalige Arbeitnehmer aus Gaza verhaftet und anschließend inhaftiert wurden. Die Mission wurde darüber informiert, dass einige Hundert palästinensische Arbeitnehmer aus Gaza immer noch in Israel arbeiten könnten.
118. Im März 2024 wurde berichtet, dass der israelische Inlandsgeheimdienst keine Beweise dafür gefunden hatte, dass die Arbeitnehmer aus Gaza, die vor dem Angriff in Israel gearbeitet hatten, der Hamas Informationen über die israelischen Gemeinden geliefert hatten, die anschließend angegriffen wurden.¹⁶³ Der Geheimdienst kam zu dem Schluss, dass die verhörten Arbeitnehmer

Al Haq, „After Receiving Harrowing Testimonies from Released Palestinian Detainees: Our Organisations Condemn Israel's Acts of Torture and Abuse against Hundreds of Arbitrarily Detained Palestinians from Gaza“, 12. Dezember 2023; HaMoked, „Six Human Rights Organizations in High Court Petition against Secret and Illegal Detention of Thousands of Palestinian Permit-Holders from Gaza“, 23. Oktober 2023; Human Rights Watch, „Israel: Gaza Workers Held Incommunicado for Weeks“, 3. Januar 2024; Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR), *Human Rights Situation in the Occupied Palestinian Territory, Including East Jerusalem, and the Obligation to Ensure Accountability and Justice – Report of the United Nations High Commissioner for Human Rights*, A/HRC/55/28, 4. März 2024, Abs. 77.

¹⁵⁹ Siehe auch Hagar Shezaf und Chen Maanit, „Gazan Workers Describe Inhuman Treatment at Israeli Detention Centers Since Outbreak of War“, *Haaretz*, 26. Oktober 2023; Gisha, „Thousands of Palestinian Permit-Holders from Gaza are Being Held in Israel Secretly and Illegally“, 26. Oktober 2023; Wendell Steavenson, „Thousands of Gazans Are Stranded in Israel and the West Bank“, *Economist*, 9. November 2023.

¹⁶⁰ Siehe auch Gisha, „Thousands of Palestinian Permit-Holders from Gaza Are Being Held in Israel Secretly and Illegally“, 24. Oktober 2023.

¹⁶¹ Siehe auch Bethan McKernan und Rory Carroll, „Israel Deports Thousands of Stranded Palestinian Workers Back to Gaza“, *Guardian*, 3. November 2023.

¹⁶² Hagar Shezaf, „Six Palestinians Have Died in Israeli Prisons During the War, Two Found Bruised“, *Haaretz*, 9. Dezember 2023

¹⁶³ *Times of Israel*, „Report: Shin Bet Debunks Idea that Gazan Workers Spied En Masse for Hamas Pre-Oct. 7“, 4. März 2024.

in Israel keine im Zusammenhang mit ihrer Arbeit erhaltenen Informationen an die Hamas weitergegeben hatten.

Nach dem 7. Oktober 2023: palästinensische Arbeitnehmer aus dem Westjordanland

- 119.** Inmitten zunehmender Spannungen kehrten palästinensische Arbeitnehmer aus dem Westjordanland, die sich am 7. Oktober 2023 in Israel befunden hatten, in das Westjordanland zurück. In der Regel dürfen sie seit diesem Zeitpunkt nicht mehr nach Israel einreisen. Während in den meisten Fällen ihr Arbeitsverhältnis fortbesteht – und ihre Genehmigung und ihr Platz im Kontingent der zur Einreise zugelassenen Palästinenser weiterhin gültig und wirksam sind –, können palästinensische Arbeitnehmer aufgrund israelischer Sicherheitsbedenken nicht mehr zu ihren Arbeitsstätten gelangen.
- 120.** Es gibt jedoch Ausnahmen von der allgemeinen Regel, dass Palästinenser seit dem 7. Oktober 2023 nicht mehr nach Israel einreisen dürfen. In einem Rundschreiben der Regierung vom 18. Oktober 2023 wurde bestätigt, dass die Palästinenser weiterhin in Gesundheits- sowie Pflege- und Betreuungseinrichtungen, im Industriegebiet Atarot, in systemrelevanten Industrie- und Dienstleistungsbereichen sowie in Hotels, die israelische Binnenvertriebene beherbergen, arbeiten dürfen. Schätzungen lassen darauf schließen, dass etwa 10.000 Palästinenser unter diese Kategorie fallen könnten. Das Baugewerbe und die Landwirtschaft, in denen die meisten palästinensischen Arbeitnehmer zuvor beschäftigt waren, sind ausdrücklich ausgeschlossen.
- 121.** Weitere schätzungsweise 10.000 bis 20.000 Palästinenser arbeiten noch in Siedlungen im Westjordanland. Eine unbekannte Zahl von Palästinensern, die entweder zusätzlich zu den vorgenannten Kategorien oder in diesen enthalten ist, arbeitet für die israelischen Sicherheitskräfte in wesentlichen Diensten, einschließlich der Reparatur des Sicherheitszauns um Gaza,¹⁶⁴ und mit anderen Genehmigungen, die einen ungehinderten Zugang zu Israel ermöglichen. Schließlich gingen viele Gesprächspartner davon aus, dass mehr als 20.000 – vielleicht sogar bis zu 40.000 – Arbeitnehmer ohne Papiere, die durch die Lücken in den Sperranlagen nach Israel gelangen, noch immer dort arbeiten.¹⁶⁵ Es liegen Berichte vor, dass in den letzten Monaten Arbeitnehmer bei Versuchen, durch die Sperranlagen zu gelangen, verletzt oder verhaftet wurden.¹⁶⁶
- 122.** Die seit Langem bestehenden Schwierigkeiten für in Israel arbeitende Palästinenser beim Zugang zu ihren Sozialversicherungsansprüchen halten an. Palästinenser hatten noch nie Anspruch auf israelische Arbeitslosenunterstützung. Bei einem laufenden Arbeitsverhältnis haben sie keinen Anspruch auf eine Abfindung oder, wie es scheint, auf die Auszahlung eines Pauschalbetrags aus ihrem Rentenfonds. Amitim, das halbstaatliche israelische Unternehmen, das seit Anfang 2023 für die palästinensischen Rentenleistungen zuständig ist, lehnte Anträge israelischer Arbeitnehmerrechtsgruppen auf eine einmalige Zahlung an palästinensische Arbeitnehmer ab.¹⁶⁷ Der Mission wurden Daten zur Kenntnis gebracht, die darauf hindeuten, dass die Zahl der in Israel arbeitenden Palästinenser, die sich dafür entschieden haben, ihre Rentenbeiträge abzuziehen,

¹⁶⁴ Jonathan Shamir, „Between Exclusion and Exploitation“, *Jewish Currents*, 20. März 2024.

¹⁶⁵ OCHA, *West Bank Access Restrictions – May 2023*, 26. Mai 2023. Im Mai 2023 waren nur 64 Prozent der Sperranlagen fertiggestellt, und von dem Teil, der errichtet worden war, bestand ein Großteil aus einem Zaun und nicht aus einer Betonsperre.

¹⁶⁶ Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte, Al Haq, Al Mezan, „Report on Israel’s Crimes and Violations of Palestinians’ Rights in the West Bank in January and February 2024“; Villages Group, „March 25 ’24: Mid-Ramadan, Mid-Spring, Resilience and Sumoud in the Midst of Despair“, 25. März 2024.

¹⁶⁷ MAAN-Workers’ Association, „MAAN and Kav Laoved Write to Immigration and Population Authority and Demand to Reserve a Place in the Quota for Palestinian Workers With a Permit Who Resigned/Fired During the ‘Iron Swords’ War“, 22. Februar 2024.

anstatt auf die rechtzeitige Auszahlung der Rentenleistungen zu warten, in etwa der Zahl derer entspricht, die 2022 Geld aus dem Fonds abgezogen haben.¹⁶⁸

123. Die Mission sprach mit einer Reihe von Arbeitnehmern aus dem Westjordanland, die zwischen acht und 30 Jahren legal im israelischen Bausektor gearbeitet hatten. Sie waren sehr daran interessiert, ihre Genehmigungen und Arbeitsverhältnisse für den Fall aufrechtzuerhalten, dass ihnen die Einreise nach Israel wieder gestattet würde, und suchten verzweifelt nach Möglichkeiten, um ihre Familien zu unterstützen, nachdem sie sechs Monate lang keinen Lohn erhalten hatten und keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Viele Arbeitnehmer gaben an, dass sie außerdem ihren Lohn für die letzten Wochen, in denen sie vor dem 7. Oktober 2023 in Israel gearbeitet hatten, nicht erhalten hatten. Für einige Arbeitnehmer betraf dies den gesamten Monat September, da diese Löhne am 9. oder 10. Oktober 2023 gezahlt worden wären, ebenso wie die Löhne für die erste Oktoberwoche. Es gibt keine Beschwerdemechanismen, mit denen sie ihre Löhne zum jetzigen Zeitpunkt einfordern könnten: Der im Rahmen der Kollektivvereinbarung für den Bausektor eingerichtete Beschwerdeausschuss beispielsweise erforderte die physische Anwesenheit oder die Dienste eines oft teuren Anwalts. Für Palästinenser aus Gaza, deren Löhne nicht vollständig ausgezahlt wurden, gab es keinerlei Möglichkeiten, weil Überweisungen aus Israel nach Gaza nicht möglich waren.
124. Es herrscht Unklarheit über die Arbeitsbedingungen und Rechte der relativ wenigen Palästinenser, die noch in Israel und den Siedlungen arbeiten. Nicht alle Genehmigungen, mit denen Arbeitnehmer beschäftigt werden, umfassen die gesamte Bandbreite der Arbeitnehmerrechte. Darüber hinaus wurde in einer kürzlich durchgeführten Studie festgestellt, dass die palästinensischen Frauen, die in den Siedlungen arbeiten und deren Zahl mit hoher Wahrscheinlichkeit zu niedrig angegeben wurde, in der Regel über Vermittler beschäftigt waren. Diese Arbeiternehmerinnen hatten keine schriftlichen Arbeitsverträge, in denen Löhne, Arbeitszeiten oder andere Arbeitsbedingungen festgelegt waren, und sie genossen auch keine Rechte im Bereich der sozialen Sicherheit.¹⁶⁹ Seit dem 7. Oktober 2023 patrouillieren bewaffnete Siedler um die landwirtschaftlichen Arbeitsstätten, was das Unbehagen und das Gefühl der Bedrohung bei den Frauen noch verstärkt.¹⁷⁰
125. Obwohl der Krieg die Arbeit in den meisten Industriezweigen zum Erliegen gebracht hat, berichtete die israelische nichtstaatliche Organisation Kav LaOved, dass die Zahl der tödlichen Arbeitsunfälle im israelischen Bausektor um 33 Prozent gestiegen ist. Im Jahr 2023 starben 48 Bauarbeiter durch Arbeitsunfälle, während die Zahl der von Arbeitsaufsichtsbeamten ausgestellten Sicherheitsanordnungen zurückging. Das Palästinensische Nationale Zentrum für Arbeits- und Umweltschutz an der Polytechnischen Universität Palästinas in Hebron übermittelte der Mission Informationen, wonach im Jahr 2023 17 Palästinenser auf dem israelischen Arbeitsmarkt ums Leben gekommen sind.
126. Die seit Langem bestehenden schlechten Arbeitsbedingungen für palästinensische Arbeitnehmer in Israel, einschließlich der Untererfassung von Löhnen auf den Gehaltsabrechnungen zur Umgehung gesetzlicher Verpflichtungen, übermäßig langer Arbeitszeiten, des Handels mit Arbeits-

¹⁶⁸ Private Mitteilung der Ständigen Vertretung Israels bei den Vereinten Nationen an den Generaldirektor des IAA (11. März 2024): Zwischen Juni und Dezember 2023 gingen bei Amitim 42.476 Anträge auf Abhebung ein. Zum Vergleich: Im Jahr 2022 hatten 82.000 Palästinenser Geld aus dem Fonds abgezogen.

¹⁶⁹ Mothers School Society, *Report on the Reality and Needs of Palestinian Women Working in Settlements*, 2023. Die Frauen, die in den Siedlungen arbeiteten, erfuhren eine soziale Stigmatisierung, hatten aber das Gefühl, dass es keine Alternativen in Form von Arbeitsplätzen vor Ort gab, bei denen der Lohn, wenn es überhaupt eine Vergütung gab, nur 30 Prozent der Arbeit in den Siedlungen betrug.

¹⁷⁰ Mothers School Society, 15.

genehmigungen und der Demütigung an den Grenzübergängen und Kontrollpunkten, bestanden für viele Arbeitnehmer auch vor dem 7. Oktober 2023 fort. Seit der zwangsweisen Beendigung dieser Arbeitsverhältnisse gingen viele Palästinenser, die zuvor in Israel gearbeitet hatten, einer informellen Arbeit nach und versuchten, durch den Verkauf von Kleinartikeln auf den Märkten ein gewisses Einkommen zu erzielen. Es überrascht nicht, dass Verzweiflung und Prekarität die Anfälligkeit für Defizite bei der menschenwürdigen Arbeit und für Verstöße gegen grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit erhöhen.

127. Das israelische Justizministerium informierte die Mission über Maßnahmen, die im Jahr 2023 zur Bekämpfung des illegalen Handels mit Genehmigungen ergriffen wurden. Beispielsweise erhielten Arbeitgeber seit Mai 2023 die monatlichen Gehaltsabrechnungen ihrer Arbeitnehmer automatisch per E-Mail, die sie den palästinensischen Arbeitnehmern zukommen lassen mussten. Zu den weiteren Schritten, die im Rahmen des israelischen Fünfjahresplans zur Bekämpfung des Menschenhandels unternommen wurden, zählte ein von der Arbeitsgruppe für die Verhinderung der Ausbeutung palästinensischer Arbeitnehmer im Juni 2023 veranstalteter Runder Tisch mit mehreren Interessengruppen. Mit dem Beginn des Krieges in Gaza hatte sich der Abschluss der Arbeiten der Arbeitsgruppe verzögert. Nach langwierigen Ermittlungen kam es schließlich im Januar 2024 zur Festnahme von 14 Verdächtigen, die im Verdacht standen, am Verkauf von Einreisegenehmigungen nach Israel beteiligt gewesen zu sein und Arbeitnehmer erpresst und bedroht zu haben. In diesem Zusammenhang teilte das palästinensische Arbeitsministerium mit, dass es im Laufe des Jahres 2023 Standardverfahren zur strafrechtlichen Verfolgung von Vermittlern von Einreisegenehmigungen eingeführt habe. Grundlage dieser Verfahren sei ein Beschluss des Ministerrats, der solche Praktiken unter Strafe stelle, und den palästinensischen Behörden sei eine Liste von 64 Vermittlern vorgelegt worden. Die Mission erhielt unterschiedliche Informationen über den aktuellen Stand des Systems der Vermittlung von Arbeitsgenehmigungen. Einige Gesprächspartner gaben an, dass das Vermittlungssystem vollständig eingestellt worden sei. Andere wiesen darauf hin, dass die Vermittler nun stark überhöhte Preise verlangten, weil die Nachfrage so viel höher sei als das Angebot, und dass die Genehmigungen schätzungsweise bis zu 1.000 Schekel mehr als zuvor kosteten.
128. Die israelischen Gewerkschaften setzten sich weiterhin für den Schutz der Rechte der palästinensischen Arbeitnehmer ein. Die Histadrut und die MAAN-Workers' Association erkannten zwar die schwierigen Rahmenbedingungen an, vertraten jedoch die Auffassung, dass palästinensische Arbeitnehmer das Recht haben sollten, nach Israel zurückzukehren. Die Histadrut hob die israelischen Sicherheitsbedenken hervor. Sie wies darauf hin, dass ihre Förderung und Ausbildung von in Israel arbeitenden Palästinensern weitgehend eingestellt wurde, mit Ausnahme eines Ausbildungsprogramms für Elektriker für Palästinenser aus Ost-Jerusalem, das nach einer anfänglichen Unterbrechung fortgesetzt werden könnte. Die MAAN-Workers' Association hatte einen Großteil ihrer Arbeit darauf ausgerichtet, sich für die Rückkehr palästinensischer Arbeitnehmer auf den israelischen Arbeitsmarkt einzusetzen und sie in der Zwischenzeit finanziell zu unterstützen, solange sie nicht arbeiten, und sie vertrat weiterhin ihre palästinensischen Mitglieder, die in Industriesiedlungen arbeiten.
129. Die Mission stellte fest, dass die israelische Regierung Schritte unternommen hatte, um ausländische Arbeitskräfte aus Ländern Europas, Asiens und Afrikas anzuwerben, damit die palästinensischen Arbeitskräfte, insbesondere im Bau-, Dienstleistungs- und Landwirtschaftssektor, ersetzt werden können. Obwohl israelische Arbeitgeberverbände und Regierungsvertreter bedauerlicherweise nicht mit der Mission zusammentrafen, war ihr bekannt, dass manche Arbeitgeber die Rückkehr palästinensischer Arbeitnehmer auf den israelischen Arbeitsmarkt unterstützten, dass Beamte in dieser Hinsicht zitiert worden seien und dass das Büro des Ministerpräsidenten ange-

deutet hatte, dass ein begrenztes Pilotprojekt zur Zulassung der Rückkehr von Palästinensern im Kabinett erörtert werden würde.¹⁷¹

¹⁷¹ Reuters und Times of Israel, „[Shortage of Palestinian Workers at Israeli Building Sites Leaves Hole on Both Sides](#)“, 4. April 2024.

► Kapitel 4. Arbeitsverwaltung in Kriegszeiten

- 130.** Der Krieg in Gaza hatte gravierende Folgen für die palästinensische Regierungsführung und den Aufbau von Institutionen, einschließlich der Arbeitsverwaltung. Angesichts der humanitären Katastrophe, der anhaltenden Besatzung und der sich verschärfenden Haushaltskrise ist die Palästinensische Behörde weniger denn je in der Lage, eine wirksame Regierungsführung, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmerrechte, zu gewährleisten. Politische und rechtliche Reformen sind zum Erliegen gekommen, und humanitäre Hilfsmaßnahmen haben Vorrang.
- 131.** Angesichts des internationalen Drucks und des zunehmenden Misstrauens der Öffentlichkeit gegenüber den Institutionen und der Führung der Palästinensischen Behörde ¹⁷² ernannte Präsident Abbas Ende März 2024 eine neue Regierung. Der Präsident beauftragte den neuen Ministerpräsidenten, sich auf die Hilfsmaßnahmen in Gaza zu konzentrieren, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken, die Korruption zu bekämpfen und die Parlaments- und Präsidentschaftswahlen – die ersten seit 19 Jahren – vorzubereiten, ohne jedoch einen Zeithorizont für diese Wahlen anzugeben.
- 132.** Die Mission wurde darüber informiert, dass eine der ersten Maßnahmen des neuen Ministerpräsidenten in der Einberufung eines Treffens mit palästinensischen zivilgesellschaftlichen Organisationen bestand, das vor dem Hintergrund des nach wie vor schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums stattfand, ¹⁷³ nachdem in den letzten Jahren Maßnahmen ergriffen worden waren, wodurch die Autonomie zivilgesellschaftlicher Organisationen ¹⁷⁴ sowie das Recht auf friedlichen Protest und freie Meinungsäußerung beeinträchtigt wurden. ¹⁷⁵

Arbeitsmarktsteuerung und -regulierung verlieren an Priorität

- 133.** Seit dem 7. Oktober hat die Ausarbeitung von Hilfs- und Soforthilfeplänen für die vom Krieg Betroffenen Vorrang vor den Bemühungen der Palästinensischen Behörde zur Stärkung der Arbeitsverwaltung. Anfang 2023 waren jedoch einige Fortschritte in diesem Bereich zu verzeichnen, die mit der in den zentralen Planungsdokumenten dargelegten Gesamtvision für die Arbeitsmarktsteuerung im besetzten palästinensischen Gebiet, insbesondere mit der Nationalen Beschäftigungsstrategie 2021–2025 und dem dritten Programm für menschenwürdige Arbeit

¹⁷² Palästinensisches Zentrum für Politik- und Umfrageforschung, „[Press Release on Public Opinion Poll No \(91\), Press release](#)“, 20. März 2024.

¹⁷³ OCHA, *Occupied Palestinian Territory: West Bank – Protection Analysis Update*, Kurzdossier, März 2024; OCHA, *Humanitarian Needs Overview 2023: Occupied Palestinian Territory*, Januar 2023, 19.

¹⁷⁴ Beispielsweise forderte der UN-Menschenrechtsausschuss 2023 den Vertragsstaat auf, die Verordnung Nr. 7 von 2021 zur Abänderung des Gesetzes über gemeinnützige Vereine und Organisationen der Zivilgesellschaft (Gesetz Nr. 1 von 2000) zu überarbeiten, da es „das Recht auf Vereinigungsfreiheit in unangemessener Weise einschränken kann“ und um „ungebührlich restriktive Anforderungen“ hinsichtlich seiner Finanzierung und Funktionsweise aufzuheben; UN-Menschenrechtsausschuss, Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, [Concluding Observations on the Initial Report of the State of Palestine](#), 24. August 2023, Abs. 43–44. Ebenso haben Organisationen der Zivilgesellschaft ernste Bedenken hinsichtlich der Statuten über gemeinnützige Unternehmen (Nr. 20 von 2022) geäußert; Palästinensisches NGO-Netzwerk, [„Palestinian Civil Society Groups Reiterate Rejection of the Application of the 2022 Bylaw on Non-Profit Companies and Call for Compliance with the Basic Law“](#), 21. Juni 2023; Unabhängige Kommission für Menschenrechte, *Shadow Report Submitted by the Independent Commission for Human Rights (ICHR) to the Human Rights Committee on the First Periodic Review of the State of Palestine: Session # 138 (27 June–28 July 2023)*, 2023, 16.

¹⁷⁵ OHCHR, *The Human Rights Situation in the Occupied West Bank including East Jerusalem: 7 October – 20 November 2023*, 27. Dezember 2023, Abs. 53.

2023–2025, übereinstimmen. Die Aktualisierung mehrerer Entwicklungsstrategien, wie etwa einer Nationalen Entwicklungsagenda für 2024–2029, wurde bis zum Ende des Gaza-Krieges ausgesetzt.

134. Nach Beginn des Krieges in Gaza wurde vom Arbeitsministerium infolge dreigliedriger Konsultationen ein einjähriger „Notfallplan“ (Januar–Dezember 2024) ausgearbeitet, in dem kurz- und mittelfristige Maßnahmen zur Rettung von Arbeitsplätzen und zur Wiederbelebung der Arbeitsbeziehungen vorgeschlagen wurden.¹⁷⁶ Die gemäß dem Plan vorgesehenen kurzfristigen Maßnahmen (Zeithorizont von drei bis sechs Monaten) konzentrierten sich in erster Linie auf humanitäre Hilfe für die im Westjordanland gestrandeten Arbeitnehmer aus Gaza und für Genossenschaften in Gaza sowie auf den Einsatz dreigliedriger Ausschüsse in den Verwaltungsbezirken des Westjordanlandes, um krisenbedingte Entlassungen oder Lohnkürzungen zu verhindern.
135. Das Arbeitsministerium setzte seine Investitionen in die Stärkung des Arbeitsverwaltungssystems fort und berücksichtigte dabei auch die nach dem 7. Oktober geltenden neuen Rahmenbedingungen, und zwar durch die verstärkte Digitalisierung der Dienststellen des Ministeriums (u.a. durch die Entwicklung einer Online-Plattform, auf der sich im Westjordanland gestrandete Arbeitnehmer aus Gaza registrieren lassen können, um Unterstützung zu erhalten), das Angebot von Schulungen für seine mehr als 100 Arbeitsaufsichtsbeamten, insbesondere zur Förderung des Arbeitsschutzes und zur Verhinderung von Kinderarbeit, sowie die Verstärkung von Inspektionskampagnen zur Überwachung der Einhaltung des palästinensischen Arbeitsgesetzes Nr. 7 aus dem Jahr 2000. Bis Ende 2023 hatten die Arbeitsaufsichtsbehörden mehr als 10.000 Betriebe in allen Sektoren überprüft. Die Überprüfungen führten zu rund 4.874 Maßnahmen gegen nicht konforme Betriebe, einschließlich 67 Verweisungen an den Gerichtshof und der Schließung von neun Betrieben, insbesondere wegen Verstößen im Bereich Gesundheit und Sicherheit. Das Arbeitsministerium registrierte elf arbeitsbedingte Todesfälle im Westjordanland.
136. Die Reformen des palästinensischen Arbeitsgesetzes Nr. 7 aus dem Jahr 2000, die seit Jahren eine der wichtigsten Prioritäten der Palästinensischen Behörde sind, wurden fortgesetzt. Von Mitte 2023 bis Anfang Oktober 2023 hatte der dreigliedrige soziale Dialog zur Fertigstellung eines neuen Entwurfs des Arbeitsgesetzes geführt. Viele der vorgeschlagenen Gesetzesänderungen waren von den dreigliedrigen Partnern gebilligt worden. Auch vor dem Hintergrund der Änderungen des Sozialversicherungsgesetzes von 2016 wurde ein Konsens über sensible Bestimmungen erzielt, insbesondere betreffend die Entschädigung bei Beschäftigungsende (Abfindung), den Mutterschutz und die Versicherung gegen Arbeitsunfälle. Weitere Änderungen und die offiziell für Oktober 2023 vorgesehene formale Annahme des geänderten Gesetzes wurden durch den Krieg gestoppt. Die Mission wurde darüber informiert, dass mit einer Wiederaufnahme des Reformprozesses nach dem Krieg zu rechnen sei.
137. Wie in mehreren Berichten des Generaldirektors erwähnt, werden in den besetzten palästinensischen Gebieten dringend spezielle Arbeitsgerichte benötigt, um den ständig zunehmenden Rückstau an arbeitsrechtlichen Streitigkeiten abzubauen, der seit Jahren vor den örtlichen Zivilgerichten stagniert¹⁷⁷ – nach Angaben von 2019 sind es über 20.000 Fälle. Die Mission wurde darüber informiert, dass die Konsultationen zwischen dem Arbeitsministerium und dem Hohen Justizrat in dieser Angelegenheit bis Oktober 2023 fortgesetzt wurden. Die geänderte Fassung des Arbeitsgesetzes sieht die Einrichtung spezialisierter Arbeitsgerichte und besondere Bestimmungen für die dringende Beilegung solcher Streitigkeiten sowie für die Befreiung der Arbeitnehmer von den Gerichtskosten vor. Ein Plan zur Einrichtung alternativer Mechanismen für die Beilegung von indi-

¹⁷⁶ Palästinensisches Arbeitsministerium, „Notfallplan angesichts des Krieges im Gazastreifen“, Dezember 2023 (unveröffentlicht).

¹⁷⁷ IAO, *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, ILC.109/DG/APP/2021, Abs. 105.

viduellen und kollektiven Arbeitskonflikten wurde von den Sozialpartnern im Juni 2023 validiert und anschließend dem Arbeitsministerium zur abschließenden Prüfung vorgelegt.

- 138.** In Erwartung der Einrichtung von Arbeitsgerichten und alternativen Streitbeilegungsmechanismen kommt es immer häufiger zu beschäftigungsbezogenen Streitigkeiten und Verweisungen an Gerichte. 2023 befasste sich das Arbeitsministerium mit 750 Beschwerden, hauptsächlich im Zusammenhang mit Löhnen, von denen 234 nicht beigelegt wurden und 137 an ein Gericht verwiesen worden waren. Darüber hinaus registrierten die 14 „Beschwerdestellen“ des Palästinensischen Allgemeinen Gewerkschaftsbundes (PGFTU) ¹⁷⁸ zwischen März 2023 und Februar 2024 mehr als 1.000 Beschwerden, wobei die Zahl der Beschwerden im Westjordanland seit dem 7. Oktober rasant gestiegen ist. ¹⁷⁹ Nach Angaben des PGFTU konnten zwar einige dieser Beschwerden im Rahmen des zweigliedrigen sozialen Dialogs beigelegt werden, viele wurden jedoch vor Gericht gebracht. ¹⁸⁰ Die Mission wurde auch darüber informiert, dass nach einem Beschluss der Palästinensischen Anwaltskammer die Anwälte ihre Arbeiten im Westjordanland bis zur Lockerung der von Israel verhängten Mobilitätsbeschränkungen ausgesetzt haben, was sich auf die Arbeitsweise der Gerichte auswirkte.
- 139.** Im Anschluss an die Tätigkeit des Ausschusses für die Harmonisierung der Gesetzgebung ¹⁸¹ wurden zwei wichtige internationale Instrumente, denen Palästina bereits beigetreten war, 2023 im Staatsanzeiger veröffentlicht, wodurch sie nach palästinensischer Rechtsprechung rechtsverbindlich sind: das Übereinkommen über die Rechte des Kindes und der Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und das Übereinkommen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau sind jedoch noch nicht im Staatsanzeiger veröffentlicht worden.
- 140.** In Gaza sind Regierungsführung, zivile Ordnung und öffentliche Dienstleistungen weitgehend zum Erliegen gekommen. Mindestens 39.000 in Gaza ansässige öffentlich Bedienstete ¹⁸² standen auf der Gehaltsliste der Palästinensischen Behörde (überwiegend Lehrer und Gesundheitspersonal). Die meisten haben ihre Erwerbstätigkeit eingestellt. Vor dem Krieg war das UNRWA mit rund 13.000 Bediensteten der zweitgrößte Arbeitgeber in Gaza. Während alle Bediensteten trotz der schweren Finanzierungskrise, mit der das UNRWA konfrontiert ist, ¹⁸³ weiterhin ihre Gehälter erhielten, waren Anfang April 2024 weniger als 5.000 Bedienstete arbeitsfähig, wobei die meisten von ihnen an der Bereitstellung von Hilfsgütern beteiligt waren. Die Sozialhilfe in Form von Bargeldtransfers durch die Palästinensische Behörde wurde eingestellt, während die meisten Cash-for-Work-Projekte, wie jene, die zuvor vom Palästinensischen Beschäftigungsfonds finanziert wur-

¹⁷⁸ IAO, *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, ILC.111/DG/APP, 2023, Abs. 145.

¹⁷⁹ Die Fälle betrafen Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, Arbeitsschutz, Arbeitsbedingungen, unbezahlte oder gekürzte Löhne, Arbeitszeitverkürzungen, unbezahlten Urlaub und ungerechtfertigte Entlassungen.

¹⁸⁰ PGFTU, „Beigelegte Beschwerden“, Vermerk an die IAA-Mission (E-Mail-Kommunikation), 22. März 2014.

¹⁸¹ Nach einem Beschluss des Palästinensischen Ministerrats vom 7. März 2017 wurde ein Ausschuss zur Harmonisierung der Gesetzgebung beauftragt, die Gesetzgebung in Palästina wirksam an die internationalen Übereinkommen anzugleichen, denen Palästina beigetreten ist.

¹⁸² Auf der Grundlage von Informationen von Gesprächspartnern und aus Weltbank, *Wage Bill and Employment Diagnostic: Key Drivers and Policy Recommendations*, 15. Dezember 2022, 15–16.

¹⁸³ Bis zum 22. April hatten neun Geber alle Finanzmittel für das UNRWA ausgesetzt, was sich insgesamt auf 267 Millionen US-Dollar belief – das sind 31,4 Prozent der für 2024 prognostizierten Einnahmen. Die Aussetzung der Finanzmittel der Vereinigten Staaten für das UNRWA bis März 2025 macht 87 Prozent aller ausgesetzten Finanzmittel aus. Das UNRWA bittet um 1,21 Milliarden US-Dollar, um den dringendsten humanitären Bedarf von 1,7 Millionen der am stärksten gefährdeten Flüchtlinge und Nicht-Flüchtlinge in Gaza und von mehr als 200.000 Palästinensern im Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems, zu decken. Quellen: Persönliche Korrespondenz des UNRWA-Managements und „UNRWA Updated OPT Flash Appeal April – December 2024“, 24. April 2024.

den, eingestellt wurden. Die Mehrzahl der nahezu 980 in Gaza registrierten nichtstaatlichen Organisationen hat ihre Tätigkeit eingestellt.¹⁸⁴

Sozialer Dialog: Fortschritte und Herausforderungen

- 141.** Beim zweigliedrigen und dreigliedrigen sozialen Dialog im Westjordanland wurden vor dem 7. Oktober einige Fortschritte erzielt. Neben dem dreigliedrigen sozialen Dialog in Bezug auf die Reform des Arbeitsgesetzes und die Überarbeitung des Sozialversicherungsgesetzes führte der soziale Dialog innerhalb des Nationalen Lohnausschusses zu einer Vereinbarung über die Anhebung des Mindestlohns an die gestiegenen Lebenshaltungskosten, die dem Ministerrat zur Billigung vorgelegt wurde. Die 2022 auf Regierungsebene eingesetzten dreigliedrigen Ausschüsse nutzten den sozialen Dialog weiterhin zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen und untersuchten Maßnahmen zur Förderung der wirksamen Umsetzung des neuen nationalen Mindestlohns, insbesondere in Branchen und Berufen, in denen die Einhaltung der Vorschriften noch nicht so weit fortgeschritten ist. Auf Sektorebene definierte ein dreigliedriger Ausschuss für Privatschulen und Kindergärten die Hauptbestandteile eines Entwurfs für einen Einheitsvertrag im Einklang mit dem Arbeitsgesetz und ergänzte eine Bestimmung über die Einhaltung des nationalen Mindestlohns. Im Rahmen des dreigliedrigen sozialen Dialogs wurde eine IAO-Diagnostikstudie über die informelle Wirtschaft im besetzten palästinensischen Gebiet von den Parteien validiert, die zu einem Aktionsplan zur Bekämpfung der informellen Wirtschaft im Bekleidungs- und Textilsektor sowie in der frühkindlichen Bildung führte.
- 142.** Dennoch bestehen nach wie vor Hemmnisse. Obwohl im Jahr 2019 nach mehreren Runden zwei- und dreigliedriger Konsultationen ein Gesetz über die Gewerkschaftsorganisationen ausgearbeitet wurde, wurden keine Schritte im Hinblick auf seine Fertigstellung und Annahme unternommen. Darüber hinaus erstreckt sich der soziale Dialog selten über die nationale Ebene hinaus auf die sektorale oder betriebliche Ebene.¹⁸⁵ Kollektivverhandlungen zur Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse von Sektoren und Unternehmen werden nach wie vor zu wenig genutzt. Wie in verschiedenen aufeinanderfolgenden Berichten des Generaldirektors dargelegt wurde, betrachten das Arbeitsministerium und die Sozialpartner Kollektivverhandlungen nach wie vor in erster Linie als Instrument zur Beilegung kollektiver Streitigkeiten, vor allem lohnbezogener Streitigkeiten. 2023 bearbeitete das Ministerium elf Ersuchen von Gewerkschaften auf Kollektivverhandlungen, von denen fünf (gegenüber 14 im Jahr 2022) nach Vermittlung durch das Ministerium zur Unterzeichnung einer Kollektivvereinbarung führten.
- 143.** Kurz nach Kriegsbeginn ergriffen der FPCCIA und der PGFTU mit Unterstützung der IAO Initiativen zum Ausbau der humanitären Hilfe. Der PGFTU ermöglichte von Oktober bis Dezember 2023 die Verteilung von Nothilfe an rund 10.000 Arbeitnehmer aus Gaza im Westjordanland. Im gleichen Zeitraum veranlasste der FPCCIA die Zollabfertigung von rund 130 Containern, die in israelischen Häfen gestrandet waren und von in Gaza angesiedelten Unternehmen bestellte lebensnotwendige Güter, Lebensmittel und Rohstoffe enthielten, lagerte sie auf gepachtetem Land und verkaufte ihren Inhalt, um den Arbeitgebern in Gaza Einkünfte zu verschaffen.¹⁸⁶
- 144.** Vor dem Hintergrund des schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums und des wirtschaftlichen Rückgangs sank der gewerkschaftliche Organisationsgrad¹⁸⁷ im besetzten palästinensischen

¹⁸⁴ UNRWA, „Situation Report #99 on the Situation in the Gaza Strip and the West Bank, including East Jerusalem“, 4. April 2024.

¹⁸⁵ IAO, „Assessment and Prospects of Tripartite Cooperation and Social Dialogue in the OPT“, Januar 2022 (unveröffentlicht).

¹⁸⁶ IAO, *Report on Crisis-related ILO Work in the Occupied Palestinian Territory*, GB.350/POL/4(Rev.1), 2024, Abs. 13–18.

¹⁸⁷ Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist der Anteil der Beschäftigten, die Mitglied einer Gewerkschaft sind, ausgedrückt in Prozent. Bei den Angaben zur Gewerkschaftsmitgliedschaft sind Gewerkschaftsmitglieder, die keiner bezahlten Beschäftigung

Gebiet von 19,3 Prozent im Jahr 2022 auf 16,7 Prozent im dritten Quartal 2023.¹⁸⁸ Die Gewerkschaftsbeteiligung betrug bei den Männern 15,0 Prozent (gegenüber 18,0 Prozent im Jahr 2022) und bei den Frauen 26,4 Prozent (gegenüber 25,8 Prozent im Jahr 2022). In Gaza waren kurz vor Kriegsbeginn 37,2 Prozent der Arbeitnehmer Gewerkschaftsmitglieder. Der entsprechende Anteil im Westjordanland lag bei 9,9 Prozent, was einem Rückgang um mehr als 3 Prozentpunkte innerhalb eines Jahres entspricht.

- 145.** Auf Arbeitgeberseite vertraten der FPCCIA und der Palästinensische Industrieverband bis Oktober 2023 Mitglieder, die zwei Drittel der Arbeitnehmer in Palästina beschäftigten.¹⁸⁹ Unter den derzeitigen Umständen äußerten die Gesprächspartner des FPCCIA ernste Bedenken hinsichtlich der Eintreibung der Mitgliedsbeiträge, die im Westjordanland im Vergleich zu 2022 um schätzungsweise 40 bis 60 Prozent zurückgegangen sind.¹⁹⁰

Sozialschutz: Hoffnung auf Fortschritte ist erschöpft

- 146.** Im besetzten palästinensischen Gebiet erhalten nach wie vor nur die Beschäftigten des öffentlichen Sektors – Beamte und Angehörige der Sicherheitskräfte – Deckung durch die soziale Sicherheit, indem sie Pflichtbeiträge an die Palästinensische Rentenbehörde zahlen.¹⁹¹ Im dritten Quartal 2023 machten diese Arbeitnehmer 20,0 Prozent der gesamten palästinensischen Erwerbsbevölkerung aus. Nach Angaben der PCBS waren 63,5 Prozent der Arbeitnehmer in diesem Zeitraum nicht in öffentlichen oder privaten Systemen der sozialen Sicherheit versichert. Im Privatssektor waren 77,7 Prozent der Arbeitnehmer nicht sozialversichert.¹⁹²
- 147.** Das Sozialversicherungsgesetz von 2016 bildete die Grundlage für die Einrichtung der Palästinensischen Anstalt für soziale Sicherheit im Jahr 2018. Anfang 2019 wurde es jedoch per Präsidialdekret ausgesetzt, nachdem es im Westjordanland zu weitreichenden Protesten dagegen gekommen war. Ein umfassender dreigliedriger sozialer Dialog mit rechtlicher und versicherungsmathematischer technischer Unterstützung durch die IAO führte Mitte 2023 zu einem vorläufigen Konsens über eine überarbeitete Fassung des Gesetzes. Im gleichen Zeitraum fanden im Westjordanland und in Gaza Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, Berufsgewerkschaften, lokalen Gewerkschaften und dem Nationalen Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen statt. Darüber hinaus wurde in den traditionellen und sozialen Medien eine öffentliche Sensibilisierungskampagne zu den wichtigsten Aspekten und Vorteilen des Reformpakets durchgeführt. Der Prozess der Billigung der endgültigen Fassung des abgeänderten Gesetzes wurde durch den Krieg in Gaza gestoppt.
- 148.** Das wichtigste beitragsunabhängige Sozialversicherungssystem im besetzten palästinensischen Gebiet ist das Palästinensische Nationale Geldtransferprogramm. Das vom Ministerium für sozi-

nachgehen (Selbstständige, Arbeitslose, Rentner und so weiter) nicht berücksichtigt; IAO, „[Statistics on Union Membership](#)“, Datenbank ILOSTAT.

¹⁸⁸ Berechnungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2022–23.

¹⁸⁹ Palästinensisches Arbeitsministerium, Annual Report 2023, 25. März 2024 (unveröffentlicht), 6.

¹⁹⁰ FPCCIA, „Talking points for the Annual Meeting (2024) with the Fact Finding Mission“, 4 (unveröffentlicht).

¹⁹¹ Der Weltbank zufolge haben sich die finanzielle Situation und die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Rentenfinanzierung von Jahr zu Jahr verschlechtert. Bis Mitte 2023 wurden die Zahlungsrückstände gegenüber dem Rentenfonds für den öffentlichen Dienst auf etwa 3 Milliarden US-Dollar geschätzt (gegenüber 2 Milliarden US-Dollar im Jahr 2022), ohne Berücksichtigung der Zahlungsrückstände im Zusammenhang mit den Rentensystemen für Sicherheitsdienste, für die keine Daten vorliegen; Weltbank, *Racing Against Time: World Bank Economic Monitoring Report to the Ad Hoc Liaison Committee*, September 2023, 7.

¹⁹² Berechnungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, 2023 (3. Quartal).

ale Entwicklung mit Mitteln der Europäischen Union (50 Prozent),¹⁹³ der Palästinensischen Behörde (45 Prozent) und der Weltbank (5 Prozent) verwaltete Programm erreichte bis Oktober 2023 durch vierteljährliche Zahlungen von 754 Schekel an bestimmte Begünstigte rund 115.000 Haushalte, von denen fast die Hälfte in Gaza lebt.¹⁹⁴ Wegen der angespannten Haushaltslage und Verzögerungen beim Eingang der Beiträge von Gebern in den letzten Jahren erfolgten die Auszahlungen an die Begünstigten jedoch nur teilweise und unregelmäßig,¹⁹⁵ was ernste Bedenken hinsichtlich der Wirksamkeit des Programms bei der Erreichung der ärmsten Bevölkerungsschichten aufwirft.¹⁹⁶ Seit dem 7. Oktober sind die Zahlungen an Begünstigte in Gaza ausgesetzt. Die Aussichten auf eine Wiederaufnahme der Sozialhilfe in Gaza hängen von der Beendigung des Krieges und den Entwicklungen nach dem Krieg ab.

- 149.** Mehrere internationale Institutionen, nichtstaatliche Organisationen und Geber leisten weiterhin Sozialhilfe in unterschiedlicher Form, einschließlich Programmen für humanitäre Sicherheitsnetze. Obwohl diese Programme ursprünglich für Notsituationen konzipiert wurden, haben sich viele davon im Laufe der Zeit strukturell entwickelt.¹⁹⁷ Diese Zersplitterung der Sozialhilfe-Landschaft schränkt ihre Wirkung stark ein.¹⁹⁸ Nach Oktober 2023 wurde unter der Schirmherrschaft des Arbeitsministeriums mit Hilfe der IAO ein Forum eingerichtet, um in Zusammenarbeit mit verschiedenen internationalen humanitären Organisationen¹⁹⁹ die Bereitstellung von Soforthilfe für palästinensische Arbeiter aus Gaza, die im Westjordanland Schutz suchen, zu koordinieren. Das Forum, dem auch Vertreter des PGFTU angehörten, führte eine Bedarfsermittlung und einen gemeinsamen Aktionsplan durch.²⁰⁰

Beschäftigungsförderung, Qualifizierung und Unternehmertum: Finanzierung rückläufig, Bedarf nimmt zu

- 150.** Die Nationale Beschäftigungsstrategie (2021–2025) ist eine zentrale Strategie zur Koordinierung und Stärkung der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktmaßnahmen im besetzten palästinensischen Gebiet. Die Mission wurde darüber informiert, dass der Erhalt zusätzlicher Gebermittel unwahrscheinlich sei, da die Palästinensische Behörde und die internationale Gebergemeinschaft seit dem 7. Oktober ihren Schwerpunkt auf die humanitäre Hilfe verlagert haben.

¹⁹³ PEGASE, ein Mechanismus der Europäischen Union zur Unterstützung und Finanzierung der Reformprogramme der Palästinensischen Behörde, umfasst die Bereitstellung gezielter und sorgfältig überwachter direkter Finanzhilfen für die palästinensische Bevölkerung über das Finanzministerium der Palästinensischen Behörde. PEGASE ist ein Mechanismus, der allen Gebern, auch außerhalb der Europäischen Union, offen steht.

¹⁹⁴ Ministerium für soziale Entwicklung, Mitteilung an die IAA-Mission, 2024 (unveröffentlicht).

¹⁹⁵ Weltbank, *Racing Against Time*, 5.

¹⁹⁶ Die IAO schätzt, dass das Programm nur 44 Prozent der in extremer Armut lebenden Menschen und einen noch geringeren Anteil der in Armut lebenden Menschen erreicht; Tareq Abuelhaj, Luca Pellerano und James Canonge, *Targeting by Proxy: An Assessment of Targeting Efficiency of the Proxy Means Test in the Occupied Palestinian Territory*, IAO-Fachpapier, Juni 2022.

¹⁹⁷ Die größten Sozialhilfesysteme sind die des UNRWA, das regelmäßig über 1 Million palästinensische Flüchtlinge betreut, und des Welternährungsprogramms (WFP), das 2022 mit Bar- und/oder Sachhilfe rund 70.000 Haushalte erreichte. IAO, *Synthesis of Recent Studies Related to the Social Protection-Cash Voucher Assistance (SPCVA) Nexus in the Occupied Palestinian Territory: Summary Report on Findings and Recommendations*, 2023, 1.

¹⁹⁸ IAO, *On the Road to Universal Social Protection: A Social Protection Floor Assessment in the Occupied Palestinian Territory*, Oktober 2021, 8.

¹⁹⁹ Insbesondere das OCHA, das UNRWA und das WFP sowie andere internationale und lokale humanitäre Organisationen.

²⁰⁰ IAO, Erweitertes Programm der Entwicklungszusammenarbeit für die besetzten arabischen Gebiete: *Enhanced programme of development cooperation for the occupied Arab territories*, GB.349/POL/4(Rev.1), 29. Oktober 2023.

- 151.** Im Einklang mit der Nationalen Beschäftigungsstrategie unterstützte das Arbeitsministerium weiterhin das Angebot im Bereich der beruflichen Aus- und Weiterbildung, Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Beratungsdienste für Arbeitsuchende, um jungen Hochschulabsolventen den Eintritt in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. 2023 schlossen mehr als 11.000 Absolventen aus dem Westjordanland und aus Gaza in 140 Berufsbildungszentren ab, gegenüber 9.000 im Jahr 2022. Das Arbeitsministerium unterstützte zudem 90 Projekte für subventionierte selbstständige Erwerbstätigkeit, schuf befristete Arbeitsmöglichkeiten für rund 2.600 Arbeitslose und beriet mehr als 71.000 Arbeitsuchende, die entweder an Arbeitsplätze im Privatsektor oder an Berufsbildungszentren verwiesen wurden. Die Organisationsstruktur des Nationalen Rats für Berufsbildung, der 2021 per Gesetzesdekret Nr. 4 eingerichtet wurde, um die Verwaltung, die Politik und die Vorschriften für die berufliche Aus- und Weiterbildung zu koordinieren, wurde 2023 kurz vor dem Krieg in Gaza vom Ministerrat genehmigt. Wie bereits im vorangegangenen Bericht des Generaldirektors betont wurde, sind ein nationaler Qualifikationsrahmen und ein nationaler Berufsbildungsfonds erforderlich, um die berufliche Aus- und Weiterbildung für erfahrene Lehrkräfte, Auszubildende und Unternehmen attraktiver zu machen.²⁰¹
- 152.** 2023 setzte der Palästinensische Beschäftigungsfonds die Durchführung einer breiten Palette von Projekten und Programmen fort, um die Schaffung von Arbeitsplätzen im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet zu unterstützen. Die Projekte, deren Umfang und Reichweite in den letzten Jahren infolge der erheblich verstärkten Partnerschaften und der Finanzierung durch Geber erweitert worden war, sahen Darlehen für Unternehmer, befristete bezahlte Beschäftigungsmöglichkeiten sowie Ausbildungsmöglichkeiten für Arbeitslose vor. Anlässlich des Partnertreffens im Februar 2023 in Amman wurden mehrere neue Vereinbarungen unterzeichnet, um die Umsetzung der Nationalen Beschäftigungsstrategie zu unterstützen. 2023 hat der Fonds 622 Darlehen ausgezahlt, mehr als 5.000 Arbeitsplätze direkt geschaffen und über 700 Schulungen durchgeführt.²⁰² Vor dem 7. Oktober war der Fonds das wichtigste Durchführungsorgan der Palästinensischen Behörde für Projekte zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Gaza. Aufgrund des Krieges wurden sämtliche Aktivitäten und Projekte des Fonds in Gaza eingestellt. Dennoch ist er weiterhin im Westjordanland tätig, wo er zusätzliche Nothilfeprojekte durchgeführt hat, unter anderem zur Unterstützung der im Westjordanland gestrandeten Arbeitnehmer aus Gaza.
- 153.** Die Palästinensische Währungsbehörde fördert die Schaffung von Arbeitsplätzen und das Unternehmertum durch ihr Finanzierungsprogramm Istidama (Nachhaltigkeit), das während der COVID-19-Krise ins Leben gerufen wurde. Nach Kriegsausbruch im Oktober 2023 richtete die Behörde den Fonds Istidama-Plus ein. Der mit 500 Millionen Schekel ausgestattete neue Fonds fördert bestehende Projekte, die von der gegenwärtigen Krise betroffen sind, indem er finanzielle Unterstützung bereitstellt, um die Geschäftskontinuität zu gewährleisten, Entlassungen zu verhindern und die Ausbildung zu verbessern. Gleichzeitig unterstützt er neue Projekte, insbesondere im Handelssektor (45 Prozent) wie auch in den Sektoren Dienstleistungen, Fertigung, Fremdenverkehr, Gesundheit, Landwirtschaft und erneuerbare Energien.²⁰³
- 154.** Im Rahmen der Nationalen Beschäftigungsstrategie spielen Genossenschaften im Hinblick auf die Schaffung von Arbeitsplätzen eine wichtige Rolle. Bis Mitte 2023 waren im Westjordanland 3.336 Genossenschaften (mit 39.979 Mitgliedern) und in Gaza 94 Genossenschaften (mit 8.246 Mitgliedern) tätig.²⁰⁴ Nach Angaben der Behörde für genossenschaftliche Arbeit – der offi-

²⁰¹ IAO, *Die Lage der Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete*, ILC.111/DG/APP, 2023, Abs. 137.

²⁰² Vom Palästinensischen Beschäftigungsfonds an die Mission übermittelter Bericht (unveröffentlicht).

²⁰³ Palästinensische Währungsbehörde, Mitteilung an die IAA-Mission, 2024 (unveröffentlicht).

²⁰⁴ IAO, „Palestinian cooperatives: Factsheet on cooperatives in the Occupied Palestinian Territory“, Juni 2023.

ziellen Behörde, die mit der Überwachung der genossenschaftlichen Arbeit in Palästina betraut ist – waren Genossenschaften im Westjordanland seit dem Krieg in Gaza vermehrt von Siedlern und dem israelischen Militär angegriffen worden, während 80 Prozent der Genossenschaften in Gaza während des Krieges schwer betroffen waren.²⁰⁵ Seit dem 7. Oktober haben die Genossenschaften große Schäden erlitten, insbesondere im Wohnungsbau und im Fischereisektor, wobei die Gesprächspartner durch Kontaktarbeit mit der Mission von Rafah ein düsteres Bild ihrer Lebensbedingungen zeichneten. Vor diesem Hintergrund enthält der Notstandsreaktionsplan des Arbeitsministeriums eine Sonderregelung für humanitäre Hilfe für rund 11.000 Genossenschaftsmitglieder im Westjordanland und, sofern es die Umstände erlauben, in Gaza in Form von Nahrungsmitteln, medizinischer und finanzieller Hilfe.²⁰⁶

- 155.** Im Oktober 2023 wurde eine Kooperationsstrategie für 2024–2029 auf der Grundlage der IAO-Empfehlung (Nr. 193) betreffend die Förderung von Genossenschaften, 2002, über einen Konsultationsprozesses mit Interessenträgern im Westjordanland und in Gaza fertiggestellt und dem Büro des Ministerpräsidenten zur Billigung vorgelegt. Wichtige Überarbeitungen des Genossenschaftsgesetzes Nr. 20 von 2017 sowie die Fertigstellung der Verordnungen zur Einrichtung von zwei Förderorganen – dem Entwicklungsfonds für Genossenschaften und dem Genossenschaftlichen Ausbildungsinstitut – stehen nach wie vor aus. Die Mission wurde darüber informiert, dass die Vorbereitungsarbeiten für die Einrichtung des Fonds und des Instituts, gestützt auf eine Abschätzung des Kapazitätsbedarfs im Jahr 2023, im Gange sind.²⁰⁷

Teilhabe von Frauen in einem widrigen Umfeld

- 156.** Die Lage der Frauen auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt ist äußerst prekär. Geschlechterdiskriminierung am Arbeitsplatz ist weit verbreitet, was vor allem auf Geschlechterstereotype, kulturelle Normen und fehlende geschlechtsspezifische Rechtsvorschriften zurückzuführen ist. Die Löhne von berufstätigen Frauen in der Privatwirtschaft sind im Durchschnitt etwa halb so hoch wie jene ihrer männlichen Pendants. Im öffentlichen Sektor hingegen verdienen Frauen gleich viel wie Männer. Der Durchschnittslohn der Frauen im öffentlichen und privaten Sektor nahm um 1,3 Prozent zu, von 105,6 Schekel im Jahr 2022 auf 107,0 Schekel im Jahr 2023. Demgegenüber erhöhte sich der Durchschnittslohn der Männer im gleichen Zeitraum um 5,3 Prozent, von 148,4 auf 156,2 Schekel.²⁰⁸ In dem von Krieg, anhaltender Besatzung und wirtschaftlicher Not geprägten Umfeld ist mit einer Zunahme von Gewalt und Belästigung gegen Frauen zu rechnen.²⁰⁹
- 157.** Im September 2023 billigte der Nationale Ausschuss für Entgeltgleichheit (unter der Schirmherrschaft des Frauenministeriums und des Arbeitsministeriums) einen einjährigen Aktionsplan zur Förderung der Entgeltgleichheit zwischen Männern und Frauen, der sich an dem Übereinkommen (Nr. 100) über die Gleichheit des Entgelts, 1951, orientiert. Seit dem 7. Oktober zielen verschiedene Regierungsprojekte darauf ab, Frauen im Westjordanland den Zugang zu zinslosen Darlehen und nicht rückzahlbaren Zuschüssen für Unternehmen im Besitz oder unter der Leitung von

²⁰⁵ Palästinensische Nationalbehörde (Behörde für genossenschaftliche Arbeit), „Report on the Violations Against Cooperative Associations by the Israeli Occupation“, 29. März 2024 (unveröffentlicht).

²⁰⁶ Palästinensisches Arbeitsministerium, „Emergency Response Plan in Light of the War on the Gaza Strip“, Dezember 2023.

²⁰⁷ Haliéus, „Cooperative support programme in the Occupied Palestinian territory: Technical Assistance for the establishment of the Cooperative development Institute (CDI) and the Cooperative Development Fund in the Occupied Palestinian Territories“, 2023 (unveröffentlicht).

²⁰⁸ Berechnungen des IAA auf der Grundlage von Daten aus den vierteljährlichen Arbeitskräfteerhebungen des PCBS, (3. Quartal), 2022–23.

²⁰⁹ UN Women, *Gender Alert: The Gendered Impact of the Crisis in Gaza*, Januar 2024; UNRWA, *Rapid Gender Analysis: Gendered Impacts of the October 2023 Escalation in Gaza*, Oktober 2023.

Frauen zu erleichtern, Bargeldtransfers und Unterkünfte für Frauen aus Gaza bereitzustellen, die das Westjordanland nicht verlassen können, und „Arbeitslosenbescheinigungen“ für arbeitslose Frauen zu erteilen, die ihnen den Zugang zu einer kostenlosen Krankenversicherung ermöglichen.²¹⁰

- 158.** Es gab kaum Fortschritte bei der Harmonisierung der palästinensischen Gesetze mit den internationalen Arbeitsnormen und dem Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau,²¹¹ das in dem besetzten palästinensischen Gebiet noch nicht rechtsverbindlich ist.²¹² 2023 äußerten zivilgesellschaftliche Organisationen erneut ihre Besorgnis über von Stammesführern und konservativen Gruppen geführte Kampagnen gegen das Übereinkommen.²¹³ Während ein Gesetz zur Definition von Diskriminierung im Einklang mit dem Übereinkommen noch verabschiedet werden muss, wurde dem Präsidenten vor Kriegsausbruch eine Änderung der Verordnung über den öffentlichen Dienst mit einer Definition und einem Verbot der Diskriminierung von Frauen im öffentlichen Dienst zur Verabschiedung vorgelegt. Sie wurde nun zurückgestellt. Andere Gesetze, die die Diskriminierung von Frauen definieren und verbieten und Gewalt und Belästigung unter Strafe stellen sollen, wie das Gesetz zum Schutz der Familie und Änderungen des Strafgesetzbuchs und des Personenstandsgesetzes, sowie Rechtsvorschriften zum Schutz von Frauen und Mädchen vor geschlechtsspezifischer Gewalt, liegen weiterhin im Entwurf vor.
- 159.** Die 14 Beschwerdestellen des PGFTU registrierten zahlreiche Arbeitsverstöße, von denen im Privatsektor tätige Frauen im Westjordanland betroffen waren, darunter Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, und boten Rechtsbeistand zu ihren Rechten an.²¹⁴ Von den 20 Unternehmen, die 2022 Verhaltenskodizes zur Verhinderung von Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz angenommen haben, entwickelten acht Unternehmen Schulungen für ihre Mitarbeitenden gemäß den Grundsätzen des IAO-Übereinkommens (Nr. 190) über Gewalt und Belästigung, 2019. Das 2022 an der Universität Birzeit zwecks Sensibilisierung für und Verhinderung von geschlechtsspezifischer Gewalt eingerichtete Observatorium für Geschlechtergleichstellung und soziale Gerechtigkeit

²¹⁰ Ministerium für Frauenangelegenheiten, Mitteilung an die IAA-Mission, 2024 (unveröffentlicht).

²¹¹ Seit 2018 empfiehlt der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau, dass der Vertragsstaat im Einklang mit den Artikeln 1 und 2 des Übereinkommens

- a) unverzüglich innerstaatliche Rechtsvorschriften annimmt, die eine umfassende Definition der Diskriminierung von Frauen enthalten, die alle verbotenen Diskriminierungsgründe abdeckt und direkte sowie indirekte Diskriminierung sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich umfasst;
- b) sicherstellt, dass der Entwurf des Strafgesetzbuchs von 2011, der auf das Verbot und die Bestrafung von Diskriminierungen abzielt, überarbeitet wird, um ihn mit dem Übereinkommen in Einklang zu bringen und Bestimmungen über geeignete Durchsetzungsmechanismen und Sanktionen aufzunehmen.

Concluding observations on the initial report of the State of Palestine, 11. Juli 2018, Abs. 11.

²¹² Der Ausschuss hat im Laufe der Jahre seine Besorgnis über den Beschluss Nr. 4 (2017) des Verfassungsgerichts vom 19. November 2017 zum Ausdruck gebracht, in dem festgestellt wurde, dass internationale Übereinkommen wie das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau nur insoweit Vorrang vor nationalem Recht haben, als sie mit der nationalen, religiösen und kulturellen Identität des palästinensischen Volkes vereinbar sind; *Concluding observations on the initial report of the State of Palestine*, 11. Juli 2018, Ziff. 12.

²¹³ Frauenzentrum für Rechtshilfe und Beratung, NGO Forum to Combat Violence Against Women (Al-Muntada) und General Union of Palestinian Women, *NGO Follow-Up to the Parallel Report to the Initial Report of the State of Palestine Submitted to the Committee on Economic, Social and Cultural Rights*, 9.

²¹⁴ Von März bis April 2023 registrierten die Beschwerdestellen des PGFTU insgesamt 163 Beschwerden von Frauen über Gewalt und Belästigung am Arbeitsplatz, mangelnde Arbeitsschutzvorkehrungen, schlechte Arbeitsbedingungen, Löhne unter dem Mindestlohn und unbezahlte Krankschreibungen.

keit hat seit dem 7. Oktober den Betrieb eingestellt, und die Universität hat ihr Angebot aufgrund von Mobilitätseinschränkungen auf Online-Kurse umgestellt.

- 160.** In Entscheidungsprozessen sind Frauen nach wie vor unterrepräsentiert. In der neuen Regierung, die am 28. März 2024 vereidigt wurde, werden vier von 23 Ministerien von Frauen geleitet,²¹⁵ das heißt, dass im Vergleich zu den beiden vorherigen Regierungen nun eine Frau mehr in der Regierung sitzt. Mitte 2023 wählte der FPCCIA einen ausschließlich aus Männern bestehenden Vorstand, während bei den Mitgliedern seiner Generalversammlung der Frauenanteil weniger als 2 Prozent beträgt. 2023 formulierte der PGFTU eine fünfjährige Geschlechtergleichstellungsstrategie (2023–2028) mit Fokus auf der Stärkung der Rolle von Gewerkschafterinnen in Branchengewerkschaften, Entscheidungsgremien und Führungspositionen.

Kinderarbeit: niedrige Inzidenz im Westjordanland, ernste Bedenken in Gaza

- 161.** Das Arbeitsgesetz verbietet die Beschäftigung von Kindern unter 15 Jahren und gefährliche oder lange Arbeitszeiten für junge Menschen unter 18 Jahren. Gemäß Daten des PCBS zum dritten Quartal 2023 betrug die Inzidenz von Kinderarbeit bei den Kindern zwischen 10 und 14 Jahren 1,3 Prozent. Wie aus früheren Berichten des Generaldirektors hervorgeht, scheint Kinderarbeit am häufigsten in kleinen Familienbetrieben und bei informellen Straßenverkäufern vorzukommen. Im gleichen Zeitraum waren schätzungsweise 6,4 Prozent der jungen Menschen zwischen 15 und 17 Jahren mit gefährlichen Arbeiten beschäftigt. In Gaza nahm die Kinderarbeit unter den 10- bis 14-Jährigen zwischen 2022 und dem dritten Quartal 2023 um mehr als ein Drittel zu (von 1.592 auf 2.184 Kinder), während sich die Zahl der mit gefährlichen Arbeiten beschäftigten jungen Menschen im Alter von 15 bis 17 Jahren mehr als verdoppelte (von 2.370 auf 4.784). Im Westjordanland war die Zunahme weniger ausgeprägt. Im Laufe des Jahres 2023 schulte das Arbeitsministerium seine Arbeitsaufsichtsbeamten, lancierte Sensibilisierungskampagnen und organisierte gezielte Kontrollbesuche, wodurch 40 Kinder von der Arbeit befreit wurden. Im April 2023 veröffentlichte das Ministerium für soziale Entwicklung „Technische Leitlinien für das Fallmanagement im Bereich des Kinderschutzes“. ²¹⁶ Ein aktualisiertes Nationales Verweisungssystem für den Kinderschutz, das für Kinder, die Opfer von Gewalt, Missbrauch, Vernachlässigung oder Ausbeutung sind, den Zugang zu Kinderschutzdiensten verbessern soll, wurde jedoch immer noch nicht vom Ministerrat gebilligt.
- 162.** Seit Kriegsausbruch wird von den Kindern in Gaza ein hoher Tribut gefordert: Save the Children berichtete, dass bis Anfang April 2024 mehr als 13.800 in Gaza getötet und über 12.000 Kinder verletzt wurden und dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) zufolge bis Dezember 2023 mindestens 1.000 Kindern ein Bein oder beide Beine amputiert worden waren. ²¹⁷ Es überrascht nicht, dass die Gefahr der Kinderarbeit aufgrund des Krieges stark zugenommen hat. Daten vom April 2024 zeigen, dass rund 625.000 Schüler in Gaza keinen Zugang zu Bildung haben, da mehr als 80 Prozent der Schulgebäude beschädigt wurden und die Gebäude, die noch stehen, als Unterkünfte für Binnenvertriebene genutzt werden. ²¹⁸ Rund 17.000 Kinder sind unbegleitet

²¹⁵ <http://www.palestinecabinet.gov.ps/portal/Government/index>, eingesehen am 26. April 2024.

²¹⁶ Ministerium für soziale Entwicklung, UNICEF und Terre des Hommes, „Strengthening the Child Protection National System in the State of Palestine: MoSD, UNICEF & TdH Launch the Technical Guidelines for Case Management to Protect Children“, 16. April 2024.

²¹⁷ Save the Children, „Gaza: Over 2% of Gaza's Child Population Killed or Injured in Six Months Of War“, 4. April 2024

²¹⁸ OCHA, „Hostilities in the Gaza strip and Israel – Reported humanitarian impact“, 5. April 2024.

oder wurden von ihren Eltern oder Erziehungsberechtigten getrennt.²¹⁹ Die Erfahrungen mit bewaffneten Konflikten in Gaza zeigen, dass Kinder für die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen – etwa als Informanten und Boten – anfällig sind und somit einem großen Risiko ausgesetzt sind.²²⁰ Beschreibungen der Gesprächspartner zufolge sind die Straßen von Rafah „mit Kindern überflutet“, die stundenlang nach Nahrungsmitteln und Trinkwasser suchen, auf die Lieferung humanitärer Hilfe warten und Waren tauschen.

Menschen mit Behinderungen: Sozialschutz und Rechtsreformen durch den Krieg gestoppt

- 163.** Vor dem Krieg hatten etwa 115.000 Menschen (2,1 Prozent der palästinensischen Bevölkerung) irgendeine Form von körperlicher oder geistiger Behinderung, von denen nahezu die Hälfte (55.538) in Gaza registriert war.²²¹ Diese Zahlen dürften aufgrund des Krieges drastisch gestiegen sein. Menschen mit Behinderungen sind während Konflikten mit größeren Hürden beim Zugang zu humanitärer Hilfe konfrontiert als andere Gruppen.²²² Trotz der Bemühungen, eine gezielte Berufsbildung für Menschen mit Behinderungen zu entwickeln,²²³ war ihre Erwerbsbeteiligung im Jahr 2022 sehr niedrig (12,6 Prozent gegenüber 46,0 Prozent bei Menschen ohne Behinderungen).²²⁴ Menschen mit Behinderungen sind aufgrund von Mobilitätseinschränkungen, unzugänglichen oder unangemessenen Arbeitsplätzen und einer mangelhaften Rechtsdurchsetzung immer größeren Herausforderungen beim Zugang zu Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten ausgesetzt. Beispielsweise verpflichtet das Arbeitsrecht die Arbeitgeber, für Menschen mit Behinderungen „angemessene Vorkehrungen“ zu treffen, doch es gibt keine Vorschriften zur Überwachung der Einhaltung dieser Anforderung. Änderungen des Gesetzes Nr. 4 von 1999 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurden noch nicht vom Kabinett gebilligt, und eine nationale Politik zu den Rechten von Menschen mit Behinderungen liegt seit 2020 als Entwurf vor.
- 164.** 2023 erarbeitete das Ministerium für soziale Entwicklung eine neue Strategie für den Sektor Soziale Entwicklung (2024–2029) und eine nationale Strategie zur mehrdimensionalen Armutsbekämpfung (2024–2027), die beide stark auf Sozialhilfeprogramme sowie Programme zur wirtschaftlichen Stärkung von Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen ausgerichtet sind. Nach dem 7. Oktober wurde der Prozess jedoch unterbrochen, um der Ausarbeitung eines Notfallplans für rund 1,2 Millionen binnenvertriebene Menschen (200.000 Familien) in Gaza Priorität einzuräumen.²²⁵ Vor dem 7. Oktober hatte das Ministerium auch eine Änderung des Palästinensischen Nationalen Bargeldtransferprogramms gebilligt, so dass zusätzlich zu den Bargeldleistungen für arme Haushalte spezielle monatliche Sozialleistungen an rund 20.000 Personen mit schweren Behinderungen und 14.000 Personen im Alter von über 65 Jahren gezahlt werden

²¹⁹ UNICEF, „Escalation Humanitarian Situation Report No. 21 (Reporting Period: 7 to 20 March 2024)“, 29. März 2024, 4–5.

²²⁰ Defense for Children International Palestine, „Child Recruitment“, ohne Datum; Internationales Komitee vom Roten Kreuz, „Children“, ohne Datum.

²²¹ PCBS, „Press Release on the Occasion of the International Day of Persons with Disabilities“, 3. Dezember 2023.

²²² ACAPS, *Palestine: Impact of the Conflict on People with Disabilities in the Gaza Strip*, 14. Februar 2024.

²²³ Independent Living Association for Persons with Disabilities, *Parallel Report to the Committee on Economic, Social and Cultural Rights on the Initial Report Submitted by the State of Palestine under Article 16 and 17 of the Covenant, Due in 2016 (74 Session)*, 28. August 2023.

²²⁴ ILOSTAT, Harmonized microdata series.

²²⁵ Palästinensisches Ministerium für soziale Entwicklung, „Emergency Response Plan to Provide Basic Urgent Needs in Light of the Israeli War on the Gaza Strip“, Oktober 2023 (unveröffentlicht).

sollten.²²⁶ Die beiden neuen Komponenten des Systems basieren auf einer umfassenden nationalen Datenerhebung (2022–2023), bei der die Angaben zu den Personen mit Anspruch auf Sozialhilfe aktualisiert wurden. Ihre Einführung im Westjordanland erfolgt voraussichtlich im April 2024,²²⁷ doch es bleibt unklar, wann und wie dies in Gaza umgesetzt werden kann. 2023 wurde zudem im Rahmen von Projekten der Palästinensischen Währungsbehörde und des Palästinensischen Beschäftigungsfonds die wirtschaftliche Stärkung von Menschen mit Behinderungen gefördert, indem das Unternehmertum durch günstige Darlehen oder Zuschüsse unterstützt wurde.²²⁸

²²⁶ Die beiden Komponenten markieren eine Verlagerung von der Armutsorientierung hin zu einem umfassenden, auf Rechten basierenden Ansatz für die Sozialhilfe.

²²⁷ IAO, *Report on Crisis-related ILO Work in the Occupied Palestinian Territory*, GB.350/POL/4(Rev.1), März 2024, Abs. 32.

²²⁸ UN-Wirtschafts- und Sozialrat, Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, „*Replies of the State of Palestine to the List of Issues in Relation to Its Initial Report*“, 3. April 2023, Abs. 97.

► Kapitel 5. Arbeitnehmer des besetzten syrischen Golan

- 165.** Der syrische Golan wurde während des Krieges von 1967 von Israel besetzt und 1981 annektiert. Seit dem Ausbruch des Krieges in Gaza im vergangenen Jahr wurde auch der besetzte syrische Golan von der Eskalation der Feindseligkeiten in der Region betroffen, unter anderem durch die fast täglichen Schusswechsel zwischen Israel und der Hisbollah ²²⁹ und durch zahlreiche Fälle von gegenseitigem Beschuss zwischen Israel und bewaffneten Gruppen in der Arabischen Republik Syrien. ²³⁰ Die Mission wurde darüber informiert, dass in den syrischen Städten und Dörfern des besetzten Golan häufig die Geräusche der Schusswechsel und Sirenen zu hören waren.
- 166.** In der Resolution 497 (1981) beschloss der UN-Sicherheitsrat, dass die Entscheidung Israels, auf dem besetzten syrischen Golan sein Recht, seine Gerichtsbarkeit und seine Verwaltung durchzusetzen, null und nichtig und ohne völkerrechtliche Wirkung ist, und forderte Israel auf, seine Entscheidung zurückzunehmen. Diese Resolution wurde durch nachfolgende Resolutionen der UN-Generalversammlung bekräftigt; die jüngste fordert Israel weiterhin auf, die Änderung des äußeren Erscheinungsbilds, der demografischen Zusammensetzung, der institutionellen Struktur und des Rechtsstatus des besetzten syrischen Golan und insbesondere die Errichtung von Siedlungen zu unterlassen. ²³¹
- 167.** Unter Verstoß gegen das Völkerrecht wurde die Siedlungstätigkeit im besetzten syrischen Golan fortgesetzt. Die Zahl der Siedler ist gestiegen und hat das demografische Gefüge des Gebiets schrittweise verändert. Wie bereits in früheren Berichten des Generaldirektors dargelegt, hatte die israelische Regierung im Jahr 2021 Pläne angekündigt, die Zahl der Siedler bis 2027 zu verdoppeln und die Zahl der Siedlungen von 34 auf 36 zu erhöhen. Auf der 55. Tagung des Menschenrechtsrats (März 2024) stellte das Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte fest, dass es nun 35 Siedlungen gibt und dass die genehmigten kommerziellen Aktivitäten in dem Gebiet den Zugang der syrischen Bürger des Golan zu Land und Wasser weiterhin einschränken könnten. ²³² In früheren Berichten des Generaldirektors war auf die seit Langem bestehenden Beschwerden der syrischen Bürger des besetzten Golan in Bezug auf den Zugang zu Land, Wasser und Baugenehmigungen hingewiesen worden.
- 168.** Anfang 2023 betrug die Einwohnerzahl des besetzten syrischen Golan 55.100. ²³³ Sie schließt 25.800 israelische Siedler und 27.200 Syrer ein. ²³⁴ Die Vergleichswerte aus dem Vorjahr beliefen sich auf 24.000 Siedler und 26.900 Syrer. Darüber hinaus war im letztjährigen Bericht des Generaldirektors darauf hingewiesen worden, dass immer mehr junge Syrer die israelische Staatsbürgerschaft annehmen würden, vor allem wegen der Reiseerleichterungen sowie der Bildungs- und Stipendienmöglichkeiten, die mit dieser Einbürgerung verbunden sind. Informationen von Gesprächspartnern, die von israelischen Medien bestätigt wurden, deuten darauf hin, dass sich

²²⁹ Agence France-Presse, „[Hezbollah Says Launches Rocket Salvo at Israeli-Occupied Golan](#)“, Al-Monitor, 9. Februar 2024.

²³⁰ Emanuel Fabian, „[Rocket Fired from Syria at Golan Heights; IDF Responds with Shelling](#)“, *Times of Israel*, 30. Januar 2024.

²³¹ UN-Generalversammlung, *The Occupied Syrian Golan*, Resolution 78/77, verabschiedet von der Generalversammlung am 7. Dezember 2023, Ziff. 2.

²³² OHCHR, „[Occupied Palestinian Territory: Reporting on Settlements and the Occupied Syrian Golan](#)“, Erklärung von Nada Al-Nashif, Stellvertretende Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte, auf der 55. Tagung des Menschenrechtsrates, 26. März 2024.

²³³ Israelisches Zentralamt für Statistik (CBS), „[Population – Statistical Abstract of Israel 2023, No. 74](#)“, 2. August 2023.

²³⁴ Für die Zwecke der Datenanalyse wird die Bezeichnung „Araber“ stellvertretend für die syrischen Bürger des Golan verwendet.

dieser Trend infolge des Krieges zwischen der Hamas und Israel verstärkt hat, auch durch die Zunahme der Zahl junger Syrer, die in der örtlichen Polizei und den Sicherheitskräften dienen.²³⁵

169. Die syrische Erwerbsbevölkerung im besetzten syrischen Golan belief sich 2023 auf 9.500 Personen; die Erwerbsquote betrug 46,3 Prozent und die Arbeitslosenquote 5,6 Prozent.²³⁶ Im Vergleich dazu ist die Erwerbsquote im Nordbezirk Israels, zu dem der Golan gehört, mit 58,7 Prozent höher, während die Arbeitslosenquote mit 4,2 Prozent niedriger ist.²³⁷ Die Erwerbsquote der syrischen Männer ist mit 58,9 Prozent deutlich höher als die der Frauen mit 31,1 Prozent. Mehr als 90 Prozent der Frauen sind als Arbeitnehmerinnen tätig, in der Regel im Bildungswesen und im Gesundheits- und Sozialwesen, während das Baugewerbe mit fast einem Viertel der Beschäftigung der größte Arbeitgeber für Männer ist. Auf das Baugewerbe folgen der Fertigungssektor (12 Prozent), Groß- und Einzelhandel (9 Prozent), das Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (8 Prozent) sowie freiberufliche, wissenschaftliche und technische Tätigkeiten (8 Prozent). Bei syrischen Männern macht die abhängige Beschäftigung 81 Prozent der Gesamtbeschäftigung aus, die restlichen 19 Prozent entfallen auf die Selbstständigkeit oder die Tätigkeit als Arbeitgeber.
170. Trotz seit Langem bestehender Bedenken und rechtlicher Einwände wurde im Juni 2023 mit dem Bau von 23 Windkraftanlagen in der Nähe der Städte Majdal Shams und Masadeh begonnen. Dies führte zu Protesten der syrischen Gemeinschaft und zu Zusammenstößen zwischen den Demonstranten und der Polizei. Die Gemeinschaft lehnt den Bau der Windkraftanlagen mit der Begründung ab, dass sie den agrarischen Charakter des Gebiets erheblich verändern und die Landwirtschaft und den Zugang zu den Obstplantagen, die als wichtiger Teil ihrer syrischen Identität gelten, behindern würden.²³⁸ Nach den Protesten wurde der Bau der Anlagen ausgesetzt und bis heute nicht wieder aufgenommen.²³⁹
171. Der Tourismus war in den letzten Jahren in den syrischen Dörfern des besetzten Golan zu einer immer wichtigeren Einkommensquelle geworden. Die Mission wurde jedoch darüber informiert, dass die Zahl der Touristen nach den Zusammenstößen zwischen der Gemeinschaft und der Polizei wegen des Baus von Windkraftanlagen zurückgegangen und dann infolge der Eskalation der Feindseligkeiten in der Region praktisch zum Stillstand gekommen war. Die Zusammenstöße hatten insbesondere die Besucherzahlen während der für die örtlichen Gemeinschaften wichtigen Kirschenernte im März 2024 stark beeinträchtigt und Existenzgrundlagen zerstört. Der Grenzübergang Quneitra ist nach wie vor geschlossen, was jeglichen Handel mit der Arabischen Republik Syrien verhindert.

²³⁵ Adi Hashmonai, „[Since the Hamas Massacre, Golan Heights Druze Speed Toward 'Israelization'](#)“, *Haaretz*, 23. November 2023.

²³⁶ CBS, Daten der israelischen Arbeitskräfteerhebung auf dem Golan, wie vom CBS am 24. März 2024 per E-Mail an die Mission mitgeteilt.

²³⁷ CBS, „[Labour Market – Statistical Abstract of Israel 2023, No. 74](#)“, 22. August 2023.

²³⁸ Adi Hashmonai et al., „[Israeli Police Fire Rubber Bullets, Stun Grenades at Druze Protesters in Golan Heights](#)“, *Haaretz*, 21. Juni 2023.

²³⁹ *Times of Israel*, „[Netanyahu Announces Brief Pause to Wind Turbine Construction in Golan Heights](#)“, 25. Juni 2023.

► Abschließende Bemerkungen und Empfehlungen

172. Zum Zeitpunkt der Ausarbeitung dieses Berichts ist die humanitäre Situation in Gaza nach wie vor katastrophal. Die Lage ist geprägt von massiven Verlusten an Menschenleben und unbeschreiblichem Leid. Arbeitnehmer, Arbeitgeber und ihre Familien wurden vertrieben und sind obdachlos. Arbeitsstätten liegen in Trümmern. Die wenigen Arbeitsplätze, die es in Gaza vor dem Krieg gab, sind nun verloren gegangen. Wirtschaft und Arbeitsmarkt sind komplett zusammengebrochen.
173. Das Elend in Gaza hat einen langen Schatten auf das Westjordanland geworfen, das erhebliche Auswirkungen zu spüren bekam. Die Wirtschaft steckt in einer tiefen Krise, wobei das BIP rapide schrumpft und die Unternehmen ihre Tätigkeit einschränken oder ganz schließen. Innerhalb weniger Monate wurden mehr als 200.000 Arbeitsplätze abgebaut. Die Beschäftigung von Palästinensern in Israel – einst die Lebensader für Hunderttausende von Haushalten – ist weitgehend zum Erliegen gekommen. Die Aussichten sind düster.
174. Darüber hinaus wurde das Westjordanland von der Besatzung immer mehr eingenommen. Im Laufe der Jahre haben sich die völkerrechtswidrig errichteten Siedlungen unaufhaltsam ausgeweitet. Die Gewalt der Siedler nimmt zu. Militärische Übergriffe in palästinensischen Städten und Dörfern sowie die Einrichtung von Kontrollposten in deren Umgebung sind zur Routine geworden. Die israelischen Beschränkungen in Bezug auf den Zugang palästinensischer Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu Arbeitsstätten sowie die Bewegungsfreiheit in den besetzten Gebieten allgemein wurden seit Oktober 2023 zunehmend verschärft.
175. Palästinensische Arbeitnehmer haben nur wenige Reserven, auf die sie sich stützen können. Während der Sozialschutz für die Beschäftigten im Privatsektor nach wie vor kaum zugänglich ist, haben die Beschäftigten im öffentlichen Sektor seit Jahren kein volles Gehalt mehr erhalten. Wichtige politische Initiativen der Palästinensischen Behörde, beispielsweise die Reform des Arbeitsgesetzes und die Überarbeitung des Sozialversicherungsgesetzes, sind erneut ins Stocken geraten.
176. Innerhalb der internationalen Gemeinschaft scheint es neue Impulse für die Zweistaatenlösung zu geben, was besonders zu begrüßen ist. Frieden ist möglich, er kann aber nur durch internationale Zusammenarbeit und nicht ohne ein Ende der Besatzung erreicht werden. Es ist dringend notwendig, Initiativen zu fördern, die – im Einklang mit den Resolutionen der Vereinten Nationen – Fortschritte auf dem Weg zu einem vollständig unabhängigen, lebensfähigen und souveränen palästinensischen Staat ermöglichen. Nur dann können die palästinensischen Arbeitnehmer ihre volle Würde wiedererlangen.
177. In diesem Zusammenhang ist es angezeigt, an die feierlichen Verpflichtungen zu erinnern, die in der vor 80 Jahren inmitten eines verheerenden Krieges angenommenen Erklärung von Philadelphia verankert wurden: Alle Menschen haben das Recht, sowohl ihren materiellen Wohlstand als auch ihre geistige Entwicklung unter Bedingungen der Freiheit und Würde, der wirtschaftlichen Sicherheit und der Chancengleichheit zu erstreben, und die Schaffung der dafür notwendigen Voraussetzungen muss das Hauptziel innerstaatlicher und internationaler Politik sein. In Bezug auf diese Grundsätze sollte es keine Zugeständnisse geben.
178. In der gegenwärtigen Situation sind die Prioritäten klar. Zunächst einmal muss den Angriffen, der Gewalt und dem Blutvergießen ein Ende gesetzt werden, sowohl in Gaza als auch im Westjordanland. Darüber hinaus muss unverzüglich etwas gegen die lebensbedrohlichen Bedingungen unternommen werden, unter denen die Palästinenser in Gaza leiden. Es muss ausreichende und

nachhaltige humanitäre Hilfe bereitgestellt werden, wobei ein ungehinderter Zugang zu gewährleisten ist. Wie jüngste Blitzappelle von UN-Organisationen gezeigt haben, ist neben den mittellosen Massen in Gaza fast eine halbe Million Palästinenser im Westjordanland auf humanitäre Hilfe angewiesen. Viele der Betroffenen sind arbeitslose Arbeitnehmer ohne Einkommensquelle.

179. Gleichzeitig ist es wichtig, den Weg für eine solide Erholung in Zusammenarbeit mit dem UN-System und im Nexus Humanitäre Hilfe–Entwicklung–Frieden zu ebnen. Wie wir aus früheren Krisen und Notsituationen gelernt haben, müssen die humanitäre Unterstützung und die Planung für Erholung und Wiederaufbau gut aufeinander abgestimmt sein. Die IAO-Empfehlung (Nr. 205) betreffend Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit für Frieden und Resilienz, 2017, enthält allgemeine Leitlinien dafür, wie die Schaffung von Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit in den Mittelpunkt der Erholungsbemühungen gestellt werden sollten und wie sie zur Stärkung von Frieden und Resilienz beitragen können. Sie erinnert uns zudem an die Notwendigkeit, von Anfang an die Achtung aller Menschenrechte, einschließlich der Arbeitnehmerrechte, zu gewährleisten.
180. Ausgehend von den Ergebnissen dieses Berichts und im Einklang mit dem in der Empfehlung Nr. 205 beschriebenen mehrgleisigen strategischen Ansatz sollte die Unterstützung der palästinensischen Arbeitswelt in der Erholungs- und Wiederaufbauphase vorrangig in den folgenden Bereichen erfolgen.
181. Grundsätzlich besteht die Notwendigkeit, eine arbeitsplatzintensive und auf Rechten basierende rasche Erholung zu planen, während die humanitäre Hilfe noch im Gange ist. Sobald es die Situation vor Ort zulässt und sobald es möglich ist, müssen die Bemühungen um eine frühzeitige Erholung und Sicherung der Lebensgrundlagen und Einkommen durch sofortige Beschäftigungs- und Sozialschutzmaßnahmen intensiviert werden, wie im Soforthilfeprogramm der IAO für das besetzte palästinensische Gebiet dargelegt. Die Krisenreaktionsmaßnahmen müssen eine klare Geschlechterperspektive umfassen. Die lokale wirtschaftliche Erholung sollte im Hinblick auf Möglichkeiten für Beschäftigung und menschenwürdige Arbeit sowie sozioökonomische Wiedereingliederung gefördert werden. Dies bedeutet, dass alle palästinensischen Frauen und Männer im gesamten besetzten palästinensischen Gebiet uneingeschränkten und sicheren Zugang zu ihren Arbeitsplätzen, ihrem Land und anderen Produktionsressourcen haben müssen.
182. Die Schaffung von Arbeitsplätzen muss in den Mittelpunkt des Wiederaufbaus der Infrastruktur und der grundlegenden Dienstleistungen, insbesondere im Bildungs- und Gesundheitswesen, gestellt werden. Ausgehend von weltweiten Erfahrungen, Fachkenntnissen und bewährten Praktiken sollten beschäftigungsintensive Infrastrukturen oder „Cash-for-work“-Maßnahmen so konzipiert werden, dass sie ein breites Spektrum von Sektoren abdecken und den Arbeitnehmern während und nach der Krise ein kurzfristiges Einkommen und menschenwürdige Arbeitsbedingungen gewährleisten.
183. Der Privatsektor, insbesondere die kleinen und mittleren Unternehmen, kann bei diesen Bemühungen eine zentrale Rolle spielen und so die Wiederbelebung privater Geschäftsinitiativen ermöglichen. In diesem Zusammenhang käme eine frühzeitige Unterstützung der landwirtschaftlichen Nahrungsmittelerzeugung, von der ein Großteil während des Krieges zerstört wurde, gleichzeitig der Beschäftigung und der Ernährungssicherheit zugute. Die Wiederherstellung der Lebensgrundlagen in Landwirtschaft und Fischerei sowie in der Lebensmittel-Wertschöpfungskette erfordert einen verbesserten Zugang zu landwirtschaftlichen Produktionsmitteln, Dienstleistungen und Finanzmitteln.
184. Parallel dazu müssen nichtbeitragsfinanzierte Sozialschutzprogramme wie Bargeldtransfers rasch ausgeweitet werden, um den vom Krieg besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und Einzelpersonen eine lebenswichtige Unterstützung zu bieten. Hierzu gehören Arbeitnehmer mit

Behinderungen sowie von Kindern und Frauen geführte Haushalte, deren Zahl infolge der Feindseligkeiten exponentiell gestiegen ist. Hilfsprogramme für Bargeldtransfers müssen mit angemessenen Finanzmitteln ausgestattet werden. Die Palästinensische Behörde sollte über einen ausreichenden finanziellen Spielraum verfügen, um diese Programme durchführen zu können. Steuererleichterungen in Form einer aufgestockten Budgethilfe durch Geber und die Wiederherstellung des vollständigen Transfers der von Israel eingenommenen palästinensischen Abfertigungseinnahmen werden für den Erfolg dieser Maßnahmen von entscheidender Bedeutung sein. Die Sozialhilfe sollte über das palästinensische nationale Bargeldtransferprogramm geleitet werden, um eine weitere Fragmentierung des Sozialschutzes zu verhindern.

185. Insgesamt wird es wichtig sein, die bestehenden nationalen Institutionen in der frühen Erholungsphase zu nutzen und zu stärken, anstatt Parallelstrukturen aufzubauen. Arbeitsmarktinstitutionen wie die öffentlichen Arbeitsverwaltungen und der Palästinensische Beschäftigungsfonds werden Investitions- und Planungsunterstützung benötigen, damit sie einen arbeitsplatzintensiven und auf Rechten basierenden Aufschwung wirksam fördern können. Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände spielen eine entscheidende Rolle bei der Planung, Umsetzung und Überwachung von Erholungs- und Resilienzmaßnahmen. Die Schaffung eines förderlichen Umfelds für die Wiederherstellung und Stärkung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände in Gaza sowie im Westjordanland würde die Entwicklung einer starken dreigliedrigen Grundlage für die Erholung erleichtern.
186. Die Zerstörung von Bildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten führt zu einer Aushöhlung des Humankapitals, weshalb in der Erholungsphase der Fokus auf die Entwicklung von Qualifikationen gelegt werden muss. Die Nationale Beschäftigungsstrategie (2021–2025) sollte überprüft werden, um den neuen Bedürfnissen auf dem palästinensischen Arbeitsmarkt infolge der Zerstörungen in Gaza und ihren Auswirkungen auf das Westjordanland Rechnung zu tragen, wobei eine ausreichende Unterstützung durch die Geber gewährleistet sein muss. In diesem Zusammenhang sollten Einrichtungen und Projekte zur Förderung von Unternehmertum und beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Genossenschaften reaktiviert werden. Bei der Überprüfung sollte zudem darauf geachtet werden, die Produktionsbasis der palästinensischen Wirtschaft zu stärken, u.a. durch Diversifizierung und Investitionen in strategische Sektoren, um Arbeitsplätze zu schaffen und zudem die übermäßige Abhängigkeit vom israelischen Arbeitsmarkt zu verringern.
187. Die Politikgestaltung sollte nicht länger auf Eis gelegt werden. Sie kann nicht warten. Sie muss agil und zielgerichtet an die dramatisch veränderten Bedürfnisse angepasst werden. Auch wenn die Durchführung wichtiger politischer Initiativen im Kontext der Krise und der Erholung nicht einfach erscheinen mag, ist es dringend erforderlich, den Sozialversicherungsschutz zu erhöhen und auf Arbeitnehmer im Privatsektor auszuweiten. Auf der ganzen Welt wurden viele Sozialversicherungsinitiativen in den dunkelsten Tagen von Krisen ins Leben gerufen. Das überarbeitete palästinensische Sozialversicherungsgesetz stand kurz vor der Fertigstellung vor Oktober 2023. Es sollte rasch umgesetzt werden, und es sollte wieder eine palästinensische Sozialversicherungsanstalt eingerichtet werden, um eine entscheidende Schutzlücke für Arbeitnehmer zu schließen. In diesem Zusammenhang müssen die Gespräche zwischen der Palästinensischen Behörde und Israel über die Überweisung der Sozialversicherungsbeiträge durch die israelischen Behörden wieder aufgenommen werden, die sie im Einklang mit dem Pariser Protokoll von 1994 seit Jahrzehnten von palästinensischen Arbeitnehmern in Israel erhoben haben.
188. Schließlich sollte Israel in Erwägung ziehen, seinen Arbeitsmarkt wieder für palästinensische Arbeiter zu öffnen. Wenn dies erfolgreich umgesetzt wird, werden beide Seiten davon profitieren. Das Vertrauen muss wieder aufgebaut werden. Es wäre auch eine Chance, das Genehmigungsverfahren zu reformieren, um menschenwürdige Arbeit und die uneingeschränkte Achtung der Arbeitnehmerrechte zu gewährleisten, unter anderem durch die Abschaffung ausbeuterischer

Vermittler, die Gewährleistung besserer Bedingungen für den Zugang zu Arbeitsplätzen und die Verbesserung des Arbeitsschutzes.

- 189.** Die IAO bekräftigt, dass sie bereit ist, mit allen Seiten auf dreigliedrige Weise zusammenzuarbeiten, um menschenwürdige Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Arbeitnehmer der besetzten arabischen Gebiete zu erleichtern und zu fördern.

► Anhang: Verzeichnis der Gesprächspartner

Palästinensische Behörde und andere öffentliche Institutionen

Arbeitsministerium

Nasri Abujaish, (ehemaliger) Minister
Buthaina Salem, Generaldirektorin, Rechtsangelegenheiten
Abdel Kareem Mardawi, Generaldirektor, Externe Beschäftigung
Dana Ismail, Beraterin des Ministers
Ali Sawi, Beigeordneter Assistent, Beschäftigung und Berufsausbildung

Außenministerium

Omar Awadallah, Botschafter, Multilaterale Angelegenheiten, Leiter der Abteilung für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen

Ministerium für Soziale Entwicklung

Ahmed Majdalani, (ehemaliger) Minister

Frauenministerium

Amal Hamad, (ehemalige) Ministerin
Hanna Nakhleh, Berater der Ministerin
Ismaeel Hammad, Rechtsberater des Ministers
Sami Sehwal, Kommissarischer Generaldirektor, Protokoll

Palästinensische Währungsbehörde

Feras Milhem, Gouverneur
Mohamad Attallah, Leiter der Forschungsabteilung

Palästinensisches Statistisches Zentralamt

Ola Awad, Ministerin, Präsidentin des PCBS
Amina Khasib, Direktorin, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung
Suha Kana'an, Direktorin, Abteilung für Arbeitsstatistik
Ahmad Omar, Direktor, Abteilung für Analysen und Prognosen

Nationaler Ausschuss für die Beschäftigung von Frauen

Lama Awwad, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Arbeitsministerium
Abeer Al Barghouti, Sekretärin der Gleichstellungsstelle, Arbeitsministerium
Maha Hamdan Yasin, Sozialwissenschaftlerin, Arbeitsministerium

Anwar Ladadwah, Verwaltungsbeamtin, Arbeitsministerium

Nada Abu Njeila, Leiterin der Abteilung Integration und Entwicklung, Gleichstellungsstelle, Büro des Ministerpräsidenten

Rana Al Asi, Leiterin des Referats Revision und Wirtschaftsprüfung, Büro des Ministerpräsidenten

Asma Khayat, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Finanzministerium

Asma Al Kilani, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Kulturministerium

Amal Shihadeh, Leiterin des Referats Geschlechterintegration und Entwicklung, Wirtschaftsministerium

Khitam Hamayel, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Landwirtschaftsministerium

Taghreed Anati, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Ministerium für öffentliche Arbeiten und Wohnungsbau

Heba Jebat, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Ministerium für Soziale Entwicklung

Hiba Assaf, Leiterin des Referats Kinder und Gleichstellung, Informationsministerium

Naela Odeh Außendienst-Ausbilderin, Palästinensische Gesellschaft arbeitender Frauen im Dienste der Entwicklung

Ibtisam Zaidan, Vorstandsmitglied, Zentrum für Frauenfragen

Lina Ghaith, Projektkoordinatorin, Studienzentrum für Frauenfragen

Carine Metz Abu Hmeid, Koordinatorin für Projekte und Außenbeziehungen, Zentrum für Demokratie und Arbeitnehmerrechte

Mahdi Manasrah, Beauftragter für öffentliche Ordnung, Palästinensische Initiative zur Förderung des Globalen Dialogs und der Demokratie (Miftah)

Nibal Abu Hejleh, Leiterin der Abteilung Kredite und Finanzierung, Palästinensischer Beschäftigungsfonds

Reema Al Ashkar, Direktorin der Abteilung Überwachung und Evaluierung unter der Gleichstellungsperspektive, Allgemeiner Personalrat

Randa Abedrabbo, Direktorin, Bund der genossenschaftlichen Spar- und Kreditverbände

Rinad Musleh, Geschäftsführende Direktorin, Forum der palästinensischen Geschäftsfrauen

Amal Khreisha, Direktorin, Palästinensische Gesellschaft arbeitender Frauen im Dienste der Entwicklung

Rawan Obeid, Beauftragte für Menschenrechtsfragen, Frauenzentrum für Rechtshilfe und Rechtsberatung

Samah Makhlof, Leiterin des Referats Politik und Planung, Behörde für genossenschaftliche Arbeit

Majdi Merei, Generalsekretär, Palästinensische Allgemeine Gewerkschaft der Menschen mit Behinderungen

Khawla Al Azraq, Koordinatorin des Wirtschaftsausschusses, Allgemeine Gewerkschaft Palästinensischer Frauen

Samira Hulaileh, Vorstandsvorsitzende, Palästinensischer Verband der Papierindustrie

Sumaia Al Namoura, Sekretärin des PGFTU in Dura, Mitglied des Generalsekretariats

Palästinensische Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Nablus

Shaher Sae'd, Generalsekretär

Ashraf Al-Awar, ehemaliger Schatzmeister des PGFTU, seit 31. März 2024 Minister für Jerusalem-Angelegenheiten, Palästinensische Autonomiebehörde

Saher Sarsour, Vorsitzender der Gewerkschaft der Arbeitnehmer im Bau- und Holzgewerbe, Mitglied des Generalsekretariats

Khaled Baraket, Leiter des Referats Mindestlöhne, Mitglied des Generalsekretariats

Palästinensischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (PGFTU), Gaza

Salameh Abu Zeiter, Vorsitzender der Allgemeinen Gewerkschaft für Gesundheitsdienste, Mitglied des Generalsekretariats

Wael Khalaf, Stellvertretender Vorsitzender der Gewerkschaft der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Mitglied des Generalsekretariats

Eatimad Abu Jalalh, Vorsitzende des Frauenausschusses, Leiterin der Gleichstellungsstelle, Vorsitzende der Gewerkschaft Textil

Ibrahim Abu Gaida, Leiter der Gewerkschaft des Gastgewerbes, Mitglied des Generalsekretariats

Verband der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Ramallah

Abdo Idrees, Vorstandsvorsitzender des FPCCIA, Präsident der Kammer von Hebron

Jamal Jawabreh, Generalsekretär

Kammer von Ramallah

Abdel El Ghani Al Attari, Vorsitzender

Kammer von Nablus

Samih Al Masri, Vorsitzender

Kammer von Bethlehem

Samir Hazboun, Vorsitzender

Verband der palästinensischen Handels-, Industrie- und Landwirtschaftskammern (FPCCIA), Gaza

Kammer von Gaza

Aed Abu Ramadan, Vorstandsvorsitzender und Stellvertretender Vorstandsvorsitzender des FPCCIA

Kammer von Nord-Gaza

Bahaa Al Amawi, Sekretär

Kammer von Khan Younis

Mohammad Abu Taha, Sekretär

Kammer von Rafah

Abdallah Al Satari, Vorsitzender

Organisationen der palästinensischen Zivilgesellschaft und andere Akteure**Al-Haq, Ramallah**

Shawan Jabarin, Generaldirektor
Tahseen Elayyan, Leitender Rechtswissenschaftler
Zaid Shuaibi, Koordinator für Feldforschung
Sujood Shihadeh, Sachbearbeiter für Dateneingabe

Al-Mezan, Zentrum für Menschenrechte – Gaza

Sameer Zaqout, Stellvertretender Generaldirektor

Al-Tawfeek, Fischereigenossenschaft – Gaza

Ahmad El Ejla, Direktor

Genossenschaftsverband – Gaza

Emad Abu El Jedyan, Mitglied

Unabhängige Kommission für Menschenrechte, Ramallah

Ammar Dwaik, Generaldirektor

Palästinensisches Zentrum für Menschenrechte – Gaza

Hamdi Shaqura, Stellvertretender Direktor
Basel Alsourani, Beauftragter für internationale Überzeugungsarbeit
Ayman Lubbad, Forschungsbeauftragter

Palästinensisches Zentrum für Politik und Meinungsumfragen, Ramallah

Khalil Shikaki, Direktor

Palästinensischer Beschäftigungsfonds – Gaza

Mohamad Abu Zeiter, Stellvertretender Vorsitzender – Gaza
Madlain Abu Sharkh, Leiterin der Abteilung Mittelbeschaffung und Programmgestaltung – Gaza
Ramadan Abu Luli, Projektkoordinator – Gaza
Majd Ishtawi, Projektkoordinatorin – Westjordanland

Palästinensisches Forum für Israelstudien (MADAR), Ramallah

Walid Habbas, Wissenschaftlicher Mitarbeiter

Palästinensische Gesellschaft für medizinische Hilfe

Mustafa Barghouthi, Präsident der Palästinensischen Gesellschaft für medizinische Hilfe und Generalsekretär der Palästinensischen Nationalen Initiative

Palästinensisches NGO-Netzwerk – Gaza

Amjad Al Shawa, Direktor

Technologiezentrum UCAS, Gaza

Mohammed Alafifi, Beauftragter für Mittelbeschaffung und internationale Beziehungen
Ahmed Aldahdooh, Akademischer Dozent

Zentrum für Frauenfragen – Gaza

Amal Syam, Direktorin

Arbeitnehmer ¹

Arbeitnehmer aus Gaza

Ahmad A., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Matboula F., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Mahmoud A., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Muthar I., ehemaliger sektorübergreifender Arbeiter in Israel

Arbeitnehmer aus dem Westjordanland, einschließlich Ost-Jerusalems

Issam A., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Mohammed S., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Alaa H., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Wisam M., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor
Fadi B., ehemaliger Arbeiter im israelischen Bausektor

Flüchtlingslager Jalazone

Buthaina N., arbeitslose Sozialarbeiterin
Suha A., Arbeitslose im Bildungssektor
Maisa' M., arbeitslose Feldforscherin
Ahmad M., Arbeitsloser
Rafat A., Arbeitsloser im Baugewerbe
Nidal S., Arbeitsloser im Agrarsektor

¹ Die Mission erhielt die vollständigen Namen aller Arbeitnehmer, mit denen sie zusammentraf, entschied sich jedoch dafür, nur die Initialen der Nachnamen in die Liste der Gesprächspartner aufzunehmen.

Regierung Israels und andere öffentliche Institutionen ²

Israelische Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände ³

Histadrut – Allgemeiner Israelischer Gewerkschaftsbund

Peter Lerner, Generaldirektor, Ressort Internationale Beziehungen

Avital Shapira-Shabirow, Direktorin für internationale Beziehungen

MAAN – Arbeitnehmerverband

Assaf Adiv, Exekutivdirektor

Roni Ben Efrat, Ressourcenmanagerin

Abeer Joubran, Rechtsanwältin in der Niederlassung Jerusalem

Aya Bartenstein, Leiterin der MAAN-Rechtsabteilung

Erez Wagner, Sekretär der Niederlassung Jerusalem

Organisationen der israelischen Zivilgesellschaft und andere Akteure

KAV LaOved

Ohad Amar Ohad, Exekutivdirektor

Diana Baron, Leiterin der Abteilung Politik und Forschung

Khaled Dukhi, Leiter der Abteilung für palästinensische Arbeitnehmer

Abed Dari, Außendienstkoordinator, Abteilung für palästinensische Arbeitnehmer

MachsomWatch – Frauen gegen die Besatzung und für Menschenrechte

Sylvia Piterman, Freiwillige

Gisha – Rechtszentrum für Bewegungsfreiheit

Rebecca Metzer, Direktorin für internationale Beziehungen

Maáyan Cohen, Koordinatorin für Ressourcenmanagement

² In Anbetracht der Tatsache, dass die israelische Regierung die Mission nicht empfangen hat, wurde es als wichtig erachtet, dass von den israelischen Behörden erhaltene Informationen, die durch Videokonferenzen oder schriftlich übermittelt wurden, im Bericht des Generaldirektors an die Konferenz berücksichtigt werden. Die Mission lud das Ministerium für Wirtschaft und Industrie, das Justizministerium, die Behörde für Bevölkerung, Immigration und Grenzen sowie den Koordinator für Regierungsaktivitäten in den Gebieten zu einem Treffen per Videokonferenz ein. Trotz wiederholter Einladungen trafen die israelischen Behörden jedoch nicht mit der Mission zusammen. Das Justizministerium stellte im Hinblick auf die Fertigstellung des Berichts schriftliche Informationen zur Verfügung, da es diesem Thema große Bedeutung beimaß.

³ Die Mission lud den israelischen Hersteller- und Bauunternehmerverband zu einem Treffen per Videokonferenz ein, da sie es für wichtig hielt, dass in dem Bericht des Generaldirektors an die Konferenz erneut auf die Ansichten der Mitglieder der IAO eingegangen wird. Der Verband erklärte, dass er in diesem Jahr kein Treffen mit der Mission abhalten werde, da er dies für nicht relevant halte, weil derzeit nur wenige palästinensische Arbeitnehmer in Israel beschäftigt seien, dass er aber ein Treffen einberufen werde, sobald die Voraussetzungen dafür erfüllt seien.

Legal Aid for Palestinians (LEAP)

Kenneth Mann, Mitbegründer

Mor Soker, Mitbegründerin

Vereinte Nationen und internationale Organisationen

Büro des Sonderkoordinators der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess (UNSCO)

Tor Wennesland, Sonderkoordinator der Vereinten Nationen für den Nahost-Friedensprozess

Jamie McGoldrick, Stellvertretender Sonderkoordinator für den Nahost-Friedensprozess, residierender UN-Koordinator

Celia Richardson, Leiterin der Koordinierungsabteilung / Leiterin des Büros des residierenden UN-Koordinators

Chamith Sudhinha Fernando, Volkswirt, Büro des residierenden UN-Koordinators

Büro des leitenden Koordinators für humanitäre Hilfe und Wiederaufbau für Gaza

Paolo Galli, Leitender Experte für Wiederherstellung und Wiederaufbau

Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA), besetztes palästinensisches Gebiet

Kimberley Lietz, Kommissarische Leiterin des Büros

Nickie Wing, Beauftragte für humanitäre Angelegenheiten

Muayad Khadear, Leiter der Unterabteilung der Außendienstkoordinierungsstelle für das zentrale Westjordanland

Diana Anani, Analystin für humanitäre Angelegenheiten, Leiterin der Außendienstkoordinierungsstelle Süd

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Ben Majekodunmi, Stabschef, Hauptquartier Amman

Adam Bouloukos, Direktor, UNRWA-Operationen, Westjordanland

Heli Uusikyla, Leitende stellvertretende Direktorin, (Programme) UNRWA-Operationen, Gaza

Amal Khatib, Unterstützungsbeauftragte für Außendienstprogramme, Gaza

Manar Bsharat, Beauftragte für Dienste im Lager, Leiterin des beratenden Ausschusses für Frauenfragen, UNRWA Westjordanland

Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR)

Ajith Sunghay, Amtsleiter

Anna Cesano, Leiterin, Überwachung

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF)

Lucia Elmi, Sonderbeauftragte

Weltbank

Stefan Emblad, Landesdirektor

Samira Hillis, Programmleiterin, Personalentwicklung

Kimberley Emily Weedon, Leitende Spezialistin für Sozialschutz

Internationaler Währungsfonds (IWF)

Kerstin Gerling, Leiterin der IWF-Mission – Hauptquartier

Thomas Laursen, Residierender Vertreter

Harold Zavarce, Leitender Volkswirt – Hauptquartier

Antonio Bassanetti, Leitender Volkswirt – Hauptquartier

Hania Qassis, Lokale Volkswirtin

OXFAM

Fidaa Al Hussein, Projektmanagerin

Mustafa Tamaizeh, Projektmanager für Wirtschaftsgerechtigkeit

Besetzer syrischer Golan**Al-Marsad – Arabisches Menschenrechtszentrum auf den Golanhöhen**

Karama Abu Saleh, Rechtsanwalt

Sonstige Zusammenkünfte**Regierung der Arabischen Republik Syrien, Damaskus****Sozial- und Arbeitsministerium**

Louai Emad El-Din Al-Munajdid, Minister

Anas Al-Dabash, Beigeordneter Minister für soziale Angelegenheiten und Arbeit

Louay Al-Aranji, Direktor, Planung und internationale Zusammenarbeit

Rana Taha, Leiterin der Abteilung Internationale Zusammenarbeit

Haifa Ismail, Direktorin für Arbeitsaufsicht

Haifa Assi, Direktorin für Arbeitsorganisation

Mahmoud Al-Damrani, ehemaliger Direktor arbeitsrechtliche Vorschriften

Khalil Awad, Fachunterstützungsteam des Büros des Ministers

Rana Khalifawi, Fachunterstützungsteam des Büros des Ministers

Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und Emigranten

Farid Jeanbart, Direktion für Organisationen

Industrieministerium

Lamis Kamel, Direktorin für Entwicklung

Verband der Handelskammern

Muhammad Abu Al-Huda Al-Laham, Präsident

Verband der Industriekammern

Muhammad Ghazwan Al-Masry, Präsident

Muhammad Ayman Mawlawi, Sekretär

Allgemeiner Verband der Gewerkschaften

Bashar Khristine, Mitglied des Exekutivbüros

Allgemeiner Verband der Arbeitnehmer von Quneitra

Hassan Al-Fares, Mitglied des Exekutivbüros

Allgemeine Organisation für Sozialversicherung

Jaafar Muhammad Al-Sakkaf, Generaldirektor

Salam Sharaf, Direktorin, Planung und internationale Zusammenarbeit

Suha Diob, Direktion für Versicherungsangelegenheiten

Liga der Arabischen Staaten, Kairo

Said Abu Ali, Beigeordneter Generalsekretär, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete

Haider Tareq Al-Jobouri, Bevollmächtigter Minister, Direktor der Abteilung für palästinensische Angelegenheiten, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete

Mohammed Fathi Shaqoura, Abteilungsleiter, Entwicklung und Wiederaufbau, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete

Moatassem Al Shawwa, Sektor Palästina und besetzte arabische Gebiete

Arabische Arbeitsorganisation, Kairo

Fayez Al-Mutairi, Generaldirektor

Rania Rushdie, Amtierende Direktorin der Abteilung Medien, Dokumentation und Information

Marwan Rais, Büro des Generaldirektors